

Titeldaten

Titel: Hamburgischer Correspondent: *Morgen-Zeitung d. Börsen-Halle*
Datum: Samstag, den 29. Januar 1876
Band: 1
Ausgabe: 128, 29.01.1876
Standort: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
Signatur: n.n.

PURL: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN689065124_18760129

Rechtehinweis

Public Domain Mark 1.0

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



<https://creativecommons.org/publicdomain/mark/1.0/>

Ergänzender Hinweis

Möglicherweise benötigen Sie zusätzliche Erlaubnisse für die beabsichtigte Nutzung. Zum Beispiel, weil Persönlichkeitsrechte abgebildeter Personen zu beachten sind.

Nachnutzung

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

| *Original und digitale Bereitstellung: Standort + Signatur + PURL*

Bei der Weiterverwendung unserer Digitalisate freuen wir uns über eine kurze Mitteilung mit den bibliographischen Angaben und nach Möglichkeit auch über ein Belegexemplar der Publikation.

Kontakt

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg
- Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg

digitalisierung@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburgischer Correspondent.

Morgen-Zeitung der Börsen-Halle.

Ein- und vierzigster Jahrgang.

No. 25.

Sonnabend, den 29. Januar.

1876.

Der „Hamburgische Correspondent, Morgenzeitung der Börsen-Halle“, erscheint täglich mit Ausnahme des Montags, und wird mit den frühesten Posten versandt. Der Abonnements-Preis beträgt pr. Quartal M. 7. 20, excl. Postgeld. Einzelne Nummern 15 A. Für Frankreich nehmen Bestellungen entgegen: Mess. Havas, Laffitte, Bullier & Co., Place de la Bourse No. 8, Paris. Für Belgien Mr. Louis Legros, rue de l'Ammon No. 1, Antwerpen. Für Großbritannien Messrs H. C. Cowie & Co., 2 St. Ann's Lane E. C. London; A. Siegle, 110 Leadenhall Street, E. C. London. Für Nord-Amerika E. Steiger, 22 & 24 Frankfort Str., New-York.

Inserate finden in unserer Expedition bis 8 Uhr Abends Annahme und werden ferner befragt durch: die Herren Haasenstein & Vogler in Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Breslau, Leipzig, München, Stuttgart, Wien, Prag, Basel und Genf; G. L. Daube & Co. in Frankfurt a. M.; Rudolph Mosse in Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien und Straßburg; Johs. Neothaar in Hamburg; Jaeger'sche Buchhandlung in Frankfurt a. M.; Carl Schöpfer in Hannover, Leipzig, Halle, Stettin, Barmen, Dresden; E. Schlotte in Bremen.

Hierbei zwei Beilagen Seite 9 bis 14.

Für die Monate Februar und März werden sowohl von der Expedition als auch von den Kaiserlichen Postämtern Abonnements auf den

„Hamb. Correspondenten“ zum Preise von M. 4. 80 A excl. Postaufschlag und Colportage-Gebühren entgegen-
genommen.

Die Exped. d. Hamb. Corresp.

* Hamburg, den 28. Januar.

Wie wir erfahren, sind für die Commission betreffend Errichtung von Seegerichten hamburgischer Seite die Herren Oberstaatsanwalt Dr. Mittelstaedt, Rob. M. Sloman und der Secretair der Deputation für Handel und Schifffahrt, Herr J. Hargreaves, delegiert worden. In der bezüglichen, von uns in der vorgestrigen Nummer d. B. veröffentlichten Notiz war der Name des ersten der Herren Commissare übergangen worden.

* Hamburg, den 28. Januar. [Zur Tagesgeschichte]. Die Nachricht, daß seitens der deutschen Bischöfe die Frage wegen Anbahnung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche neuerdings in eingehende Erwägung gezogen werde, findet, wie man uns aus Berlin berichtet, in dortigen Regierungskreisen deshalb wenig Vertrauen, weil nur auf dem Boden der Verfassung und einem in eingehender Erwägung gezogenen, von der römischen Hierarchie aber nicht erwartet wird, daß sie sich zur unbedingten Anerkennung der kirchlich-politischen Gesehe verhalten würde. Ohne Unterwerfung der Kirche unter die staatlichen Gesehe würde nicht darauf gerechnet werden können, einen für die Dauer möglichen modus vivendi herzustellen, und selbst dann bleibe die inhaltsschwere Frage zu beantworten: Würde ein friedliches Verhältnis zwischen dem deutschen Reiche und einem infalliblen Papste von Dauer sein? So lange keine Garantie dafür existiert, daß diese Frage unbedingt bejaht werden darf, würde ein Waffenstillstand dem deutschen Reiche nur zum Nachtheil gereichen. So lange das Infallibilitäts-Dogma in seiner jetzigen Bedeutung besteht — und Pius IX. wird schwerlich diese Bedeutung durch eine Erklärung ex cathedra abschwächen —, so lange die römisch-katholische Kirche ihre bürokratisch-centralistische Verfassung aufrecht erhält — und sie wird dieselbe gewiß nie aufgeben wollen —, so lange diese Kirche im richtigen Augenblicke mit der vollen Wucht eines unvergleichlichen Organismus zu wirken im Stande ist, wird die römische Hierarchie schwerlich geneigt

sein, die Position, aus der die Verletzung der Umstände sie schon so oft verdrängt hat, für alle Zeit verloren zu geben. Schließlich sei noch erwähnt, daß in parlamentarischen Kreisen erzählt wird, die Führer der Centrumpartei seien der Ansicht, daß von einer gezielten Anerkennung und Durchführung des Princips der Trennung von Staat und Kirche eine wirkliche Lösung der Collisionen zwischen diesen Gewalten, ein dauernder Friede zwischen der weltlichen und geistlichen Macht zu erwarten sein würde. Vielleicht wird uns die angekündigte Schrift von Reichensperger Aufschluß darüber geben, wie sich die Ultramontanen eine solche Trennung denken.

Der gestern bereits mitgetheilte Aufruf des Herzogs von Norfolk, welchen derselbe mit anderen ultramontanen Adligen Englands zur Unterstützung der katholischen Geistlichkeit in Deutschland erlassen hat, enthält eine Menge ungenügender Behauptungen. So wird u. A. versichert, daß die der katholischen Kirche entzogene Dotation, zu deren Zahlung die Regierung sich verpflichtet in Concordaten verpflichtet hatte, ca. 3 Mill. M. betrug und eine Entschädigung war für das früher sequestrirte Kirchenguthum. Die Zahl der Geistlichen, deren Gehalt mit Beschlag belegt worden sei, wird auf 10,000 angegeben, was sehr übertrieben ist, namentlich, wenn man bedenkt, daß viele Geistliche das ihnen anfangs entzogene Gehalt nach Anerkennung der betreffenden Gesezesbestimmungen wieder erhalten haben. Die in dem Aufruf enthaltene Charakteristik der Maigesetze lautet gleichfalls in sehr gehässigen Uebersetzungen. Um die von den deutschen Geistlichen selbst herausgegebene Noth zu lindern, erühdet der Aufruf das englische Volk Sammlungen zu veranstalten, wobei erwähnt wird, daß in den Diöcesen von Trier, Hildesheim, Limburg, Fulda und Culm es den Gläubigen ganz unmöglich sei, die Geistlichkeit aus eigenen Mitteln zu erhalten. Da der Staat von den Geistlichen nur die Unterwerfung unter die Gesehe verlangt, ohne sich in die religiösen Angelegenheiten der Kirche zu mischen, machen sich die englischen Adligen einer schweren Verantwortung schuldig, indem sie durch Leistung von Geldbeiträgen einen Kriegszustand aufrecht erhalten, der von der Geistlichkeit selbst herausgeschworen und gesetzmäßig fortgesetzt wird. Gegenüber der in dem erwähnten Aufruf des Herzogs von Norfolk enthaltene Schilderung des deutschen Kirchenconflicts ist es erfreulich, auf Bemerkungen angesehener Schriftsteller aufmerksam zu machen, welche die Engländer über die Wichtigkeit des Kampfes zwischen Staat und Kirche in Deutschland aufzuklären und ihnen denselben in rechtem Lichte darzustellen suchen. So enthalten die heute eingetroffenen „Times“ vom 26. d. eine Antwort des Schriftstellers Carl Blind an den Herzog von Norfolk, welche in der Uebersetzung folgendermaßen lautet:

„Die Geseze“, schreibt der Herzog von Norfolk, „sind einfach mit der freien Ausübung der katholischen Religion unvereinbar.“ — „Aber bemerken denn Sie. Gnaden nicht, daß die katholische Religion, so wie sie von einem unfehlbaren Hohenpriester, der auf Welt Herrschaft Anspruch macht, gelebt wird, unvereinbar ist mit der Unabhängigkeit der Völker, unvereinbar mit individueller Freiheit und mit dem Rechte der freien Forschung?“

Wenn dem ersten Herzoge von England an diesen Erregungenschaften nichts liegt, so bin ich überzeugt, daß die Maie der Engländer ganz anders denkt. Viele der fortgeschrittensten Freisinnigen Deutschlands, die grundfähig für die Trennung von Kirche und Staat sind, haben den Maie-Gesezen ihre Zustimmung ertheilt, um eine Waffe der Nothwehr gegen schleichende Angriffe zu haben. Sie wissen wohl, daß das Haupt jener Hierarchie, die gegenwärtig „Religionsfreiheit predigt“, (wie es die Jesuiten, nach Macaulay's Ausdruck, vor Jahrhunderten schon zu einem speziellen Zweck thaten), gleich morgen, wenn ihm die Macht zufiele, alle Religionsfreiheit für Jene vernichten würde, deren Regieren ehemals durch Bivisection und durch die Feuerbestattung lebendigen Menschenleibes bestraft wurden: gegen die noch heute alljährlich kunstvoll ausgearbeitete Maske geschleudert werden; und deren Schriften auf den Fender verbotener Bücher gesetzt sind, gleich als handelte es sich um eine scham- und sittenlose Literatur.

Deutsche Liberale hegen meist keine zu heftige Neigung für irgendwelches Staatskirchentum. Aber sie würden den Namen, nicht von Liberalen, sondern von lächerlichen Geistesverwirrten, wenn sie — um nochmals Macaulay's Worte anzuführen — helfen, „einen geistlichen Despotismus wieder aufzurichten, zu dem der Despotismus des vorbandenen Staatskirchentums sich verhält, wie der kleine Finger zu den Fingern, oder wie eine Ruthe zu einer Scorpionenpeitsche“.

Ueber die Vorgänge auf dem Insurrectionsschauplatz in der Herzogin von A. liegt heute eine telegraphische Nachricht aus Ragusa vor. Darnach wäre am 26. d. M. eine in bedeutender Stärke mit zwei Gebirgsbatterien aus Trebinje angelernte türkische Truppenmacht von den Insurgenten angegriffen worden. Letztere wurden jedoch zurückgeschlagen und retirirten nach Bulovic. Ferner fand an demselben Tage ein neuer Kampf zwischen den vordringenden türkischen Truppen und den Insurgenten statt, welche angeblich mit einem Rückzug der Türken endigte. Zur Dedung des Rückzuges sollen türkische Schiffe mit Geschützfeuer in den Kampf eingegriffen haben. Entmuthigt wird die Insurrection durch die jüngsten Mißerfolge kaum werden, wissen ihre Führer doch am Besten, daß von ihren Operationen allein eine Sinaustrübung der Türken ohnehin nicht zu erhoffen ist und daß die Aufständischen schon zufrieden sein müssen, wenn die Insurrection nur von sich reden macht.

Aus Constantinopel wird über türkische Waffenerfolge in Asien berichtet. Die hohe Pforte soll nämlich ein Telegramm vom commandirenden General von Yemen aus Sanna erhalten haben, nach welchem die großherrlichen Expeditionstruppen den arabischen Stamm der Beni-Hassid besiegt und vollständig unterworfen haben. Der Hauptort des unterworfenen Stammes, Sava, ist von türkischen Truppen besetzt und wird von ihnen provisorisch besetzt. Aber auch noch weiter in das Innere dieser ausgedehnten Provinz sind die türkischen Truppen bereits vorgedrungen.

Präsident Grant hat bekanntlich zur Motivirung seiner an Spanien gestellten Forderung, den unhaltbaren Zuständen auf Cuba ein Ende zu machen, hervorgehoben, daß der Handel der

Fenilleton.

Bismarckbriefe

1844 bis 1870.

(Fortsetzung von No. 24)

An einen preussischen Diplomaten.

Petersburg, 16. Juni 1860.

... Und geht es vor der Hand ziemlich gut, und mir besonders besser, als in Deutschland unbenutzen! Die Ruhe und Annehmlichkeit des häuslichen Lebens thun das ihre. 24 Grad im Schatten, aber immer tüble Nächte. Die Geseze gehen, Dank einem so lebenswürdigen Minister wie Gortschakoff, ohne Aergers, kurz cela va bien, pourvu que cela dure. Unsere Beziehungen mit hier sind ausgezeichnet, was auch die Zeitungen fabeln mögen.

Die Augsburgsberger & Co. haben noch immer Angst, ich möchte Minister werden, und meinen dies durch Schimpfen über mich und meine französisch-russischen Gesinnungen zu hintertreiben. Viel Ehre, von den Feinden Preußens gefürchtet zu werden. Uebrigens sind meine politischen Liebhabereien im Frühjahr bei Hof und Minister so genau gekiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden glaube. Wenn ich einem Teufel vertrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer. ... s. Lagenfabrik könnte mich viel wirksamer auf anderen Gebieten angreifen, als auf dem des Bonapartismus, wenn sie an unserm Hofe, wie bei den Augsburgern, Eindruck machen will.

Adressat nugenannt.

Petersburg, 22. August 1860.

... Der heimischen Politik bin ich ganz entrückt, da ich außer Zeitungen fast nur amtliche Nachrichten erhalte, die den Untergrund der Dinge nicht bloßlegen. Nach ihnen haben wir in Tepliz nichts Definitives versprochen, sondern unsere Leistungen für Oesterreich davon abhängig gemacht, daß letzteres sein Wohlwollen für uns auf dem Gebiet deutscher Politik zunächst praktisch bewähre; nachdem dies geschehen, werde es auf unsere Dankbarkeit rechnen können. Damit wäre ich sehr zufrieden; eine Hand wäscht die andere, und sehen wir die Wiener Seife nur erst schäumen, so werden wir gerne die Wäsche erwidern. Indirecte Nachrichten, die von anderen Seiten herbei gelangen, lauten allerdings anders. Wenn sie richtig sind, so hätten wir zwar keinen schriftlichen Garantievertrag geschlossen, uns aber doch vermöge mündlichen Wortes gebunden, Oesterreich unter allen Umständen dann beizustehen, wenn es von Frankreich in Italien angegriffen werde; sehr Oesterreich sich zum Angriff genöthigt, so sei unsere Einwilligung erforderlich, wenn unser Wohlstand erwartet werden soll. Die Version klingt unverfänglich, als sie in der That sein würde. Hat Oesterreich die Sicherheit, daß wir für Venedig eintreten wer-

den, so wird es den Angriff Frankreichs zu provociren wissen, wie denn schon jetzt behauptet wird, daß Oesterreich seit Tepliz in Italien dreist und herausfordernd aufträte. Seit der Garibaldi'schen Expedition geht die Wiener Politik dahin, es in Italien so schlimm wie möglich werden zu lassen, damit dann, wenn Napoleon selbst nöthig finden werde, sich gegen die italienische Revolution zu wenden, allseitig eingeschritten und der frühere Zustand annähernd hergestellt werde. Diese Rechnung mit und auf Napoleon kann sehr trügen; wie es scheint, hat man sie deshalb seit Tepliz aufgegeben und hofft auch gegen Napoleon zum Ziel zu gelangen. Die unruhige, gereizte Leidenschaftlichkeit der österreichischen Politik bringt auf beiden Wegen den Frieden in Gefahr. — Was wird die Kammer zu Tepliz, was zur Armeorganisation fagen! In letzterer werden natürlich alle vernünftigen zur Regierung stehen. Der Eindruck der auswärtigen Politik wird sich aber erst berechnen lassen, wenn man genauer weiß, was Tepliz bedeutet. Ein wohlunterrichteter, aber ziemlich Bonapartistischer Correspondent schreibt mir aus Berlin: „Wir sind in Tepliz mit Wiener Gemüthlichkeit einverstanden über den Pöbel barbiert, für nichts, nicht einmal ein Linsengericht, verkauft.“ Gott gebe, daß er trit! — Bei Gelegenheit von Bonapartisten fällt mir ein, daß gelegentliche Andeutungen hierher gelangen, als würde von der Presse — Nationalverein, Magdeburger, Ostpreussische Zeitung und dergleichen — ein systematischer Verleumdungskrieg gegen meine Person geführt. Ich sollte russisch-französische Zumuthungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern offen unterstützt haben, ein zweiter Vorries sein und dergleichen. Ich zahle demjenigen 1000 Frd'r baar, der mir nachweisen kann, daß dergleichen russisch-französische Andeutungen jemals von irgend Jemand zu meiner Kenntnis gebracht seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes nie etwas anderes gerathen, als uns auf die eigene und die im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen. Dieses einfältige Federwieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Theil seiner eigenen Bekundungen arbeitet, wenn es mich angreift. Als Quelle dieser Angriffe wird mir der Coburger Hof und ein Literat beigegeben, der persönliche Manceane gegen mich hat. Wenn ich ein österreichischer Staatsmann oder ein deutscher Fürst und österreichischer Reactionär, wie der Herzog von Meiningen wäre, so würde unsere Kreuzzeitung mich so gut in Schuld genommen haben, wie letzteren; die Lügenhaftigkeit jener Verdrähtungen ist keinem unserer politischen Freunde unbekannt. Da ich aber nur ein alter Parteigenosse bin, der obenin das Unrecht hatte, aber manche ihm genau bekannte Dinge eigene Ansichten zu haben, so läßt man mich nach Herzenslust befeuern, und ich erfahre von der ganzen Sache hauptsächlich durch die officiöse Verleumdung der „Oberfelder Zeitung“, die man mir einseufzt. Es geht nichts über Herrlichkeit im eigenen Lager, und unter Freunden, die lange aus einem Topfe gegessen haben, ist man

ungerechter, als gegen Feinde. Mir ist's recht, man soll sich nicht auf Menschen verlassen, und ich bin dankbar für jeden Zug, der mich nach innen zieht! — (Fortsetzung folgt.)

Wiener Schattenrisse.

(Die ungarische Bank in spe. — „Der neueste Scandal.“ — Offenbach's „Creolin.“ — Zwei Jubiläen. — F. v. Dingelstedt als Nachtwächter, Hofpoet und Theaterdirector. — Michael Etienne).

→ Wien, den 26. Januar.

Werden die Ungarn ihre Bank bekommen oder nicht? Das ist die Frage aller Fragen; und sie macht nicht bloß den Politikern Sorgen. Der Gedanke, daß unsere ohnehin unerreichten Zustände durch zweierlei Banknoten und doppelte Papierwährung erschüttert werden könnten, ängstigt auch die Geschäftswelt. Man spricht von Nichts als von der ungarischen Bank. Die Magyaren sind zübe. Wenn sie sich einmal in eine Forderung verbeissen, so lassen sie nicht so leicht los. Sie halten die selbständige Zettelbank für ein unentbehrliches Kennzeichen eines unabhängigen Staatseigenthums und verprechen sich nebenbei blaue Wunder von derselben. Sie stehen auf demselben kindlichen volkswirtschaftlichen Standpunkte, den die österreichische Regierung in ihren ergebenen Blättern vertheidigen ließ, als sie die Staatsnoten herausgab. Der Wohlstand eines Volkes, hieß es damals, wächst mit der Vermehrung des Capitals; Capital ist Geld; indem wir Mill. neuer Werthezeichen drucken, vermehren wir das Geld, also das Capital, folglich wird durch die Ausgabe der Staatsnoten der Wohlstand Oesterreichs erhöht. Zu demselben circulus vitiosus bewegt sich heute die Logik der Magyaren. (Beweis, daß Ungarn denkt, wenn auch falsch, sagt ein altes Sprüchlein). Sie bilden sich ein, die Gründung einer eigenen Bank werde ihren finanziellen Verlegenheiten ein Ende und den halb banteroten „Staat“ Ungarn wohlhabend machen. Das Uebrige thut die nationale Eitelkeit. Sie verlobet selbst Jene, deren Augen in wirtschaftlichen Dingen sonst scharfer sehen.

Hier sagt man allgemein: Die Ungarn mögen ihre Bank haben und dabei zu Grunde gehen. Wir werden mitleiden, aber die Sache ist ihnen nicht auszureuen, sie sollen praktisch ad absurdum geführt werden. Wir protestiren nur dagegen, daß wir die Noten der ungarischen Bank annehmen, daß dieselben in den cisleithanischen Provinzen Zwangscours erhalten sollen. In dieser Beziehung ist Alles einig: das Ministerium, das Herrenhaus, das Abgeordnetenhaus — hier wenigstens die verfassungstreue Partei — die Bevölkerung. Die Minister, sonst so zahmen und süßigen Charakters, erklären mit großer Entschiedenheit, daß sie nie und nimmer ihre Zustimmung zum Zwangscours der ungarischen Noten geben würden. Im Herrenhause haben sich sogar alle Parteien, die Feudalen und

Bereinigten Staaten mit Cuba in hohem Grade durch das Fortdauern der Insurrection geschädigt sei. Die nachstehenden Daten über den zwischen beiden Ländern seit dem Jahre 1868 stattgefundenen Export und Import werden zur Illustration jener Behauptung nicht ohne Interesse sein. Dem „New York Herald“ entnehmen wir darüber Folgendes: Der Export aus den Vereinigten Staaten nach Cuba betrug

1868-69	12,643,000 Dollars,
1869-70	13,091,000 „
1870-71	14,200,000 „
1871-72	13,168,000 „
1872-73	15,231,000 „
1873-74	19,597,000 „

Der Export hat also in den ersten sechs Jahren des Kampfes um rund 7 Millionen zugenommen. Noch günstiger haben sich die Verhältnisse in Betreff des von Cuba nach den Vereinigten Staaten stattgefundenen Imports gestellt. Hier war das Ergebnis folgendes: Der Import betrug

im Jahre 1868-69	58,201,000 Dollars,
1869-70	54,056,000 „
1870-71	58,240,000 „
1871-72	67,720,000 „
1872-73	77,469,000 „
1873-74	86,272,000 „

Der Import war also von 1868 bis 1874 um mehr als 28 Millionen Dollars gestiegen. Man kann nun allerdings behaupten, daß dieser Zuwachs ein noch viel größerer gewesen sein würde, wenn auf Cuba vollständig geordnete Zustände geherrscht hätten, aber für diese Behauptung liegen reelle Grundlagen keineswegs vor. Es liegt in der Natur der Sache begründet, daß der Handel unter friedlichen Verhältnissen sich besser entwickelt, aber für die Situation zwischen Nordamerika und Cuba sind diese Voraussetzungen nur in beschränktem Maße zutreffend. Hier ist vielleicht die Insurrection auf Cuba eine Ursache für die Vermehrung des Austausches von Waaren mit gewesen. Jedenfalls darf die Regierung von Washington bei ihnen zur Begründung ihres Vorgehens gegen Spanien vorgebrachten Argumenten nur erst in ganz letzter Linie auf die Schädigung der Handelsinteressen durch die Insurrection hinweisen. Mehr berechtigt sind die übrigen Klagen, welche von der nordamerikanischen Regierung erhoben werden. Die Forderung der Genußnahme in der Virginius-Affaire, die Confiscation von Eigentum, das amerikanischen Bürgern gehört, und die Verurteilung amerikanischer Bürger durch spanische Kriegsgerichte enthalten sicherlich die schwerwiegendsten Gründe zu Befürchtungen. Die Sympathie der europäischen Mächte wird hierbei auch dem Cabinet von Washington nicht fehlen. Fraglich bleibt es aber, ob der von Hamilton Fisk gethane Schritt, die Mächte zu einer gemeinsamen Action gegen Spanien aufzufordern, von irgend welchem Erfolge sein wird. Die nordamerikanische Regierung hat damit zum ersten Mal mit der bis dahin von ihr so streng gehüteten Monroe-Doctrine gebrochen, was immerhin anzuerkennen bleibt, die europäischen Mächte dürften aber in der großen Majorität die cubanische Frage als keine internationale ansehen wollen und es den Vereinigten Staaten allein überlassen, sich mit Spanien über die bestehenden Differenzpunkte auseinander zu setzen. Die amerikanische Regierung hat einen solchen Entschluß wohl auch vorausgesehen und schon aus diesem Grunde die betreffende Note vom 5. November nur bei den verschiedenen Regierungen verlesen lassen. Die Mächte konnten dann von derselben Act nehmen, ohne besonders ihre Stellung genau präzisieren zu müssen.

Deutschland.

Berlin, den 27. Jan. [Aus dem Reichstag. Telegraphen-Act bei der Beratung des Paragrafen-Durchs.] Der Staatssecretär des auswärtigen Amtes, v. Bülow, zum ersten Male in der Rolle eines (preussischen) Bevollmächtigten zum Bundesrath debütierte, so wie die Diskussion über den Abänderungsvorschlag der Regierungen zu § 130 (Aufhebung verschiedener Klassen der Bevölkerung) dem jüngsten Mitgliede des Bundesraths, dem preussischen Minister des Innern, Grafen von Eulenburg, Gelegenheit zur Betheiligung an den Verhandlungen. Die Frage war, ob die socialdemokratische Agitation, gegen welche vorzugsweise der neue Paragraph gerichtet ist, durch eine solche strafrechtliche Bestimmung in Schranken gehalten werden könne. Graf Eulenburg, der, wie im Reichstag verlautete, auf ausdrücklichen Wunsch des Reichstages die vorgeschlagene Fassung verteidigte, wollte den Reichstag vor die Alternative stellen, entweder die Regierungen die verlangten Waffen gegen die Ausbreitungen jener Partei zu gewähren oder sie zu zwingen, eventuell die Folgen dieser Ausbreitungen, d. h. den Bürgerkrieg, mit der blanken Waffe zu bekämpfen. Die Entgegnung des Abg. Lasker, man kann wohl sagen im Namen der großen Mehrheit des Reichstages, ging dahin, daß eine solche strafrechtliche Bestimmung (auch in der Presse) der übrigen Parteien zu sehr beengen würde, und daß die social-

demokratische Agitation in dem Maße an Gefährlichkeit verliere, als sie das Recht und die Pflicht habe, ihre Theorie vor der Öffentlichkeit zu vertreten und zu verteidigen. Im Uebrigen war der Mangel neuer Gesichtspunkte auf allen Seiten sehr empfindlich, vor Allem in der ihrer Hauptrolle nach längst bekannter Rede des Herrn Bassermann. Annahme oder Ablehnung des Paragraphen stand eben nur scheinbar in Frage.

Bezüglich des Annim-Paragraphen (§ 353 a) hat sich die nationalliberale Fraction heute Morgen über eine Fassung der von den Regierungen vorgeschlagenen Bestimmung verständigt, welche die strafrechtliche Verfolgung der dort bezeichneten Dienstvergehen (Ungehorsam, Bruch der Amtsverschwiegenheit u. s. w.) der Beamten im Dienste des Auswärtigen Amtes nicht generell, wie die Vorlage will, sondern nur dann zuläßt, wenn die strafbare Abicht, der dolus nachweisbar ist. Der Antrag v. Puttkamer und Gen. kann auf die Zustimmung der beiden conservativen Fractionen und auch der Regierungen rechnen.

Bezüglich der Einführung des Worttarifs für telegraphische Depeschen stehen definitive Beschlüsse noch aus. Wie es heißt, wäre die Zustimmung der übrigen deutschen Telegraphen-Verwaltungen, der bayerischen und württembergischen noch nicht erreicht. Diese Verwaltungen befürchten — und vielleicht nicht mit Unrecht — einen Einnahme-Ausfall in Folge der Einführung des Worttarifs, der Depeschen in der ersten und zweiten Zone vertheuern würde, während die Depeschen der dritten Zone billiger sein würden. Der telegraphische Verkehr in kurzen Entfernungen, der gerade mit Rücksicht auf die Billigkeit der jetzigen Sätze ein sehr ausgebreiteter geworden ist, würde sich sehr verringern. Und da nach Art. 52 der Reichsverfassung Bayern und Württemberg eine getrennte Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens haben, so wird es zur Einführung des Worttarifs auf dem Verwaltungswege der Zustimmung jener beiden Verwaltungen bedürfen.

Der „Nat.-Ztg.“ berichtet heute Abend ihre gestrigen ungenauen Mittheilungen über die Verhandlungen innerhalb der Gruppe der Commission des Abgeordnetenhauses über den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung. Ein Antrag, den Provinzen anstatt der im Fonds befindlichen Eisenbahn-Prioritäten bares Geld zu zahlen, ist nicht gestellt und steht auch nicht in Aussicht; eventuell würde, wenn ein Provinzial-Landtag durch größere Ausgaben in die Nothwendigkeit kommen sollte, die Prioritäten zu veräußern und zwar zu einem niedrigeren Course im besonderen Falle eine Abhilfe eintreten müssen.

Der Vorschlag, noch in dieser Session eine Novelle zum Actiengesetz zu beantragen, durch welche den Actiengesellschaften die Reduction ihres Capitals durch Rückkauf eigener Actien widerspruchsfrei ermöglicht werden sollte, hat im Reichstag nicht den erwarteten und im Interesse der Sache wünschenswerthen Anlauf gefunden.

Berlin, den 27. Januar. [Staatshaushalts-etat. Proceß. Gehlen.] Wie aus dem preussischen Staatshaushalt für 1876 zu ersehen ist, hat die preussische Regierung die Ausprägung von 125 Mill. Goldmünzen im laufenden Jahre übernommen. Da die übrigen deutschen Bundesstaaten etwa 100 Mill. Goldmünzen ausprägen dürften, hätten wir Ende 1876 mehr als 1/2 Milliarden Goldmünzen im Umlauf, was pro Kopf der Bevölkerung etwa 37 1/2 M. ergeben würde. Diese Summe genügt, um unserer Währung den Stempel der reinen Goldwährung aufzuprägen.

Die Verhandlungen des rumänischen Eisenbahngesellschaftsraths der rumänischen Eisenbahngesellschaft, nahmen heute ihren Fortgang. Der Antrag des Publicums war wieder ein ungemein starker. Die Zeugenaussagen ergaben den auch bereits anderweitig bekannt gewordenen trostlosen Zustand, in welchem sich die rumänische Eisenbahngesellschaft befand, als es Strouberg unmöglich wurde, den Bau der Bahnen fortzusetzen. Die Confiscation der Bahnanlage stand bevor, wodurch die Actionäre Alles verloren haben würden, als es in letzter Stunde mit großen Anstrengungen gelang, die Umformung der Gesellschaft vorzunehmen. Die neue Compagnie litt gleichfalls an großem Geldmangel und mußte colossale Zinsen zahlen, um nur die allernothwendigsten Capitalien aufzutreiben. Durchaus unbegründet erweist sich die von dem Angeklagten aufgestellte Behauptung, daß die Mitglieder des Aufsichtsraths bei der Umformung der Gesellschaft und der Capitalaufnahme irgend welchen eigenen Vortheil gesucht, resp. gefunden haben. Das große Risiko, welches die Selbstinsolvenz bei der Anschaffung der Capitalien übernahmen, machten eine große Provisionszahlung nothwendig. Trotzdem war es nur möglich von den benötigten 35 Mill. etwa 12 Mill. aufzutreiben. Der Zeugenverhör nahm bedeutende Zeit in Anspruch, so daß es nachmittags fraglich war, ob die Verhandlungen heute würden zu Ende geführt werden können. Lasker sollte um 6 Uhr vernommen werden. Die Publication des Erkenntnisses dürfte bis nächsten Dienstag vertagt werden. Man glaubt daß der Angeklagte zu 3 Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt werden wird. Sein Auftreten in der Verhandlung erweckte geringe Sympathie. Sehr beaurteilt wird, daß der Rechnungsrath a. D., Hefling in Münster, der

Hauptanführer der Expropriationsversuche nicht gleichzeitig zur Verantwortung gezogen werden konnte.

W. Berlin, den 27. Januar. [Wahlagitacion.] Die neulich von mir avisirte Versammlung von „Wahlvorständen“, die vom Vorstand des Allgemeinen Vereins für öffentliche Angelegenheiten zu dem Zweck einberufen war, die Frage der Organisation bei den nächsten Reichstagswahlen zu beraten, hat den zu erwartenden Verlauf genommen. Trotz der von mir Ihnen früher mitgetheilten Beschlüsse der Delegirten des am meisten in Frage kommenden höchsten Berliner Reichswahlkreises wurde beschloffen, das Banner der alten Fortschrittspartei zu entfallen, und Angesichts der zahlreichen Feinde dieser Partei Siegesbewußt in die Arena zu treten, wie sich ein Redner ausdrückte. Um dies „Siegesbewußtsein“ ist es nun allerdings eine schöne Sache, ob damit indessen die Gefahr einer Niederlage gegen die destructiven Parteien zu erringen sein wird, ist eine andere Frage. Thatsache ist, daß außer den Vertretern der deutschen Gewerksvereine, die mit dem Anwalt derselben, Dr. Mor. Strich, zu der Versammlung erschienen waren, Niemand von den Herren anders mit den Socialdemokraten zu thun gehabt hat, als in sehr respectvoller Ferne; ein Urtheil über die Bedeutung derselben ist also ziemlich bequeme. Der von einer Seite gemachte Vorschlag, von Berlin aus eine Centralisation der Wahlagitacion ins Leben zu rufen, fand in dem Abg. Kreisgerichtsrath Klog einen ebenso energischen wie sachkundigen Gegner. Mit Recht führte derselbe an, einen wie ähneln Eindruck in den Provinzen die „Verordnung“ durch Berlin, wie der Herr Abgeordnete sich ausdrückte, gemacht hat, und er warnte deshalb vor einem ähnlichen Schritte. Die Wahlagitacion müsse überhaupt von „Unten“ in die Hand genommen werden. Wollte man eine Conferenz von Delegirten der Gesamt-Fortschrittspartei, wie vorgeschlagen, abhalten, um eine einheitliche Organisation zu schaffen, so dürfte diese Zusammenkunft nicht in Berlin stattfinden. Von Seiten der Vertreter der Gewerksvereine wurden in drastischer Weise die bei der „Stichwahl“ im höchsten Reichswahlkreise vorgekommenen Dinge, die allerdings nicht sehr erbaulich waren, zur Sprache gebracht, von den übrigen Rednern indessen einfach todgeschwiegen. Nach einer Klarstellung des Unterschiedes zwischen Fortschrittspartei und nationalliberaler Partei, die nach dem Abgeordneten in den Charakteren besteht und darin, daß die Fortschrittspartei keine Rückzugslinie nimmt und keine Verbindung mit dem Reichstanzler hat, wurden folgende Anträge des Abg. Eugen Richter und des Schulvorstehers Böhm angenommen:

„Die Versammlung ersucht die der Partei angehörigen Vorstände bestehender oder früherer Wahl-Comités oder Wahlvereine die Bildung von Wahl-Comités oder Wahlvereinen für die einzelnen Reichstags- und Landtagswahlkreise eingekauft in Angriff zu nehmen, Vertrauensmänner in den einzelnen Bezirken zu ermitteln und die Abgeordneten für Berlin aufzufordern, soweit dies noch nicht geschehen ist, über die politische Situation in größeren Versammlungen Bericht zu erstatten.“

Die Centralisation der Wahlbewegung in Berlin soll durch den zweiten Antrag erreicht werden, welcher lautet:

„Die heutige Versammlung — mit Einschluß der zu heute eingeladenen — constituirte sich als Vertrauensmänner-Collegium und beauftragt den Vorstand des Vereins für öffentliche Angelegenheiten dieses Collegium von Neuem zusammen zu rufen.“

Ob nun nach der in einzelnen Wahlkreisen herrschenden Stimmung dieser Weg derjenige ist, den man allgemein zu wandeln sich entschließt, kann man nicht vorher behaupten, zweifellos ist dies aber keineswegs. Von der alten Disciplin ist ein gut Theil verloren gegangen und die Gegner werden dies zu benutzen wissen.

Berlin, den 27. Januar. [Zur Ausführung des preussischen Klostergesetzes. Einführung des neuen Wahlgesetzes.] Die Anstellungsgesetz- und Gehaltsverhältnisse der preussischen Communalbeamten. In Preußen bedürfen nach § 938 ff. 960 des Allg. L.-R., Abt. II, Tit. II, Klöster, welche mit Corporationsrechten versehen sind, der Einwilligung des Bischofs der Diocese, falls sie unbewegliche Güter, Kostbarkeiten oder Rechte der Stiftung veräußern, verpfänden oder veräußern wollen. In jenen Diocesen, wo der Bischof abgesetzt ist, sind diese Rechte des Bischofs in Gemäßheit der §§ 6 ff. des Gesetzes v. 20. Mai 1874 über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer auf den Staats-Commissarius übergegangen. Sicherem Vernehmen nach hat bisher bei Ausführung des Klostergesetzes der Staats-Commissarius von den ihm überkommenen Rechten bezüglich der Klöster in nicht wenigen Fällen deshalb keinen Gebrauch machen können, weil man bei uns, wie in Belgien, die Gesehe, welche eine Anbahnung von Besitzthum in der todtten Hand verhalten wollen, in der Weise umgangen hat, daß man die Besitzungen auf den Namen irgend einer Vertrauensperson eintragen ließ. Außerdem ist mehrfach dem Staatscommissarius das Recht bestritten worden, sämtliche Autorisationen, welche nach der angegebenen Richtung von der vormaligen bischöflichen Verwaltung den in Rede stehenden Instituten erteilt waren, zurückzunehmen.

Föderalisten nicht ausgeschlossen, zur Abwehr der ungarischen Ansprüche vereinigt. Die Blätter der Hauptstadt, welche irgend wie auf Bedeutung und Geltung rechnen können, sind einmüthig im Kampfe gegen die transleithanischen Wertheizungen, die Hufarenbanknoten. Dennoch herrscht über den Ausgang große Unsicherheit. In den Hofkreisen, wo man die Ungarn stets unterstützt, soll die Neigung vorwalten, ihrem Drängen auch diesmal nachzugeben. Das wäre ein Unglück, im Vergleich mit welcher Solferino und Königgrätz reine Kleinigkeiten gewesen. Man male sich die Folgen aus, die es für unsere Finanzen haben müßte, wenn Ungarn seine dreißig Procente zu den gemeinsamen Ausgaben künftig in Noten bezahlte, die um ein Drittel weniger Werth hätten, als die österreichischen! Wir wären dann ganz der Türkei zu vergleichen, wo es drei Währungen giebt, und die Kaschas nach allen dreien stehen.

Neben dem Scandal auf der politischen Bühne, der uns bedroht, verschwindet jener auf den Brettern des Stadttheaters in ein weissenes Nichts. Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, muß ich gleich bemerken, daß ich nicht etwa von Vorgängen hinter den Coullissen oder den zarten Beziehungen der reisenden Damen dieses Theaters zu seinen Verwaltungsräthen sprechen will, sondern von Barriere's Stück: „Der neueste Scandal“ (Le scandale d'hier). Im Gegensatz zu den meisten neueren französischen Dramen ist dies eine moralische Komödie. An die Stelle der obligaten Gebrüdersgeschichte tritt hier eine tugendhafte Helbin, die nach englischem Muster ihre Laufbahn als Gouvernante beginnt und für ihre gute Aufführung durch die Hand eines reichen und vornehmen Mannes belohnt wird. Solche Stücke bilden das Entzücken aller Erzieherinnen, die dann zehn Nächte lang davon träumen, daß auch ihre trefflichen Eigenschaften schließlich diese Anerkennung finden. Mit welcher Andacht, welcher Nahrung folgten und folgen nicht jene alternen Mädchen, denen das zweifelhafte Vergnügen zu Theil geworden ist, fremde Kinder heranzubilden, dem Schicksal der unglücklichen, am Schlusse in den Ehestandshimmel aufgenommenen Jane Eyre?

Geradezu langweilig wirkt Offenbach's neue Oper: „Die Creolin.“ Die Schiffdecoracion ist aus der „Mitrantenin“, die Musik bei verschiedenen Componisten geborgt. Offenbach sollte seine tannenhaarige Fruchtbarkeit mäßigen, er langt sonst bei der Vantelänger an. In Folge des übermäßig angestrengten Schaffens, auf der Jagd nach Geld und Gewinn hat er sein schönes und reiches Talent erschöpft, er zehrt nur mehr an seinem Namen. Eines Tages wird man ihn, den einst Zielgepriesenen, noch unausgesprochen finden, wenn er sich nicht Ruhe gönnt und seine Kräfte zu sammeln sucht.

Nächste Woche werden hier zwei Schriftsteller-Zubildern gefeiert werden. Das eine derselben gilt Franz von Dingeldeit.

*) Wie wir bereits mittheilten, wird das Stück demnächst hier am Stadttheater zur Ausführung gelangen.
Ann. v. Reb.

Am 1. Febr. sind es fünfundsiebenzig Jahre, daß er die Leitung des Münchener Hoftheaters übernahm und darum die Feier. Der Literatur gehört er viel länger, volle fünfundsiebenzig Jahre an. Auch mit dem Theater steht er schon seit 1847 in Verbindung, denn damals ward er als Dramaturg nach Stuttgart berufen, und gleichzeitig vollzog er jene politische Haltung, die man ihm oft so bitter vorgeworfen. In den „Nachwächterliedern“ hatte er einen sehr feinsinnigen Ton angeschlagen und den höchsten Spott über die deutsche Kleintheater ausgegossen. Das Jahr 1848 aber fand ihn bereits als Hofrath. Als er diesen Titel bekam, schrieb ihm Freiligrath: „Du bist zum Hofrath ernannt worden — ich will stets nur Freiligrath bleiben —“ und der Dichter des „Ewigen“ hielt Wort. Ein Hofrath konnte unmöglich für die Volksbewegung eintreten. Dingeldeit machte entschieden Front gegen sie. Er verspottete in den „Fresken aus der Paulskirche“ zunächst die Linke, er besang Kabakch und forderte ihn auf, nach Wien zu marschiren und der dortigen Revolution den Gnadestich zu geben. Im März schwankte er, im Herbst fand er unbedingt auf Seite der Reaction. Er rief den für die Freiheit kämpfenden Dichtergenossen das viel citirte Wort zu: „Geht linkswärts ihr, und laßt rechtwärts gehen“ und handelte wie er sprach. Merkwürdig ist es, daß Dingeldeit gerade an jenen Orten Theaterdirector ward, die er in den „Nachwächterliedern“ auf das Vossbäteste verhöhnt hatt: In München, Weimar und Wien. Auf die bayerische Hauptstadt hatte er ein Sonett gedichtet, das mit den Versen schloß:

„Geht in die Rechte ihm ein leeres Seidel,
Ihm in die Linke drei Stück Crucifixe —
So habt ihr München im modernen Witz.“

Weimar verspottete er wegen der kleinen, engen Verhältnisse, in die er sich später so gut hinein fand, und Wien, wo er eine Zeit lang als Correspondent der „Allgem. Ztg.“ lebte, behandelte er geradezu unbarmherzig. Er apostrophirte es z. B. zum Abschied in folgender Weise:

„Wohl dir du, die hinter den Gardinen
Anständigst ihre Ballos-Feste feiert,
Und Morgens dann mit Magdalena-Mienen
Im Reichthum schlafst ihr „Absolut“ leiert.“

Heute aber gefällt es ihm ausnehmend gut in Wien, und er bedauert nur, daß er noch nicht Intendant beider Hoftheater ist. Um das deutsche Theater hat Dingeldeit lebendige Verdienste. Die Mustervorstellungen in München, die Eingliederung der Schatzen der bayerischen Theater aus Weimar aus, die seine und geistreiche Art, wie er hier Opern neu schmückte, müssen lobend hervorgehoben werden. Auch den Poeten wollen wir trotz aller Meinungs-Verchiedenheit in Ehren halten. Seine Liebesgedichte sind voll Innigkeit und Feuer, seine Romane lebenswahr. Daß sein Trauerspiel: „Das Haus der Barnevelt“ eine der größten Tragödien der Neuzeit sei, wie es im Meyer'schen Conversations-Lexikon heißt, das glaubt er wohl selbst nicht. Dagegen stieß man zwanzig Jahre lang gewiß nicht auf Widerspruch, wenn man ihn den schönsten

Mann der deutschen Literatur nannte. Noch heute, obwohl die Riesengestalt nicht mehr so stramm aufgerichtet einherschreitet wie früher, hat seine Erscheinung etwas Majestätisches. Man begreift es, wie sich die vielgeleitete, von hohen Herren umworbene Sängerin Jenny Luker vor dreißig Jahren so in ihn verliebte, daß sie ihn sofort heiratete.

Einen Tag später als Dingeldeit wird Michael Etienne, der Chefredacteur der „Neuen Freien Presse“, sein fünfundsiebenzigjähriges Schriftsteller-Jubiläum feiern. Etienne ist ein Jüngling mit grauen Haaren. Er zählt erst achtundvierzig Jahre, hat glücklicherweise weder einen Orden noch einen Titel, ist nie etwas Anderes gewesen als Journalist, und wird auch nichts Anderes werden. Sohn eines französischen Emigranten, in Wien geboren, hat er viel Französisches in seinem Wesen, handhabt auch die gallische Sprache in Wort und Schrift mit großer Leichtigkeit. Die auffallende Berücksichtigung, welche die französischen Angelegenheiten stets in der „Neuen Freien Presse“ gefunden haben, erklärt sich dadurch sehr leicht. Etienne's Jugend war nicht freundlich; er schlug sich als Uebersetzer durch und ward später Vorleser bei Heinrich Heine in Paris. Von dort kam er — ich glaube im Jahre 1863 — als Mitarbeiter zu dem damals in Wien allein bedeutenden Blatte, der „Presse“. Er verlangte, was in jener Zeit unerhört schien, dreitausend Gulden Gehalt. Rony schlug die Hände über dem Kopfe zusammen, aber er zahlte sie. Etienne und der einige Jahre hernach aus Breslau gekommene Friedländer waren die eigentlichen Leiter der „Presse“, bis sie sich im Sommer 1864 von Rony trennten und die „Neue Freie Presse“ in Gemeinschaft mit Ab. Werthner begründeten. Der Erfolg hat ihnen in jeder Beziehung geschickt; schon 1869 überfiedelte die Zeitung in ihr eigenes glänzend eingerichtetes Haus. Friedländer konnte die goldenen Früchte nicht lange genießen, denn er starb schon im Frühling 1872. Seitdem ist Etienne Chefredacteur, und wird es hoffentlich noch recht lange bleiben. Er hat eine vortreffliche Eigenschaft: Keine Regierung kann ihm beikommen und durch kluges Benutzen persönlicher Einflüsse auf die Zeitung gewinnen. Die einfachen profaischen Geschäfte des Herausgebers haben in ihm den alten Mundvortzger nicht ganz erloscht, und in seinem Herzen giebt es einen Winkel, in dem das Freiheitsideal noch ein Plätzchen für stille Anbetung besitzt. Das schäßen nun freilich die Wenigsten von denen, die ihm nächsten Mittwoch bei dem großen Festbankette im „Goldenen Ramm“ ihre Wünsche darbringen werden; die Meisten beugen sich nur vor dem materiellen Erfolgs. Wie wenig dieser von dem Talent abhängt, davon haben wir in Wien ein merkwürdiges Beispiel. Einer der größten Nachköpfe Oesterreichs ist, und zwar durch eine Zeitung, viel reicher geworden als der talentvolle, tüchtige Publicist Etienne.

Der Etat des preussischen landwirthschaftlichen Ministeriums für's laufende Jahr hat auch Mittel zur wirksamen Einführung des neuen Wahlgesetzes ausgeworfen. Es gilt namentlich, wie man in parlamentarischen Kreisen wissen will, in den Provinzen Preußen und Pommern in der Nähe der Ostsee belegene große Flächen unfruchtbarer Oden, welche mit Kieferngehölz bewachsen, hin und wieder durch nutzlose Sandberge unterbrochen werden, die der Flugand auch über ruhbare Flächen treiben, — wirthbarer zu machen und damit die Auswanderung, der man dort sehr zugethan ist, zu bekämpfen.

Nachdem in Preußen die Lage der Staatsbeamten durch Erhöhung der Gehälter und Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen eine Aufbesserung erfahren, wird jetzt auch seitens der Communalbeamten eine anderweitige Regelung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse ersehnt. Das preussische Abgeordnetenhaus wird sich während der gegenwärtigen Session mit dahin gehenden Petitionen von Communalbeamten zu befassen haben. Es wird gewarnt, daß die Wahl der besoldeten oberen Communalbeamten, als Bürgermeister, Magistratsmitglieder u. i. w. auf den Vorschlag der vereinigten Gemeindecolliegen durch die Bürgerchaft lebenslänglich erfolge, daß jedoch alle 12 Jahre die Pensionierung stattfinden könne, ferner daß die Gemeinde verpflichtet werde, eine der Genehmigung der Regierung unterliegende Anstellungs- und Besoldungsordnung zu erlassen, die allein maßgebend für die wechselseitigen Rechte und Pflichten hinsichtlich der Communalämter, endlich, daß den Gemeindebeamten eine Befolgung analog den Gehältern der ihnen in Bezug auf die Befähigung und den Umfang ihrer Arbeitsleistungen gleichstehenden Staatsbeamten gewährt werde und die Pensionierung der Gemeinde-Unterbeamten nach denselben Grundätzen erfolge, welche bei den unmittelbaren Staatsbeamten zur Anwendung komme.

Berlin, den 27. Januar. [Provinzial: Dotations- Fonds. Interpellation Wiggers. Concursordnung. Doctordiplome. Verschiedenes.] In der Sitzung der Commissionen des Abgeordnetenhauses über den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung sind, wie wir einem von unserm Correspondenten bereits erwähnten Bericht der „Nat. Ztg.“ entnehmen, nur Anträge von dem Abg. v. Benda und von dem Abg. Kiderit gestellt worden, welche indeß nach der ausdrücklichen Erklärung der Antragsteller lediglich als Grundlage für die Discussion und für die Ermittlung der die Frage betreffenden Thatsachen dienen sollten. Der erste Theil dieser beiden Anträge ging im Wesentlichen übereinstimmend dahin, daß die Legalität des Verfahrens der Staatsregierung bei der Belegung der Provinzialdotationsfonds und die Auslegung, die die Staatsregierung dem § 5 des Gesetzes von 1873 und den §§ 3, 17 und 26 des Gesetzes von 1875 gebe, als ungewisshaft richtig anzuerkennen sei. (Dieser Auffassung traten sämtliche Redner in der Gruppe bei.) Der zweite Theil der Anträge ging dahin, mit Rücksicht auf die augenblickliche Unverhältnißmäßigkeit der Eisenbahnprioritäten ohne Verlust den Provinzen statt der Effecten baare Geld und angemessene depositenmäßige Zinsen (etwa 3 oder 3½ %) zu gewähren. Von dem Abg. Wehrenpennig und einigen anderen Rednern wurde zu diesen Anträgen der Zusatz gewünscht, daß die Auszahlung in baarem Gelde nur an diejenigen Provinzen erfolgen solle, welche etwa binnen 6 bis 8 Monaten, wo der Wiederzusammentritt der Provinziallandtage zu erwarten sei, dies verlangten. Die Vertreter der Staatsregierung erklärten, daß die Staatsregierung auf dem Boden des Gesetzes stehe und die Initiative zu einer Aenderung schon deshalb nicht ergreifen könne, weil es sehr zweifelhaft, ob dieser Vorschlag vortheilhaft für die Provinzen sei. Die Festsetzung einer so langen Frist, wie sie der Abg. Wehrenpennig wolle, sei für die Finanzverwaltung nicht annehmbar. Im Uebrigen würde aber die Staatsregierung, zumal wenn man nur einen depositenmäßigen Zins verlange, wohl gegen einen derartigen Antrag der Landesvertretung einen Widerspruch nicht erheben. Im Laufe der Discussion überzeugte sich die Commission davon, daß es zweckmäßig sei, vorläufig von jedem Antrage auf Ueberweisung von baarem Gelde (statt der Effecten) Abstand zu nehmen.

Der Reichstagsabgeordnete Moritz Wiggers hat die nachstehende, von der Fraction der Deutschen Fortschrittspartei unterstützte Interpellation gestellt: „An den Herrn Reichstagspräsident erlaube ich mir die Anfrage zu richten: 1) Ist es zur Kenntniß der Reichsregierung gelangt: a. daß in den Mecklenburg-Schwerinischen und Mecklenburg-Strelitzischen Ausführungs-Verordnungen und Anweisungen vom resp. 19. August und 19. September 1875 zum Reichsgesetze über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Febr. 1875 verordnet ist: daß die Standesbeamten und deren Stellvertreter, wenn nicht deren besondere Weidigung fortfällt, weil sie bereits einen Dienst, Amts- oder Publicitäts-, beziehungsweise Lehnsleid geleistet haben, auf ihr Amt nach einem Formular beeidigt werden sollen, dessen Schlußsatz lautet: „so wahr mir Gott helfe und Sein heiliges Wort!“ b. daß im Regierungsblatt für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin der nachstehende Erlass des großherzoglich Mecklenburgischen Staatsministeriums vom 7. Januar 1876 veröffentlicht ist: (folgt der von uns mitgetheilte Erlass, wonach alle „landesherrlichen Diener“, wie in Mecklenburg die Standesbeamten genannt werden, zur Erfüllung der kirchlichen Pflichten angehalten sind); c. und daß in Mecklenburg-Schwerin ein oberkirchenrätthlicher Erlass vom 4. November 1876 erlassen ist, in welchem unter Anderem verordnet wird: „folgt die Trauung alsbald auf den Act der bürgerlichen Eheschließung und muß unter den obwaltenden Umständen angenommen werden, daß die copula carnalis noch nicht stattgefunden hat, so ist der Braut der sonst nicht verwirkte Brautkranz zuzugestehen und das Prädicat Jungfrau, wo dies bisher gechehen, bei der Ansprache im Trauact zu geben.“ Auch ist die Anrede der Braut bei ihrem angenommenen Familiennamen zulässig, wenn die Trauung ohne längeren Verzug auf den Act der bürgerlichen Eheschließung folgt?“ 2) Welche Schritte gedenkt die Reichsregierung zu thun, um die unter Nr. 1a, b. und c. angeführten reichsgesetzwidrigen Bestimmungen zu beseitigen?“

Der „Kreuztg.“ zufolge wird die zweite Lesung des Concursordnungs-Gesetzes erst nach Vollendung der Commissionen-Beratungen über die drei großen Justizreformgesetze, bei Beginn der nächsten Reichstagsession stattfinden, weil eine endgültige Beschlußfassung über eine Anzahl Bestimmungen der neuen Concursordnung erst nach definitiver Feststellung der Civilproceßordnung, bez. der Strafproceßordnung erfolgen kann. Ein formeller dahin gehender Beschluß der Concursordnungs-Commission ist bisher noch nicht erfolgt, weil der Vorsitzende der Commission, Staatsrath v. Sarvey, seit dem Wiederbeginne der Reichstagsberatungen nach Berlin noch nicht zurückgekehrt ist.

In der Discussion über die Frage der Doctordiplome veröffentlicht heute die „Nat. Ztg.“ folgendes Schreiben des Herrn Dr. Th. Mommsen:

„Als ich mich entschloß, eine Anzahl hochachtbarer Körperschaften eines Kreises, dem ich selber angehöre, wegen eines bei ihnen bestehenden Mißbrauchs öffentlich zu tadeln, hielt ich mich nicht bloß verpflichtet, so weit es irgend mit meinem Zweck vereinbar war, das geschäffte Detail zu vermeiden, sondern glaubte auch, die Nennung dieser Anstalten mir und ihnen ersparen zu dürfen, da es sich ja um öffentliche Einrichtungen und in weitesten Kreisen bekannte Ordnungen oder Unordnungen handelt. Wenn hierdurch Irrungen entstanden, so ist dies wenigstens zum Theil nicht meine Schuld. Ich kann nicht dafür, wenn man Halle zu den neu-preussischen Universitäten gerechnet hat, und hielt die Nichtzählung der nicht unbekannten Thatsache nicht für meine Obliegenheit. Die Aufforderung des Herrn Karsten, über das Verfahren der drei Universitäten kein zweifelhaftes Dunkel „auszubreiten“, kann ich insofern nicht als an mich gerichtet betrachten, als die hier in Rede stehenden Vorgänge so notorisch und von so unabweisbarer Deutlichkeit sind, daß eine merkwürdige Kunst dazu geboten würde, darüber „ein zweifelhaftes Dunkel“ zu verbreiten. Uebrigens will ich, da es mit Recht oder mit Unrecht

gefordert wird, hiermit erklären, daß der von mir gerügte Mißbrauch in der philosophischen Facultät von Moskau bestand, in denjenigen von Jena und Göttingen zur Zeit noch besteht. Ueber die andern Facultäten dieser Universität fehlt es mir augenblicklich an Information; bekannt ist mir nur, daß in der juristischen in Göttingen dieser Mißbrauch vor kurzer Zeit beendet worden ist.

Uebrigens ist unter den Uebelschändern, die „in der kaiserlichen Zeit“ wie in allen allgemeinen deutschen Dingen so auch bei den deutschen Doctorpromotionen eingerissen sind, die Promotion in absentia wohl der ärgste, aber keineswegs der einzige. Eine Revision der ganzen Einrichtung ist dringend erforderlich. Uniformierung des Reglements ist keineswegs nöthig und nicht einmal wünschenswerth, aber gewisse Hauptregeln werden sich feststellen lassen, und es wird zu erreichen sein, daß, wenn eine Universität sich diesen nicht conformirt, ihre Diplome auf den Papierwerth herabsinken. Berlin, den 26. Januar 1876. Th. Mommsen, Dr.“

Von dem Einsender des Schreibens, welches in Nr. 19 des „Hamb. Correspondenten“ mitgetheilt wurde, geht der „Nordb. Allg. Ztg.“ in obiger Angelegenheit nachstehende weitere Auslassung zu:

„Die „Frankfurter Presse“ vom 23. Januar enthält eine Beziehung auf meine vorläufige Bemerkung in der „Nordb. Allg. Ztg.“ über die deutschen Doctordiplome, welche Beziehung mit den sonderbaren Worten schließt: „Inzwischen veröffentlicht die „Nordb. Allg. Ztg.“ die Aufschrift eines Amerikaners, welcher mit Entstellungen über die Universitätsverhältnisse in süd- und westlichen Deutschland droht, weil dort die Doctorprüfungen in einer ein- bis zweifachen Unterhaltung mit einigen lebenswürdigen alten Professoren beständen. Bei der Regelung dieser Dinge wäre wohl die Nachahmung des Beispiels zu empfehlen, welches die Universität Gießen gegeben hat, indem sie gleichzeitig mit der Abschaffung der Promotionen in absentia die Öffentlichkeit der Doctorprüfung einführt.“

Die Franzosen haben ein Sprichwort von dem Manne, der sich entschloß, ehe er angeklagt ist. Aber ich habe nicht gemeint, daß ein deutscher Professor (und ein solcher scheint mir nur zu sprechen) das Sprichwort in einer so wunderlichen Weise befolgen möchte. Es ist zuerst eine völlige Verdrückung der Sachlage, wenn dieser Herr zuerst den Trumpf gegen die Promotionen in absentia ausspielt, um den Blick von der partei hontause abzulenken. Es giebt z. B. Bewerber, welche so hervorragende Abhandlungen schreiben und an eine Universität einschicken, daß es eine Comedie wäre, solche zu examinieren und zwar so, wie es vielfach geschieht. Die Universität Göttingen, wenn sie dieses meinent an ihrer Promotion in absentia festhält, thut Recht. Sie ist überhaupt eine hochachtbare Universität, auf die kein Mensch das Recht hat, Noth zu werfen! Und von „Mißbrauch“ haben Sie, Herr Professor, am wenigsten Recht, zu reden!

In was wünschen Sie nun das Beispiel der Universität Gießen nachgeahmt? Sehen Sie sich gefälligst Ihre Doctoren in praesentia ein wenig näher an. Darum bitte ich. Oder wissen Sie nicht, daß Sie gerade vor drei Wochen einem Gläubigervirtuellen den Grad ertheilt haben? Es muß ein Schauspiel gewesen sein für Göttingen, als der Mann Ihnen ausstapelte und Sie ihn zum Doctor in den Künsten promovierten. Der Wahrheit die Ehre! Für solche Beispiele danken wir.

Bei uns in Amerika ist es vorgekommen, daß einem Colleg die Geschäftsführung entzogen ist. So etwas ist wohl in Deutschland nicht möglich. Wäre es aber nicht möglich, daß die Professoren Ihrer Universität einmal das Album der Doctoren veröffentlichten? Nöthig aber wäre es wohl, daß die Professoren der Universität vor Allem wegen des beregten Falles sich rechtfertigten und mir bewiesen, daß ich die Unwahrheit sage.“

Die Reform der Telegraphen-Tarife, welche der Generalpostmeister einführen will, wird im Reichstage Gegenstand der Verhandlung werden. Die deutsche Reichspartei bereitet einen Antrag vor, den der Abg. v. Behr-Schmolow einbringen wird und der dahin geht, die projectirte Tarifumstellung wesentlich zu modifizieren, wenn es nicht gelingt, sie ganz zu beseitigen. — Dieselbe Fraction geht damit um, eine Interpellation einzubringen, welche sich auf die Einfuhr von deutschem Spiritus nach England und Italien und die Ausfuhrverordnungen bezieht. Man wird sich erinnern, daß schon in früheren Jahren in ähnlicher Weise von derselben Seite Interpellationen erschienen sind. Diesmal wird der Abg. von Kardoff als Interpellant auftreten. — Die Interpellation des Abg. Dr. Wiggers wird am Sonntabend im Reichstage verlesen werden. — Der Abg. Dr. Brandenburger wird erst in einigen Tagen in der Lage sein, seinen Bericht über das Gesetz, betreffend die Ergänzung des Invalidenfonds, zu erstatten. Es ist diese Angelegenheit durch die Erkrankung des ursprünglich ernannten Referenten Dr. von Schaub erheblich verzögert worden.

Fürst Bismarck ist, obwohl von seinem letzten Unwohlsein fast hergestellt, genöthigt, sich große Schonung aufzulegen und es ist daher fraglich, ob er im Stande sein wird, bereits in den nächsten Sitzungen des Reichstages zu erscheinen.

Hannover, den 27. Januar. Aus der Landes-synode. Die letzten Berichte Ihres Blattes über die Verhandlungen der Landessynode genügen vollkommen, wenn sie bei einzelnen hervorragenden Debatten durch eine speciellere Mittheilung ergänzt werden, denn für gewöhnlich sind die Verhandlungen der Synode diesmal von Interesse für weitere Kreise nicht gewesen. Einen gewissen Aufschwung haben dieselben heute genommen aus Anlaß der von der 14er Commission gestellten Auschufsanträge in Betreff des Protektantenvereins. Diese von Wüchsmeyer Bergen gestern in anerkennendstündiger Rede begründeten Anträge lauten dahin:

1) Die Synode erkennt in den Bestrebungen des Protektantenvereins einen auf Zerstörung des Fundaments unserer Kirche gerichteten Angriff und befragt deshalb die Theilnahme eines jeden Mitgliedes der Kirche an diesem Vereine als eine schwere und gefährliche Verletzung, deren zum Verrath gleichbedeutende Bedeutung öffentlich ist und mehr zur Erkenntnis kommen wird.

2) Insbesondere aber erachtet die Synode die Stellung eines Geistlichen unserer Kirche für unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Protektantenvereine, weil das Streben dieses Vereins darauf gerichtet ist, unbestreitbare religiöse Grundbegriffe und Grundregeln, in welchen nach den Bekenntnissen der Kirche die ausschließliche Heilswahlheit besteht und welche der Geistliche als solche zu predigen und zu lehren berufen ist, nicht ferner als solche Wahrheit gelten zu lassen, sondern entgegenzusetzen, von der Kirche als Irrthum verworfene Lehren als gleichberechtigt in der Kirche zur Geltung zu bringen.

3) Die Synode darf vertrauen, daß die königliche Kirchenregierung nach Maßgabe dieser Grundbegriffe die Kirche zu schützen wissen werde.

Der Berichterstatter Wüchsmeyer begründete diese Resolutionen gestern in seiner eifrigen, aber breiten und wenig feinen Weise. Neues über den Protektantenverein brachte er nicht bei. Es bedurfte dessen auch nicht, Jeder wußte längst, wie er zu diesem stand. Heute ertheilte Obergr. Anwalt Graf aus Osnabrück die Debatte. Er war das einzige Mitglied der Commission, welches jenen Anträgen widersprechen hatte, da er selbst dem Protektantenvereine angehört. Graf's Rede war maßvoll. Das war aber auch ihr einziger Fortzug. Er sprach ohne Begeisterung, wiederholte die hergebrachten Vertheidigungen des Protektantenvereins, regte aber nicht an und hatte daher keinen Erfolg. Roscher verließ seine in der Commission eingenommene Stellung zu den Resolutionen. Er sprach gegen den Protektantenverein, aber auch gegen die Haltung und Tendenz der Resolutionen zu 2 und 3. Abulisch Wüchsmeyer, der ein einfaches Zeugniß gegen den Protektantenverein an die Stelle der Resolutionen setzen wollte und einen dem entsprechenden Antrag einbrachte. Einmal weiter ging ein Verbesserungsantrag von Fienemann, der namentlich der Resolution zu 3 entgegengetreten und die Spitze abbrechen wollte. Silbebrand richtete aberhaupt davon, jetzt noch über den Protektantenverein zu schwärmen. Daß selbige die Commissionen antrage. Sie versammelten dagegen hatte

Laß, noch über diese hinausgehen, die dann von Seibler, Hafermann, Uthhorn, Bornemann, Neurey, Diekmann vertheidigt wurden. Am geschicktesten von Uthhorn, der freilich die Bedeutung der Resolution auf 3 sehr abschwächen suchte. Er erklärte, das Landes-Constitutum habe seinen Spiegel-Paragraphe gewollt; es läge in den Commissionen anträgen nur ein Vertrauensvotum. Wenn das richtig ist, so ist nur zu bedauern, daß man dafür nicht eine bessere Form gefunden hat. Denn wenn No. 3 überhaupt einen Sinn haben soll, so kann es nur der sein, daß darin eine Etappe für das Landes-Constitutum liegen soll, wenn es gegen Spiegel und Genossen die Disciplinaruntersuchung eröffnet. Die Etappe ist eben zerbrochen und leicht auch nach anderer Richtung hin verwendbar. Indessen für solche Erwägungen hatte die Majorität keinen Sinn. Die Resolutionen wurden angenommen. Für die erste stimmten auch die Mitglieder des evangelisch-lutherischen Vereins, dagegen Graf, Rosch, Pfaff, Silbebrand, Wüchsmeyer, Wendt, Gurth.

Hannover, den 27. Januar. Der auf den 2. Februar zusammenberufene händische Verwaltungsausschuß wird in Folge der mit Anfang dieses Jahres eingetretenen Erweiterung des Gebietes der provinzialhändischen Verwaltung voraussichtlich viele wichtige Geschäfte zu erledigen haben, so daß die Sitzungen, wie wir hören, wahrscheinlich acht Tage dauern werden.

Dresden, den 27. Januar. [Mangelhafte Ressortverhältnisse unserer Ministerien. Irvingianer.] Neuerdings sind mit Recht verschiedene Regelmäßigkeiten in den Ressortverhältnissen unserer Ministerien öffentlich besprochen worden. So ist z. B. die sicherlich mangelhafte Einrichtung getadelt worden, daß einzelne Unterrichts-anstalten, wie das hiesige Polytechnicum, nicht dem Cultusministerium, sondern dem Ministerium des Innern untergestellt sind, da es doch kaum einer näheren Begründung bedarf, daß sämtliche Erziehungs- und Unterrichtsanstalten des Landes dem Ministerium des Cultus und des öffentlichen Unterrichts zugewiesen werden müssen und nicht, wie dies zur Zeit der Fall ist, unter verschiedene Ministerien verstreut sein dürfen. Eine andere Anomalie zeigt sich darin, daß bei uns die Straf-anstalten dem Ressort des Ministeriums des Innern zugewiesen sind, während sie doch wohl, wie dies auch der Entwurf der deutschen Strafproceßordnung andeutet, unter das Ressort des Justizministeriums gehören. Man ist sich in neuerer Zeit so ziemlich darüber einig, daß die Strafvollstreckung nicht bloße Verwaltungssache sei, sondern daß der Vollzug richterlicher Urtheile, wenn auch nicht als ein richterlicher Act, so doch jedenfalls als Justizsache, als ein Act der Justizverwaltung aufgeführt werden müsse, und daß demgemäß das gesamte Strafvolksgewesen in Zukunft den Justizministerien zu unterstellen sei. Es wäre wohl in der Ordnung, daß unser Landtag in dieser Beziehung zeit- und sachgemäße Reformen anbahne. Schwieriger mag die Entscheidung der Frage sein, ob die Eisenbahnen, wie bisher, dem Ressort des Finanzministeriums oder dem Ministerium des Innern zu überweisen sind. Durch Verwirklichung des jetzt vielbesprochenen Anstalts der Eisenbahnen für das Reich würde übrigens diese Frage selbstverständlich für Sachsen gegenstandslos.

Wenn, wie wir Ihnen früher melden (s. No. 14 d. Bl.), im sächsischen Erzgebirge der Hauptstempel für die Agitationen der Methodisten ist, so haben sich die Irvingianer in jüngster Zeit die sächsische Lausitz zum Propagandamachern für ihren Glauben auserkoren. In Bautzen hat kürzlich, wie die „Vhn. Nachr.“ melden, ein Herr Müller einen „höchst interessanten“ Vortrag zu Gunsten des Irvingianismus gehalten.

Strasburg, den 26. Januar. [Französischer Kunstgeschmack. Ein weiblicher Orden. Berufung.] Wir haben schon mehrfach der hier bestehenden „Gesellschaft der Kunstfreunde“ Société des Amis des Arts und ihrer französischen Rundgebungen gedacht. Die Zahl derselben ist kürzlich durch eine neue vermehrt worden. Der Präsident der Gesellschaft, ein Herr Lichtenberger, polemisirte in seinem jüngst verlesenen Jahresbericht gegen die in einigen Werken neuerer deutscher Schriftsteller ausgesprochene Ansicht, daß die Kunst im Elsaß ausschließlich deutschen Ueberlieferungen folge. Er gab zu, daß diese Behauptung hinsichtlich der Musik zuträffe, während die bildenden Künste der Fährung der französischen Schule folgten. Herr Lichtenberger, bekanntlich ein Elässer, an dem nicht mehr deutlich erscheint als der Name, constatirte, daß im Elsaß auf dem Gebiete der bildenden Kunst der französische Geschmack die unumstößliche Herrschaft führe, war aber so artig, in Aussicht zu stellen, daß, wenn im Osten oder im Norden (also in Deutschland) eine neue Kunstperiode sich erheben sollte, die Strasburger „Société des amis des arts“ bereit sein werde, sie zu bewundern. Nach des Redners Ansicht hat Deutschland also erst noch die Maler, Bildhauer und Baumeister hervorzubringen, die als Meister und Führer von elässischen Künstlern und Kunstfreunden vielleicht anerkannt zu werden Aussicht hätten. Man würde derartige Rundgebungen eines vernünftigen Kunstgeschmacks natürlich mit größter Gemüthsruhe vornehmen, wenn es nicht bekannt wäre, daß unsere Stadtverwaltung die Absicht beugt, gerade jener Gesellschaft die Kunstpflege in Strasburg anzuvertrauen und ihr zu diesem Behufe die aus der Bombardements-Entschädigung stammenden reichen städtischen Mittel zu Verfügung zu stellen. Wenn nicht sich diese Absicht, so wird Strasburg auf lange Zeit hinaus in künstlerischer Beziehung nur eine Dependenz von Paris bleiben.

Der in Elsaß-Lothringen in drei Anstalten vertretene weibliche Orden der „Kleinen Schwestern der Armen“, der unter einem französischen Mutterhause zu Rennes steht, hat unlängst die Aufforderung erhalten, sich von diesem loszulösen, da eine derartige Verbindung unstatthaft und gleichgültig ist. Darüber lebhafter Schmerzensschrei im „Elässer Journ.“, dessen Redaction und Leitkreis im Uebrigen doch den ultramontanen oder auch nur katholischen Interessen so fern wie möglich stehen. Ein neuer Beweis dafür, welchen Werth diese Leute auf die Aufrechterhaltung jeder wie immer gearteten Verbindung mit Frankreich legen. Daß die hiesigen „Kleinen Schwestern der Armen“, die mit dem Gelde, das sie in unserer Stadt Haus bei Haus einsammeln, eine Anzahl kranker und hilflosbedürftiger Greise in der anerkanntsmethodischen Weise versorgen, diesem ihrem selbstgewählten Berufe auch ohne ein fern in Frankreich befindliches Mutterhaus leben können, wird jeder Unparteiische doch wohl zugeben müssen.

Der durch einige anziehende Arbeiten über elass-lothringische Angelegenheiten auch in weiteren Kreisen bekannte hiesige Kreisassessor in Zabern, Baron v. Nischgosen, ein Sohn des jetzigen preussischen Gesandten in Hamburg, ist vor kurzem als Hilfsarbeiter in das auswärtige Amt zu Berlin berufen worden.

Österreich.

Wien, den 27. Januar. Der neue Erzbischof von Wien. Endlich ist der durch Cardinal Rauscher's Tod verwaiste erzbischöfliche Stuhl von Wien definitiv wieder besetzt. Die schon lange vorhergesehene Ernennung des bisherigen Weihbischofs von Wien Dr. Johann Rauscher wird jetzt officiell bekannt gemacht, nachdem von Rom die Anzeige eingelaufen ist, daß der Papst gegen die Person des vom Kaiser Gewählten nichts einzuwenden habe. Schon dieser letztere Umstand sollte allen Jenen Vorrecht gebieten, welche in Rauscher einen Liberalen sehen, oder doch mindestens einen relativ freisinnigen Geistlichen. In Wirklichkeit ist er dies keineswegs, denn wenn auch Rauscher neben seinen geistlichen Functionen die Stelle eines Ministerialraths im Unterrichtsministerium nicht verläßt, so ist er doch ein in der Welle gefärbter Concordatsmann, der mit der neuen Gesetzgebung, hauptsächlich aber mit der 1868er Concordatsgebung, sich niemals befreundete. Man sollte doch nicht vergessen, daß Rauscher der Autor jenes berühmten oder vielmehr berühmten südböhmischen Commentars zu dem concordatslichen Eherichte ist, daß er in jeder Zeile dieses Buches (erschienen 1866 bis 1868) das Concordat preist, welches er mühsam geholt, indem gerade diejenigen Paragraphe desselben, welche am meisten Anstoß erregen,

nämlich diejenigen über Ehe und geistliche Ehegerichtsbarkeit, aus seiner Feder stammen. Später billigte er nicht, sondern acceptirte nur widerwillig, wie Einer, der eben nichts dawider thun kann, die constitutionelle Aera. Daß er unter einem verfassungstreuen Ministerium als Ministerialrath in das Unterrichtsministerium eingetreten sei, wie Einige behaupten, ist falsch. Dr. Rutschky war schon darin, als die Verfassungspartei aus Ruher kam, er wurde nur, wie gleichsam zu dem Inventar gehörig, von den neuen Männern mit übernommen. Rutschky's Eintritt in den Staatsdienst erfolgte bereits 1854, unter dem Cultus- und Unterrichtsminister Grafen Leo Thun, dem jetzigen Führer der Clericalen der Clericalen — daher seine Abnahme an dem Concordatswerte.

Erzbischof Rutschky ist übrigens schon ein ziemlich bejahrter Mann, er wurde am 23. April 1810 in dem Dorfe Wiese in Oesterreichisch-Schlesien geboren. Seine Biographie ist nicht die eines bewegten Lebens. Nachdem er seine Studien absolviert hatte, war er 17 Jahre Professor der Moraltheologie an der früheren Universität in Olmütz, hierauf 12 Jahre (1852 bis 1864) Hof- und Burgpfarrer in Wien, schließlich 11 Jahre lang Weihbischof von Wien (Bischof von Carre in partibus) und Gehilfe des Cardinals Rauscher. Er war also ziemlich lange auf jedem seiner Posten. Ob er als Cardinal herben wird, wie sein Vorgänger, das hängt von seiner Gefügigkeit gegenüber dem Vatican ab. Man hat aber Grund zu glauben, daß seine „Ergebenheit“ gegenüber dem Papste nichts zu wünschen übrig lassen werde, da ja Rutschky (abgesehen von seiner Concordatsfähigkeit) es war, welcher den Cardinal Rauscher dazu bestimmte, sich trotz der Opposition, die Lepsterer auf dem Concil gemacht hatte, dem Unfehlbarkeitsdogma zu unterwerfen.

Wien, den 27. Janr. [Handelskammern. Verhandlungen mit Ungarn.] Die hier tagende Versammlung von Vertretern der österreichischen Handelskammern hat bezüglich des Appreturverfahrens einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher bei der Einführung von Veredelungs-Böllen eine Erneuerung des Vertrages mit Deutschland vom Jahre 1853 auf fünf Jahre, nach Ablauf dieses Zeitraumes aber die gänzliche Auflösung des Vertrages beantragt wird. In einer zweiten Resolution sprach sich die Versammlung für die unveränderte Beibehaltung des Grenzverkehrs und für Bestimmungen zur Sebung des Exports durch Rückvergütungen aus. Ferner wurde ein gegen die Befreiung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften von der Erwerbssteuer gerichteter Antrag abgelehnt. Schließlich erklärte die Versammlung noch ein besonderes Geheiß über die Besteuerung der Prioritätszinsen der Eisenbahnen für wünschenswerth und beschloß, die Einführung einer Rentensteuer zu befürworten.

In der gestrigen zweiten Sitzung des Handelskammertages wurden die protectionistischen Anträge des von der Wiener Kammer entsendeten Referenten endgültig verworfen, allerdings nicht ohne daß dem Besiegten ein ehrenvoller Abzug gewährt worden wäre. Das Verdienst, den Protectionisten den Standpunkt klar gemacht zu haben, fällt den östlichen Kammern des Reiches zu, welche von mehreren innerösterreichischen Kammern kräftige Unterstützung erliefen. Sie hielten dem Sonder-Interesse das Gesamt-Interesse des Reiches, den particularistischen Bestrebungen einzelner Industriellen die berechtigten Interessen der Landwirtschaft und der Consumenten überhaupt entgegen. Sie legten den Widerspruch dar, daß die Volksvertretung, an welche appelliert werden soll, kurz zuvor gegen den „Minimaltarif“, das punctum saliens des ganzen Kampfes, entschieden, dieselbe Volksvertretung, welcher ja Abgeordnete der Kammern selbst angehören. Wie soll die Regierung einen Maßstab zur Beurtheilung der Wünsche des Volkes erhalten, wenn auf der einen Seite das Abgeordnetenhaus, in welchem gleichzeitig Vertreter der Handelskammern sitzen, die Abschließung von Handelsverträgen billigt, auf der anderen Seite die Handelskammern, im Gegensatz zu ihren eigenen Vertrauensmännern, einen „Minimaltarif“ verlangen, d. h. die Abschließung von Verträgen verhorresciren? Schon diese formellen Gesichtspunkte mußten den Ausschlag geben. Es bedurfte nicht weiter des meritorischen Nachweises, daß Oesterreich, will es nicht wirtschaftlich isolirt bleiben, der Verträge mit den auswärtigen Staaten nicht entziehen kann. Die bereits mitgetheilten Resolutions-Anträge, wie dieselben aus der Commissionsberatung hervorgegangen, verlangen, daß die Regierung sich mit einem Beirathe „erprobter und verlässlicher Sachleute“ umgibt; dieser allgemein gehaltene Wunsch wurde in der gestrigen Sitzung einerseits durch einstimmige Ablehnung des Antrages, daß der Handelskammertag als ein solcher Beirath gelten solle, andererseits durch die ausdrückliche, von allerseitiger Zustimmung begleitete Erklärung des Reichstages-Abgeordneten Comperz und anderer Redner dahin authentisch interpretirt, daß das Abgeordnetenhaus von Fall zu Fall eine Expertise veranstalten soll, welcher Vertreter aller Interessen zugezogen würden. Auch darin endlich, daß bei Abschluß von Handelsverträgen nicht politische, sondern volkswirtschaftliche Rücksichten maßgebend sein sollen, stimmten Schutzöllner und Freihändler überein.

Im Uebrigen ist nur Weniges über die gestrige Sitzung zu erwähnen. Zu bedauern ist jedenfalls, daß der Handelskammertag bei Weitem zu viel Zeit für Formalien verschwendet. Auf der heutigen Tagesordnung stand auch die Steuer-Reform. Die Delegirten von fünf Kammern beantragten, die Steuer-Reform überhaupt von der Tagesordnung des Handelskammertages abzulehnen, da der Steuerausgleich des Abgeordnetenhauses noch mitten in der Arbeit begriffen und überdies der so wichtige Gegenstand in den meisten Kammern gar nicht oder viel zu wenig studirt sei. Trotzdem sonst maßgebende Delegirte für die Ablehnung eintraten, wurde doch das Gegentheil beschlossen. Die Abstimmung über die bereits bekannten Resolutionsanträge ergab die einstimmige Annahme derselben.

Der Telegraph hat bereits die Antwort übermittelt, welche Tisza in der vorgestrigen Sitzung des ungarischen Reichstages auf die Interpellation Madarasz in Betreff der österreichisch-ungarischen Verhandlungen ertheilt hat. Die Antwort stimmt im Wesentlichen mit den Erklärungen überein, welche Tisza schon in der Konferenz der liberalen Partei abgab, und das Dunkel, in welches die Verhandlungen von beiden Ministerien gehüllt werden, heißt sich durch dieselbe nicht im geringsten auf. Tisza verweigert nach wie vor jede Aufklärung vor Abschluß der Unterhandlungen, und zwar so energisch, daß er lieber zurücktreten als das angelobte Still-schweigen brechen will. Für die von Madarasz incriminirten Aeußerungen des Fürsten Auersperg lehnt er jede Verantwortung ab, da ihm eine Ingerenz auf den österreichischen Minister-Präsidenten nicht zukommt. Hervorzuheben ist allerdings nur die Bemerkung Tisza's, daß Niemand fehnächtiger als er des Momentes harre, wo er offen Alles werde mittheilen können. Das läßt doch wenigstens auf die Absicht schließen, den Abschluß der Verhandlungen zu beschleunigen und dem haben wie dräben höchst unerquicklichen Zustande des Hangens und Wangens in schwebender Bein ein Ende zu machen. Damit stimmt auch einigermaßen die Meldung des „Naplo“ überein, welcher den 10. Februar als den Tag bezeichnet, an welchem die Verhandlungen der beiderseitigen Regierungen in Wien wieder aufgenommen werden sollen. Alles in Allem gewinnt man immer mehr den Eindruck, daß von dieser Fortsetzung der Unterhandlungen Alles abhängt, mit anderen Worten, daß in Pest trotz der famosen identischen Beschwichtigungsnotiz der cis- und transleithanischen Officialen keine nennenswerthe Annäherung erzielt wurde.

Großbritannien.

London, den 26. Januar. [Gericht über Anmerkungen von Dampfern. Das militärische Exerciren in Londoner Schulen. Sir Ch. Dille für den Suezcanal-Handel. Seine Feindschaft gegen Deutschland. Ein Vierteljahrhundert der „Times“.] Ein auffallendes, aber sehr bebarlich verbreitetes Gerücht geht dahin, daß das Marineministerium beschäftigt sei mit einem Plane, im Kriegsfall die Schiffe der englischen Dampferlinien in Kanonensuböte umzuwandeln. Ich erwähne des Ge-

rüchtes, das mehrfach Glauben findet, lediglich darum, weil es als Maßstab der dem Cabinet für eventuelle Fälle zugeführten politischen Bienen kann. Doch kann ich nicht verläugnen, daß selbst Sachleute von dem angeblichen Vorhaben durchaus nicht etwa in einer Weise reden, als hielten sie die Sache für unmöglich.

In der neuen Verordnung des Londoner Schulkolles ist unter den körperlichen Übungen das „militärische Exerciren“ genannt. Das Wort „militärisch“ war bisher nicht darin genannt, sondern lediglich das Wort „drill“ gebraucht worden, welches eine allgemeinere Bedeutung haben kann. Herr Lucraft, ein bekannter Arbeiterführer und Mitglied des Schulkolles, der auch dem Friedensverein angehört, dessen Deputation im verfloffenen Sommer ein Meeting in Paris hielt, will nun beantragen, es solle „kein militärisches Exerciren in den von dem Londoner Schulkolle gestifteten Schulen gelehrt werden“. In Folge der Januar-Nummer des „Arbitrator“, des Organs des Friedensvereins, gedankt man auch aus diesem Kreise heraus eine Agitation gegen diese Verordnung des Schulkolles einzuleiten. Ich glaube indessen kaum, daß dies von Erfolg sein wird. Der Wunsch nach einer kampftätigen Ausbildung der Jugend ist im Gegentheil in England stark in der Zunahme, und zwar ohne Unterschied der politischen Parteien. Die dem Friedensverein angehörigen Arbeiter bilden eine Ausnahme.

Auffallender Weise greifen mehrere Blätter Sir Charles Dille heute wegen seiner „Opposition gegen den Suezcanal-Handel“ an. Mir liegen dagegen mehrere ausführliche Berichte seiner gestrigen Rede vor, wonach er sich im Gegentheil für die Politik des Cabinets in diesem besonderen Falle ausgesprochen — vorausgesetzt, daß das Abkommen wirklich einen großen politischen Hintergrund habe. Dille ist nämlich entschieden für Aufrechterhaltung der Türkei gegenüber Rußlands Vordringen. Er hat sich dafür in der stärksten möglichen Sprache erklärt. Für das Ministerium muß es immerhin von Werth sein, etwaige Oppositionen aus den liberalen Reihen heraus durch einen demokratischen Deputirten bekämpft zu sehen.

Es sei hier erwähnt, daß die von Dille's Bruder redigirte Wochenchrift in ruffisch-türkischen Angelegenheiten gerade eine entgegengesetzte ruffischfreundliche Haltung zeigt. Selbst über das neulich erwähnte Buch Farley's, der Constantinopel dem Garen übergeben will, ergeht sie sich in den äußersten Lob-sprüchen.

Als Franzosenfreund griff Sir Ch. Dille auch diesmal wieder Deutschland mit einer fast überspannten Festigkeit an, indem er u. A. auf das durch „Breiten“ den Dänen angethane „Unrecht“ zurückging. Ein Valt, das sonst ebenfalls Partei für Frankreich nahm, führt ihm indessen zu Gemüthe: wie dem England, das einst Kopenhagen bombardirte, und in Indien und anderwärts stets lediglich nach eigenem Interesse verfuhr, sich auf den Stuhl des hochmoralischen Richters setzen könne? Wenn Dille über die politische Immoralität der Deutschen zeter, so stehe am Ende doch Deutschland an politischer Sittlichkeit anderen Völkern mindestens gleich, wenn nicht weit voran. Statt immer wieder Vergangenes aufzuwühlen, solle England eher das Bündnis dieser tapferen, starken und gegen priesterliche Annäherung fest ankämpfenden Nation nachsuchen.

Dille ist, bei allen Schrullen, ein Mann von ehrlichem Streben, der stets genaue Information zu erlangen sucht. Um so sonderbarer erscheint es, daß er in seiner Rede, um Deutschland als „schwach“ zu bezeichnen, die „Claven und — Nagelaren“ als Feinde des deutschen Reiches darstellte. Trotz seiner Beschäftigung mit der orientalischen Frage ist er augenscheinlich in der ungarischen Politik nicht besonders bewandert.

Die „Times“ haben sich nicht geistert, ihre Jahresübersicht aus dem letzten Vierteljahrhundert in einer Ausgabe von 300,000 Exemplaren zusammen drucken zu lassen. Commercial-rentirt sich das Unternehmen offenbar. Es sind bereits 250,000 Exemplare verkauft. Aber welche Widerprüche sind da in einem Band zusammengepackt! Den Lesern muß es von alle dem so bann werden, als ginge ihnen ein Mähtrid im Kopf herum. Indessen der „Times“-Titel erklärt Alles. Dieses Blatt ändert sich ganz mit den Zeiten.

London, 26. Jan. [Deutschland und Frankreich. Zur Armin-Affaire. Rede Forster's.] An der Hand der gleichzeitig in Berlin und Paris veröffentlichten Zahlen über die Staatseinnahmen und Ausgaben zeigt die „Times“ heute auf den Contract hin, welcher zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen der beiden Länder besteht. Was Deutschland betrifft, so heißt es, im laufenden Jahre werde wohl das Deficit durch Einschränkung der Staatsbahnbauten und Ausgabe von Schatzscheinen beseitigt werden können, im nächsten Jahre aber müsse die Regierung, falls Handel und Industrie bis dahin nicht wieder einen Aufschwung genommen hätten, entweder eine Anleihe aufnehmen, oder aber den Militäretat reduciren. „So sehen wir Wohlfahrt im Lande der Westegien und das Gegentheil im Lande des Siegers, Ueberflüsse in dem einen und Deficits in dem andern; wir sehen Frankreich seine Steuerlast mit größerer Leichtigkeit tragen, als Preußen seine im Verhältnis mäßigen Steuern zu tragen weiß.“ Und woher kommt dieses? Man höre: „Der wirkliche Grund für den Rückgang (decline) Preußens haben wir in dem militärischen System Deutschlands zu suchen.“ Das Blatt fährt dann fort, indem es ganz zu übersehen scheint, daß Frankreich nunmehr ebenfalls die allgemeine Dienstpflicht nach deutschem Muster eingeführt hat: „Dieses System ist, wie wir dies oft hervorgehoben haben, das tollpfeiligste von der Welt. Indem die besten und am meisten verpflegenden jungen Leute auf Jahre von den Universitäten, den gelehrten Berufsständen und aus Laboratorien weggeholt und auf den Exercierplatz geschickt werden, entsteht eine größere Unterbrechung des Handelsverkehrs und wird der Nation eine schwerere Bürde auferlegt als diejenige, welche Frankreich in den Kosten des letzten Krieges zu tragen hat. In Frankreich ist die Conscriptio ebenfalls hart genug, aber abgesehen davon, daß der natürliche Reichtum des Landes größer ist, trägt man dort mehr Sorgfalt auf das Rekrutierungssystem die Gewerthätigkeit nicht beeinträchtigt. In Deutschland werden alle anderen Interessen den Bedürfnissen der größten Armee, welche ein Staat je unterhalten hat, aufgeopfert. Die Intelligenz der Nation wird mit solcher Strenge an militärische Arbeiten gestellt, daß bürgerliche Beschäftigungen merklich darunter leiden. Handel und Industrie werden geopfert, um das Land mit Truppen zu bedecken, welche auf die Präcision von Maschinen eingebrißt sind. Militärische Eisenbahnen werden gebaut ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Handelsverkehrs. So erdrückend ist die Steuerlast, daß die fernsten Landleute und die geschicktesten Handwerker nach Amerika gehen, trotz der dafelbst ebenfalls herrschenden schlechten Verhältnisse; und sobald in Amerika wieder bessere Zeiten kommen, wird sich die Auswanderung aus Deutschland vielleicht verdoppeln oder verdreifachen. Dies ist der Preis, um welchen sich Deutschland die militärische Dictatur Europas erkauft hat. Graf Moltke hat Deutschland gewarnt, daß es in einem Jahre gewonnene Position verliere auf 60 Jahre zu verteidigen haben würde, doch ist dies bloß der Traum des bloßen Militärs und wir sind sicher, daß Fürst Bismarck an denselben nicht glaubt. Er muß wissen, daß Deutschland eine solche Conscriptio, wie es sie jetzt aushält, keine 60 Jahre mehr aushalten kann, ja keine 10 Jahre mehr. Die Bürde ist so ungeheuer, daß, falls keine Erleichterung eintritt, Deutschland sich versucht fühlen wird, in den Krieg zu gehen, um sich den Weg zu einem allgemeinen Frieden mit folgender Abrüstung zu erkämpfen.“ Dieser merkwürdige Artikel entzieht sich für den Augenblick noch einer richtigen Würdigung; wir glauben indessen nicht fehlzugehen, wenn wir die intellectuelle Urheberschaft nicht auf dem Redaktionsbureau von Brinting Soule Square suchen.

Die vom deutschen Reichsanzeiger veröffentlichten, speciell auf die öffentliche Meinung in England berechneten beiden Berichte des Fürsten Bismarck an den Kaiser bilden in politischen Kreisen naturgemäß vielfach den Gegenstand des Gesprächs, wobei Graf Armin nicht gerade am Glimpflichsten wegstommt. Hauptächlich zerbricht man sich den Kopf über die Stelle, wo von der beantragten Verlegung des Grafen Armin nach London die Rede ist und es heißt „daß von dort aus bei der ersten

Anführung der heftigste Protest... eingelegt wurde.“ Man rath hin und wieder, von wem dieser Protest wohl ausgegangen sei, ohne indessen zu einem Resultat zu gelangen. Die englische Presse hat sich mit sehr wenigen Ausnahmen bei Gelegenheit der gerichtlichen Verhandlungen sowohl wie auch bei dem ursprünglichen Erscheinen der Brochure „Pro Nihilo“ auf das Allerentschiedenste gegen das „ungentlemanly behaviour“ des renitenten Diplomaten ausgesprochen und kann jetzt wohl die vom „Staatsanzeiger“ der Öffentlichkeit übergebenen Documente für sich selbst sprechen lassen, während andererseits die wenigen Blätter, welche sich des diplomatischen „Martyrs“ früher angenommen hatten, bisher noch keine Erwiderung auf die wuchtigen Keulenschläge der beiden Bismarck'schen Berichte gefunden haben. So erklärt es sich denn, daß nur das „Echo“ seinen Lesern einige erläuternde Bemerkungen zum Besten gibt, in denen es der Hauptsache nach beifügt: Für den Grafen wäre es am Besten gewesen, wenn die Brochure „Pro Nihilo“ nie das Licht der Welt erblickt hätte. Weit entfernt davon den Diplomaten in den Augen der Welt zu rehabilitiren, hat sie vielmehr als Rechtfertigung für die auf den ersten Blick etwas eigenmächtige Handlungsweise des Fürsten Bismarck's abgethan. Es muß zugestanden werden, daß Graf Armin in den Enthüllungen des „Staatsanzeigers“ nicht im besten Lichte erscheint. „Bei aller Sympathie, welche wir naturgemäß für den Schwächeren gegenüber dem Stärkeren haben, gestehen wir ein, daß ein Grund für die eiserne Politik des Fürsten Bismarck in dieser Angelegenheit vorhanden gewesen zu sein scheint. Graf Armin muß schon längst entsetzt haben, daß es ein sehr unangenehmes Ding ist, ein politisches Hornissennekt aufzufressen, welches sich eben so schwer wieder in Ruhe bringen läßt wie ein natürliches.“

Während die Rede Bright's in Birmingham sich geflissentlich eines jeden näheren Eingehens auf das Suezactien-Geschäft enthielt, und somit zu verstehen gab, daß von seiner Seite ein Plantenangriff gegen das Ministerium auf diesem Schlachtfelde nicht gutgehen werde, tritt nunmehr der Abgeordnete W. G. Forster, anerkannt der zweite Führer der liberalen Partei, mit einer entschiedenen Aitaque gegen die Maßregel vor, und scheint es sonach, daß man liberalerlei trotz der abmahnenden Stimme Bright's die Rathsamkeit der Regierungspolitik in Frage zu stellen beabsichtigt. Folgendes ist der Hauptinhalt der Rede, zu welcher die Jahresversammlung der Bradford Handelskammer den Anlaß bot: „Es wäre sehr unpassend, jetzt schon eine Ansicht über den Gegenstand auszusprechen, denn wir warten ja noch alle auf Mittheilung der Gründe, weshalb denn eigentlich Mr. Disraeli unsere Königin zum Associate der Firma Leys & Co. gemacht hat (Geldwechsler) oder besser gesagt, machen will. Wenn wir uns die Sache bloß vom commercieellen Standpunkt anzusehen brauchten, wäre es wohl nicht nöthig, mit unseren Ansichten bis zum Eintreffen weiterer Informationen zurückzubaufen, und wir wissen Alle, daß eine Regierung unter gewöhnlichen Verhältnissen keine Action in einem industriellen Unternehmen erwerben sollte, und noch dazu in einem Unternehmen, dessen Aufsichtsrath in Frankreich sitzt, dessen Geschäftsfeld in Aegypten liegt, und dessen Controle entweder dem türkischen Sultan oder dem Khebidz zuleist. Wenn wir die andere Auffassung gelten lassen, daß es sich hier nicht um den Anlaß von Actien handelt, sondern um einen zwanzigjährigen Vor-schuss von vier Millionen an den Khebidz, dann weiß ich nicht, ob unser Urtheil günstiger ausfällt. Im Allgemeinen ist es nicht rathsam, daß unsere Regierung Gelder an auswärtige Potentaten ausleiht, und der orientalische Potentat kann hier keine Ausnahmestellung beanspruchen. Aber wie gesagt, das Parlament hat andere Anhaltspunkte für sein Urtheil ins Auge zu fassen; es muß die politischen Gründe erwägen und darf nicht vergessen, mit welchem Geschäft und welchem Herrscher wir es hier zu thun haben. Der Khebidz ist in gewissem Grade von dem Sultan abhängig, allein in Wirklichkeit beherrscht er das Land, durch welches der Weg nach unserem indischen Reich, sei es zu Lande oder zu Wasser, gehen muß. Unsere Association mit der Firma Leys & Co. muß daher nicht nur nach finanziellen und commercieellen Rücksichten, sondern nach einem andern Maßstabe beurtheilt werden, und meiner Ansicht nach dreht sich Alles um die folgende Frage: Kann Lord Derby die Richtigkeit der von ihm in Edinburgh aufgestellten Behauptung beweisen, wonach die Transaction die erforderliche größere Sicherheit für die Durchfahrt nach Indien erzielt habe? Ich fasse diese Behauptung Lord Derby's natürlich so auf, daß diese Sicherung auf vollständig legitimen Wege erzielt worden ist, ohne Uebergriff auf die Rechte anderer Nationen, und daß eine ununterbrochene Durchfahrt in Kriegs- und Friedenszeiten sichergestellt worden ist. Ob Lord Derby im Stande sein wird, diesen Beweis zu erbringen, kann ich nicht sagen, aber seine Beweisführung muß im Unterbaue gründlich geprüft werden, und man darf die Parlamentsmitglieder nicht eines Mangels an Patriotismus zeihen, wenn sie ihr Aeußerstes thun, um alle Thatsachen in Beziehung auf diese Transaction völlig klar zu stellen. Kann uns aber Lord Derby beweisen, daß das Vorgehen der Regierung die Interessen Englands wirklich gefördert hat, und ohne das Recht eines andern Landes zu schädigen, dann ist es natürlich unsere Pflicht, ihn zu unterstützen.“ Die Rede wurde durchweg mit großem Beifall aufgenommen, und Lord J. B. Wendell, der Colleague Forster's in der parlamentarischen Vertretung Bradfords, sprach sich in gleichem Sinne aus.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, den 26. Januar. [Die vom Reichstage vorgeschlagenen Aus-schüssewahl] haben den Beweis geliefert, daß die Bauernpartei in der zweiten Kammer über die entscheidende Majorität verfügt. Die Partei hat ihre Uebermacht in so ausgedehntem Maße geltend gemacht, daß sie fast keinen einzigen Vertreter der Städte in die Ausschüsse gewählt hat. Von der Abstimmung bei den Ausschüssewahlen läßt sich ungefähr auf die Stärke der beiden Hauptparteien schließen. Bei der Wahl des Constitutions-Ausschusses wurden z. B. 175 Stimmen abgegeben, und zwar von der Bauernpartei 110 und der Gegenpartei 65 Stimmen. Etwa 20 Mitglieder waren abwesend, von welchen etwa die Hälfte zur Bauernpartei gerechnet werden kann. Diese Partei verfügt demnach in der zweiten Kammer über etwa 120 Stimmen. In der ersten Kammer verfügt die Partei über ungefähr 30 Stimmen. Außerdem steht der Partei die Schonen'sche Gruppe, deren bisheriger Führer der gegenwärtige Staatsminister, Freiherr de Geer, war, und als deren jetziger Führer Osman betrachtet werden kann, ziemlich nahe.

Belgien.

[Aus der Kammer. Zum Arbeiterstreike. Verschiedenes.] Das Journal „Sainat“ meldet, daß die Prinzen von Chimay gegen das „Organe de Mons“ einen Diffamationsproceß anstrengen wollen.

Das „Journal de Liège“ veröffentlicht juristische Auseinandersetzungen über den von dem Lütticher Bischof gegen den Bürgermeister Piercot angestrenzten Proceß. Der Verfasser findet, daß der Bischof schlecht dorthin sei, und daß die Tribunale nicht competent seien, die Entscheidungen der Executiv-gewalt, welche innerhalb ihrer Competenz und Verantwortlichkeit gehandelt habe, zu cassiren. Denn wenn die Beschlüsse Piercot's unconstitutionell gewesen wären, so würden sie von der Regierung, oder durch eine Abstimmung in den Kammern innerhalb eines Zeitraums von 40 Tagen haben annullirt werden können. Die Regierung ließ jedoch den Befehl zu Nicht bestehen, und der Bischof riskirte es nicht, die Sache vor die Kammer zu bringen, weil er genau unterrichtet war, daß er bei der Rechten keinen Anhang finden würde, da dieser eine Discussion hierüber unwillkommen war. Demnach hat der Befehl Piercot's Rechtskraft erlangt und eine Civilklage ist durchaus ungereimt.

Man schreibt der „Gazette de Mons“ unter dem 26. vom „Rays du Centre“: Vierhundert und fünfzig Arbeiter haben gestern in den Kohlenwerken von Farchies-la Marche, Souffry und Saint-Saint Pierre die Arbeit wieder aufgenommen. In

tehter Grube ist das Personal sogar complet. Im Kohlenwerk von Sars Longchamps dauert der Strike noch fort. Der „Progrès de Charleroi“ vom 26. meldet: Der Strike scheint seinem Ende nahe zu sein, nur eine kleine Anzahl von Arbeitern streikt noch. Das „Journal de Charleroi“ vom 26. schreibt: Unsere Aufschlüsse gestatten uns auch heute Morgen eine erneuerte Verbesserung der Situation betreff der Strikes von Charleroi und vom Centre zu melden. Die Arbeiter nehmen allmählich die Arbeit wieder auf.

In der Kammer wurde der Entwurf der Commission, welche durch königliche Ordre vom 2. November 1870 zur Prüfung der Lage betreffs Reorganisation der Bürgergarde (garde civique) aufgestellt worden ist, verhehlt. Die „Ind. belge“ bemerkt hierzu: Man weiß, daß der Minister nicht allein die Vorschläge der Commission nicht billigt, sondern daß er sich sogar weigert, der Legislature irgend einen Vorschlag zu unterbreiten. Die Stellung des Ministeriums zu der Angelegenheit wurde bekanntlich in der Kammer einer heftigen Kritik unterworfen.

Spanien.

[Opfer der Insurrection auf Cuba. Verschiedenes.] Der Newyorker „Sun“ veröffentlicht über die Opfer, welche die Insurrection auf Cuba den Spaniern gekostet, folgende Angaben: Im Jahre 1868, im Augenblick, als der Aufstand ausbrach, befanden sich auf der Insel 15,200 Mann spanische Truppen, meistens Veteranen. Als Verstärkungen wurden im Jahre 1869 20,450 Mann, im Jahre 1870 wiederum 11,283 Mann, im Jahre 1871 nochmals 15,899 Mann, im folgenden Jahre 9,600 Mann, im Jahre 1872 12,536 Mann im Jahre 1873 8,112 Mann im Jahre 1874 und endlich 27,940 Mann im Jahre 1875 nachgeschickt. Das Mutterland hat also zur Vertreibung seiner Colonie in sieben Jahren mehr als 124,000 Soldaten aufgebracht. Alle diese Angaben belegt der „Sun“ durch Nennung der Namen der Transportschiffe und des Datums ihrer Ankunft in Havana.

Die Gräfinin Isabella von Spanien ist kürzlich zum ersten Male seit ihrer Krankheit wieder in Paris ausgefahren und hat ihrer Mutter, der Königin Christine, und ihrer Schwester, der Herzogin von Montpensier, Besuche abgestattet.

Der ministerielle „Cronista“ ist der Ansicht, daß der Artikel 11 der Constitution, welcher auf die religiöse Toleranz Bezug hat, von den Cortes gebilligt werden wird. Gegen diesen Glaubenssatz richteten sich auch bekanntlich conform den Vorschriften des Syllabus die Wahlcirculare der Bischöfe und wirkten für die ihnen genehmen Candidaten. Da die Majorität der Cortes wohl überwiegend ministeriell gefonnen sein wird, so wird wohl Canovas im Stande sein, die hiergegen gerichtete clericalpolitische Coalition der alfonsoischen Moderados und der bisher carlistischen Geistes zu beugen.

Nach officiellen Berichten haben ein Capitain und ein Offizier der Escorte von Don Carlos das Indulto in Navarra nachgesucht.

Nach neueren Berichten vom Kriegsschauplatz hat die Division Cuadros sich nach hartem Kampfe in den Besitz von Antonena, auf der rechten Seite von Urumea belegen, gesetzt. Diese Position liegt zwischen Hernani und Lasarte. Die Division Catalan, welche links von diesem Corps operirt, hatte sich Aredalegui zum Object des Angriffes genommen und die Höhen, welche die Straße von Oyarzun und Altiarraga beherrschen, besetzt. Die Division Morales steht in Reserve und bedroht Aragon. Neueste Nachrichten aus Hendaye vom 26. melden, daß die Carlisten in ziemlich der Stärke die Positionen vor Andoain besetzt haben. In verfloßener Nacht wurden Regierungstruppen in Guetaria ausgeschifft.

Italien.

Rom, den 22. Januar. [Kirchliche Schwierigkeiten der italienischen Eisenbahnfrage.] Das päpstliche Consistorium zur Besetzung der vacanten bischöflichen Stühle, welches auf den 24. d. M. anberaumt war, ist auf den 28. d. hinausgeschoben worden. Aber auch dieser Termin steht noch nicht vollkommen fest, da leicht Umstände eintreten könnten, welche eine abermalige Vertagung herbeiführen. An den Cardinal Grafen Ledochowski soll in dem nächstfolgenden Consistorium, nachdem Serafini und Nina als Cardinale proclamirt sein werden, die Ceremonie der Mund-Eröffnung vorgenommen werden.

Die Angelegenheit der südlichen Eisenbahnen hat einen erneuten sehr heftigen Streit zwischen den Organen der Rechten und Linken der Deputirtenkammer hervorgerufen. Das Ministerium dürfte sich bei Beginn der Kammeression im März der Kammer gegenüber in einer sehr schwierigen Stellung finden. Die großen finanziellen Fragen können leicht im gegebenen Momente eine Verschärfung der Parteiverhältnisse herbeiführen. Besonders gilt dies von der Frage der Eisenbahn-Conventionen, welche einen Vorkrieg unter den National-Ökonomen heraufbeschworen hat, und dem Ministerium mehrere Stimmen der Rechten entziehen wird. Und doch gäbe es Dringenderes zu thun, als die vorhandenen Schwierigkeiten noch zu vermehren.

Telegramme des „Hamburg. Correspondenten.“

Gransee, den 28. Januar. (R. T.) Bei der heutigen Neuwahl eines Abgeordneten zum Abgeordnetenhaus für den 2. Reichstags-Wahlbezirk wurde der Polizeidirector v. Salbern in Charlottenburg (freiconservativ) mit 174 von 190 Stimmen wiedergewählt. Der Gegenkandidat v. Arnim-Gerswalde (conservativ) erhielt 14 Stimmen.

Wien, den 28. Januar. (R. T.) Der Petitionsausschuß des Abgeordnetenhauses hat bei Beratung der Petitionen betreffend eine allgemeine Heeresreduction beschlossen, im Unterhause die Einsetzung eines Specialausschusses von 9 Mitgliedern zu beantragen, welcher über die Frage wegen einer allgemeinen Heeresreduction, sowie über die Einberufung von Delegirten zu einem Congreß beraten und berichten soll.

London, den 28. Januar. (R. T.) Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Newyork berichtet wird, sind daselbst Nachrichten eingegangen, nach welchen der Ausbruch eines Krieges zwischen Guatemala und San Salvador bevorsteht.

Nach Schluß der Redaktion eingetroffen:

Berlin, den 28. Januar. (R. T.) Der Reichstag setzte die zweite Lesung der Strafgesetznovelle fort und lehnte die zu den Paragraphen 130a. (Kanzelparagraph), 131 und 133 vorgeschlagenen Verschärfungen mit einer geringen Majorität von 4 Stimmen ab. Die Paragraphen 135 und 145 wurden unverändert, 140 und 144 mit der Strafbarteit mildernden Änderungen angenommen. Die Fortsetzung der Beratung findet morgen statt.

Die parlamentarische Soirée, welche morgen bei Bismarck stattfinden sollte, ist wegen der noch nicht wiederhergestellten Gesundheit des Reichkanzlers abgefallen.

Der „Reichsanzeiger“ tann der Mittheilung der „Kreuzzeitung“ gegenüber, daß Bismarck im Frühjahr 1872 Arnim als seinen alter ego in das Auswärtige Amt habe berufen wollen, versichern, daß an maßgebender Stelle eine solche Berufung nie beabsichtigt gewesen sei.

Wien, den 28. Januar. (R. T.) Das Abgeordnetenhaus erledigte den Antrag Kopp's betreffs Aufhebung der Collegienelder durch Uebergehen zur Tagesordnung.

Wien, den 28. Januar. (R. T.) Die „Politische Correspondenz“ erfährt aus angeblich zuverlässiger Quelle aus Belgien, daß die Versionen, daß die Milan beabsichtige, das Land zu verlassen, leichtfertige oder übelwollende Insinuationen seien. Die Schwierig-

keiten der gegenwärtigen Sachlage seien nicht so gefährlich wie im letzten Herbst. Der Bestand der herrschenden Dynastie sei im Parteikampfe unberührt geblieben. Alle Parteien seien einig, in einem Wechsel der Person des Regenten das größte Unglück zu erblicken, welches Serbien zustoßen könnte.

Pest, den 28. Januar. (R. T.) Der Zustand Deak's wird als ein hoffnungsloser angesehen. Die Aerzte befürchten jeden Augenblick den Eintritt des Todes. Die Verwandten und nächststehenden Freunde Deak's sind an sein Krankenlager gerufen.

Madrid, den 28. Jan. (R. T.) Castelar nahm die Wahl zum Deputirten an und theilte mit, er werde an den Beratungen der Cortes theilnehmen. Mehrere Adlige unterzeichneten eine Petition um Erhaltung der katholischen Glaubenseinheit.

Bern, den 28. Janr. (R. T.) Die Untersuchung der Unterschriften gegen das Banknotengesetz ergab 18,045 gültige, 11,067 zweifelhafte und 6,706 ungültige Unterschriften. Eine Volksabstimmung findet also wahrscheinlich nicht statt.

Rom, den 28. Januar. (R. T.) Der Papst ernannte im heutigen Consistorium 22 neue Bischöfe, darunter Weckert in Passau.

Constantinopel, den 28. Januar (R. T.) Ein officieller telegraphischer Bericht der Regierung vom 27. über die Kämpfe am 26. meldet, daß Ahmed Mukhtar Pascha auf den Höhen von Chouma auf 7000—10,000 Insurgenten stieß, welche beide Flügel der Türken zugleich angriffen. Nach fünfstündigem hartnäckigem Kampfe vertrieben die Türken die Insurgenten aus ihren Positionen. Die Verluste der Insurgenten sind beträchtlich. Direct am Kampfe nahmen 1200 Türken Theil, welche von 800 Mann in beiden Flanken unterstützt wurden.

Verschiedenes.

Der 3. J. in München lebende Geschichtsschreiber Gregorovius wurde kürzlich auf Grund einer von ihm verfaßten, sehr sympathischen Broschüre über die Stadt Andria, deren historische Wichtigkeit zur Zeit Friedrichs II. und Manfreds er hervorhob, zum Ehrenbürger dieser Stadt ernannt. Acht Tage nach diesem Beschlusse aber las man im „Constitutionale“ von Trani einen Artikel desselben Autors, der die Stadt als schmutzig schildert und sagt, daß man nach Sonnenuntergang dort Niemanden mehr außer dem Hause antreffe. Worauf der Stadtrath decretirte, daß dem Gregorovius das Ehrenbürgerrecht von Andria wieder entzogen werde.

Fonds, Handel und Schifffahrt.

Amsterdam. (R. T.) Schlusscourse.					
Januar.	28.	27.	Januar.	28.	27.
Oest. Pap.-Rente.			5% Russ. v. 1864	101¼	101
Mal/Nov.	59¼	59¼	Russ. Pr.-Al. 1864	345	—
do. Febr./Aug.	58¾	58¾	do. 1866	350	—
Oest. Silb.-Rente.			Russ. Eisenbahn	247	248
Janr./Juli	63¾	63½	Amerikaner 1885		
do. April/Oct.	63½	63¼	pr. Mai/Novbr.	100¼	100½
Oest. 1860 Loose	589		5% fund. Amerik.	101½	101½
do. 1864 do.	140	139½	3% neue Spanier	18½	18½
6% Russ. V. Stieg.	77		Spanier inter. . .	16¼	16¼
6% do. VI. do.	91¾		5% Türken	20¼	20¼
Wechselcourse vom 28. Januar: London kurz 12 14					

Wechselcourse vom 28. Januar: London, kurz 12. 04.					
Berlin. (R. T.) Schlusscourse. 2 U. 45M.					
Januar.	28.	27.	Januar.	28.	27.
Oest. Creditact.	338.50	336.50	1860er Loose . . .	114.50	114.20
Staatsbahn	522.50	519.50	1864er Russen . . .	181.50	182.70
Lombarden	196.50	195.50	1866er do.	181.70	183.50
do. Priorität . . .	236.50	236.20	Türken	29.50	20.80
Nordwestbahn . .	246.20	246.50	6% Amerik. 1885 . .	99.90	99.70
do. Lit. B.	94.50	94.50	Köln-Mind. Loos. . .	108.40	108.50
Altona-Kieler . .	109.90	109.90	Darmst. Bankact. . .	112.10	112.60
Bergisch-Märk. . .	78.40	78.20	Meckl. Bd.-Credb . .	72.20	72.50
Berlin-Hambg. . .	172.20	172.10	Meckl. Hyp. u. W. B.	72.50	71.60
Köln-Mindener . .	95.50	94.70	Oesterr. Noten . . .	176.50	175.85
do. Lit. B.	93.70	93.20	Laurahütte	61.50	60.60
Rheinische	113.10	113.50	Dortmund. Union . .	9.30	9.30
Italienr	71.70	71.50	Disc.-Command. . .	—	—
Oest. Silberrente .	64.70	64.70	Deutsch Reichsb. . .	160.50	160.50
do. Papierrente . .	—	—	—	—	—

Wechselcourse vom 28. Januar.			
Wien, lang	174.90	Petersburg, kurz	261.30
do. kurz	176.50	do. lang	258.90

Die heutige Börse verkehrte in sehr fester Stimmung. Bei Mangel an Stücken fanden in internationalen Werthen auf günstige Wiener und Frankfurter Course ziemlich lebhaft Deckungskäufe zu höheren Coursen statt. Bahnen etwas besser, aber still. Banken und Industriewerthe angeregt. Anlagewerthe beliebt. Geld flüssig.

Privatdisconto 3 %.

Nach der Börse.			
Creditacten.	338.50	7r Febr.	337.50
Staatsbahn.	521.60	—	520.50
Lombarden.	196.50	—	195.50
Disconto-Command.	127.20	—	—
Laurahütte.	60.70	—	—

Bremen, den 28. Januar, 2 U. 35 M. (R. T.) Lloyd-Actien, Lit. A. 49 1/2 Gd., — bez., Lit. B. 35 Gd. Deutsch. Nationalbank 61 Gd.

Frankfurt. (R. T.) Schlusscourse. 3 U. 25 M.					
Januar.	28.	27.	Januar.	28.	27.
Oest. Creditact.	169 ¹ / ₄	167 ¹ / ₄	Oest. 1860 Loose	114 ¹ / ₄	114 ¹ / ₄
Staatsbahn.	260 ¹ / ₄	258 ³ / ₄	do. 1864 do.	—	294
Lombarden	98 ¹ / ₂	96 ¹ / ₂	Amerikaner ...	—	—
Nordwestbahn	122 ³ / ₄	123	5% Türken 1865	—	—
Oest. Bankact.	784	783	Neue Spanier ..	18 ¹ / ₄	18 ¹ / ₄
Darmst. Bankact.	112 ¹ / ₂	113 ¹ / ₄	4 ¹ / ₂ % Finnl. Anl.	—	—
Oest. Papierrente	60 ³ / ₈	60 ¹ / ₂	Köln-Mind. Loos.	—	—
do. Silberrente.	64 ³ / ₄	64 ¹ / ₂	Deutsch Reichsb.	—	—
do. 1864 Loose.	106 ³ / ₄	107 ¹ / ₂			

Recht fest und lebhaft. Wechselcourse vom 28. Januar: London k. S. 203.50 Paris k. S. 80.97 Wien k. S. 175.85

Nach der Börse:			
Creditacten 168 1/4.	Staatsbahn 259 1/4.	Lombarden 98 1/4.	—

London. (R. T.) Schlusscourse. 4 U. 56 M.					
Januar.	28.	27.	Januar.	28.	27.
Consols	94 ³ / ₄	94 ¹ / ₄	Türken v. 1865.	20 ³ / ₁₆	20 ⁷ / ₁₆
Spanier v. 1867.	18 ¹³ / ₁₆	18 ¹ / ₁₆	do. v. 1869.	23 ¹ / ₄	23 ¹ / ₄
Italien. Rente ..	70 ⁷ / ₈	70 ⁷ / ₈	6% Amerik. v. 1885	105 ³ / ₄	105 ³ / ₄
Lombarden	98 ¹⁵ / ₁₆	99 ¹ / ₄	5% do. fund.	105 ¹ / ₄	105 ¹ / ₄
Mexicaner	10	10	do. 10 40 Bonds	107 ³ / ₈	107 ¹ / ₄
Russ. 5 % v. 1872	—	—	Erle	15 ⁵ / ₈	16
do. v. 1862	97 ¹ / ₂	97 ¹ / ₂	Illinois	89	89
do. v. 1861	—	—	Khedive	64	63 ¹ / ₂
do. v. 1860	—	—	Silb. in Barr. steht	4 ⁶ / ₇ ¹ / ₂	4 ⁷ / ₄
do. v. 1870	102	—			
Wechselcourse vom 28. Januar:					
Hamburg 20 56, Berlin 20 56, Wien 11 76, Petersburg. 30 ³ / ₈ ,					
Frankfurt 20 56, Paris 25 40, Amsterdam 12 03.					

Wechselcourse vom 28. Januar: Hamburg 20.56, Berlin 20.56, Wien 11.75, Petersburg. 30 1/4, Frankfurt 20.56, Paris 25.40, Amsterdam 12.03.

Newyork. (R. T.) Schlusscourse.					
Januar.	27.	26.	Januar.	27.	26.
Gold, Schlussscs.	13 1/4	12 1/4	5% fund. Anleihe	118 3/8	118 1/8
do. höchst. Course	13 1/4	12 1/4	5-20er Bonds 1887	122	121 1/4
do. niedrigst. do.	12 1/4	12 1/4	Eriebahn-Actien	17 3/8	17 1/4
Wechselc. Lond.	48 86 1/2	48 86 1/2	Centr.-Pacific-B.	105 1/4	105 1/4
6-20er Bonds 1885	118	117 1/4	Newy.-Centr.-B.	111 1/2	110 1/2

Paris. (R. T.) Schlusscourse. 3 U. 29 M.					
Januar.	28.	27.	Januar.	28.	27.
3% Rente	—	—	Türken	20. 25	20. 50
do. Schlussscs.	66. 50	66. 75	Neue Türken . .	126. —	126. —
Neust. Anl. 1872	105. 40	105. 70	Neueste Türken	—	27. 50
Italien. Rente. .	71 —	71. 05	Türkisch. Loose	54. 50	54. —
Oest.-frz. Staatsb.	643. 75	641. 25	3% Span. Inter.	167 1/16	165 1/16
Lombarden	250 —	247. 50	do. extor	18 1/16	17 1/16
do. Priorität.	235. —	234. —	Tabacks-Actien	—	—

Flau.

Petersburg, den 28. Januar. (R. T.) Schlusscourse.			
Wechselcourse auf London, 3 Mt.	31 1/4 d	—	—
do. Hamburg, 3 Mt.	265 1/4 R. A.	—	—
do. Amsterdam, 3 Mt.	156 1/4	—	—
do. Paris, 3 Mt.	326 1/2	—	—
Prämienanleihe von 1864.	222	—	—
do. von 1866.	220	—	—
Imperial.	6.31	—	—
Russische Bahnen	159	—	—
Privat-Disconto (gutes Kaufmannspapier, 3 Mt.)	6 1/2 %.	—	—

* Wien. (Orig.-Tel.)		Schlusscourse. 1 U. 35 M.	
Januar.	28. 27.	Januar.	28. 27.
Creditacten . . .	193. — 190. 30	Angl.-Aust. Bank	92 50 91.60
Staatsbahn . . .	293 50 292 50	Nordwestbahn . .	141. 20 141. —
Lombarden . . .	113 25 112. —	Papier-Rente . . .	68. 85 68. 75
5% Loose v. 1860	12. 75 12. 85	Silber-Rente . . .	73. 85 73. 85
100% do. 1864	134. — 34. —	Reichsb.-Banknot.	56. 75 56. 85
Nationalbank . .	885 — 888. —	Unionbank. . . .	74. — 73. 50
Creditacten lebhaft.			

Creditacten lebhaft. Wechselcourse vom 28. Januar: London, 3 Mt. 114.65 Paris, 3 Mt. 45.60 Hamburg 3 Mt. 56.10 Frankfurt, 3 Mt. 56.10

Abend-Börsen.

Frankfurt, den 28. Januar, 7 U. — M. (R. T.)

Creditacten	168 ³ / ₄	Gallzer	—	Silberrente	—
Staatsbahn	259 ¹ / ₄	5% Amerik. 1885	—	3% Spanier	187 ¹ / ₄
1860er Loose	114 ¹ / ₄	Lombarden	99	Reichsbank	160 ¹ / ₄

Fest.

Fest. Wien, den 28. Januar, — U. — M. (R. T.) Creditacten 192 1/4 Gallzer 197. — Silber-Rente — Staatsbahn 293.50 Napoleonsr. 9.20 Papier-Rente — Lombarden 114.25 Angl.-Aust. B. 92.10 Unionbank. — Wenig fest und geschäftlos.

Bank- und Eisenbahn-Ausweise.

Wien, den 28. Januar. (R. T.) Die Lombardische Eisenbahn hat in der Woche vom 15. Jan. bis 21. Januar auf ihrem gesammten Netze 1,077,239 μ eingenommen, was eine Mindereinnahme von 89,169 μ gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres ergibt. Die gesammte Mindereinnahme in diesem Jahr beträgt 371,643 μ . Die Staatsbahn hat vom 22. bis 25. Januar 408,383 μ eingenommen.

Waaren-Berichte.

Amsterdam, den 28. Januar, 3 U. 40 M. (R. T.) Getreide- und Colonialwaaren-Markt.			
Weizen, loco geschäftlos.	—	—	—
Roggen, loco unverändert.	28. Jan.	26. Jan.	—
do. pr. März	177 μ	177 μ	—
do. pr. Mai	181	180	—
do. pr. Juli	—	—	—
Rübsöl, loco	37 1/4	37 1/2	—
do. pr. Mai	37 1/4	37 1/2	—
do. pr. Herbst	38 1/4	38	—
Leinöl, loco	27	27	—
do. pr. Frühjahr	27 1/2	27 1/2	—
Räbsemens, loco	—	382	—
do. pr. Frühjahr	385	386	—
Coffee fest. — Zucker ruhig.	—	—	—
Petroleum 16 μ . — Pottasche 14 μ .	—	—	—
Zinn, Banca — μ .	—	—	—
Wetter: Schön.	—	—	—

Antwerpen, den 28. Januar. (R. T.) Petroleum, raff. Type weiss steigend.			
loco.	28. Januar.	27. Jan.	—
pr. Jan.	33 1/2 bez., 34 Br.	33 1/2 bez., 33 1/2 Br.	—
pr. Februar	33 1/2 bez., 34 Br.	33 1/2 bez., 33 1/2 Br.	—
pr. März	31 1/4 bez., 31 1/2 Br.	31 1/4 bez., 31 1/2 Br.	—
pr. April	31 1/4 bez., 31 Br.	31 1/4 bez., 31 Br.	—
Weizen ruhig, dänischer 27 1/2 μ .	—	—	—
Roggen still, Odessaer 16 1/4 μ .	—	—	—
Hafer unverändert. — Gerste behauptet.	—	—	—
Schmalz Wilcox 34 1/2 μ .	—	—	—
Speck, short clear, 125 μ .	—	—	—

Berlin, den 28. Januar. (R. T.) 1 U. 50 M. Schlussbericht. Weizen fest, pr. Januar — μ , pr. April/Mai 194 μ , 50 μ , pr. Mai/Juni 193 μ , 50 μ . Roggen matt, pr. Januar 150 μ , — μ , pr. April/Mai 150 μ , 50 μ , pr. Mai/Juni 150 μ , — μ . Rübsöl matter, pr. Januar 64 μ , 70 μ , pr. April/Mai

Wochenbericht.

Umsatz der Woche	64,000 Ballen.
Wovon amerikanische	40,000 "
für Speculation	6,000 "
" Export	5,000 "
" wirklichen Consum	63,000 "
Unmittelbar ex Schiff	24,000 "
Wirklicher Export	7,000 "
Import der Woche	104,000 "
Vorrath	703,000 "
Wovon amerikanische	356,000 "
Schwimmend nach Grossbritannien	393,000 "
Wovon amerikanische	312,000 "

Getreidemarkt.

Weisser Weizen 1 a 24 billiger.
Mehl unverändert. — Mais stetig.

London, den 28. Januar, 11 U. 5 M. (R. T.)

An der Küste ist heute eine Ladung Weizen angekommen. Zum Verkauf wurden 20 Ladungen Weizen angeboten.

Wetter: Finster.

Zucker. Notirung für Havana No 12 schwimmend nach Grossbritannien 21 1/2 s.
Butter, holstein. 150a154 s.

Nachmittags.

Caffee sehr ruhig. — Zucker leblos.

Kupfer, Chili- 80 1/2 £.

Leinöl. Export der Woche 253 Fass.

Leinsamen. Import der Woche 39,948 Qr.

Petroöl. Vorrath von raff. 26,400 F.

Getreidemarkt. (Eröffnungsbericht.)

Zuführen:

Weizen, engl.	640 Qr.	fremder	24,160 Qr.
Gerste do.	2,160 "	fremde	2,340 "
Hafer do.	—	fremder	20,020 "
Mehl do.	— Fass.	fremdes	3,640 Fass.
do.	— Sack.	fremdes	10,640 Sack.

Der Markt eröffnet ruhig.

Schlussbericht.

Weizen matt. Angekommene Ladungen stetig.
Andere Getreidearten nominell und unverändert.
4 Uhr 56 Min

Caffee besser.

Talg, loco 48 s 6 d.

Zinn Straits- 80 £.

Rüböl, braunes englisches, 36 s 6 d.

Manchester, den 28. Januar. (R. T.)

Garne und Stoffe.

Schlussbericht.

Stoffe. Es wurden bezahlt:

16/16 34/50 8 1/2 printers 9 s 6 d

Garne. Es wurden bezahlt:

12 Water Armitage — 7 1/2 s d

12 do. Taylor — 8 1/2 s "

20 do. Micholls — 9 7/8 s "

30 do. Gidlow — 11 s "

30 do. Clayton — 11 5/8 s "

40 Mule Mayall — 11 s "

40 Medio Wilkinson — 11 3/4 s "

36 Warpsops Qualität Rowland — 11 5/8 s "

40 Double Weston — 11 1/2 s "

60 do. do. — 11 3/4 s "

Der Markt schloss ruhig.

Newyork, den 27. Januar. (R. T.)

Baumwolle in Newyork 13 1/2 s, in Neworleans 12 1/2 s, Petroleum in Newyork 14 1/2 s, in Philadelphia 14 1/4 s.

Mehl 5 3/4 s. Mais, old mixed 71 s. Rother Frühlingsweizen 15 3/4 s. Caffee, fair Rio- 18 s. Zucker, Muscovaden 8 s. Fracht für Getreide 8 d. Schmalz, Marke Wilcox 12 1/2 s. Speck, short clear 11 1/2 s.

Baumwolle. Low middling, März-Lieferung 13 1/2 s. Heutige Baumwoll-Zufuhr 32,000 Ball. Export nach Grossbritannien 4,000 Ball., nach dem Continent 1,000 Ball.

Paris, den 28. Januar. (R. T.) Productenbericht. Schluss.

Rüböl weichend, pr. Janr. 84.75, pr. März/April 83.—, pr. Mai/Jun. 81.—, pr. Septbr./Dec. 80.—. Mehl ziemlich fest, unverändert, pr. Janr. 67.25, pr. Febr. 67.25, pr. März/April 68.—, pr. März/Juni 68.75. Weizen fest, unverändert, pr. Janr. 26.75, pr. Febr. 26.75, pr. März/April 27.—, pr. März/Juni 27.25. Spiritus fest, pr. Janr. 45.—, pr. Mai/August 48.—.

Petersburg, den 28. Januar. (R. T.)

Productenbericht.

Talg, gelber Licht-, loco 54 R. 50 K.

Weizen, loco 11 R.

Roggen, loco 6 R. 70 K.

Hafer, loco 4 R. 60 K.

Hanf, loco 35 R. — K.

Leinsamen, loco 13 R.

Wetter: Milde.

Rotterdam, den 28. Januar. (R. T.)

In der von der Niederländisch-Handelsgesellschaft heute hier abgehaltenen Zinn-Auction wurden von den angebotenen 23,031 Blöcken Banca- nur 14,200 Blöcke zu 50 a 50 1/4 s verkauft. Der Mittelpreis war 50 s. Die zurückgezogenen 8,830 Blöcke kommen in der nächsten Auction an den Markt.

Stettin, den 28. Januar. (R. T.) 1 U. 12 M.

Weizen ruhig, pr. Frühjahr 195 1/2 s, 50 s, pr. Mai/Juni 199 1/2 s, 60 s. Roggen ruhig, pr. Janr./Febr. 142 1/2 s, pr. Frühjahr 144 1/2 s, 60 s, pr. Mai/Juni 144 1/2 s, 60 s. Rüböl still, pr. April/Mai 65 1/2 s, 25 s, pr. Herbst 65 1/2 s. — s, Spiritus, loco 43 s, — s, pr. Januar/Febr. 44 s, — s, pr. Frühjahr 46 s, 30 s, pr. Mai/Juni 47 s, 40 s. Petroleum, pr. Januar 14 s, — s.

Wetter: Frost.

Wakefield, den 28. Januar. (R. T.) Getreidemarkt.

Weizen williger. — Wetter: Schön.

Angekommene überseeische Posten.

Newyork, den 28. Januar. (R. T.)

Der Dampfer "Texas" ist in den diesseitigen Häfen angekommen.

Paullac, den 27. Januar. (R. T.)

Der Brasil-Dampfer "Mendoza" traf auf dem Revier ein.

Hamburg, den 28. Januar.

(Schluss-Course.)

Fonds.

	Zf.	Brif.	Geld.	Bezahlt.
Hamb. Feuer-Cassen-Staats-Anleihe	34	93	92 1/2	95
" Eisenbahn-Staats-Anleihe v. 1868	41	101 1/2	101	101 1/2
" Staats-Anleihe v. 1870	5	106	106 1/2	—
" " " v. 1876	4	—	94 1/2	—
Altonaer Stadt-Obligationen	41	—	100 1/2	—
Bremer Staats-Anleihe v. 1869	41	—	100 1/2	—
" " " v. 1874	41	—	100 1/2	—
Christiana Stadt-Anleihe	6	103	—	—
Dänische Staats-Anleihe	4	—	92 1/2	—
Finnlind. fund. Staats-Anleihe	4	—	94 1/2	—
" " " v. 1874	4	—	93 1/2	—
" " " v. 1868	4	—	106 1/2	—
Gothenburger Stadt-Anleihe v. 1861	41	—	97	—
Italienische Rente pr. Ult.	5	—	71 1/2	—
Lübecker Staats-Anleihe	4	—	98 1/2	—
Norddeutsche Eisenbahn-Anleihe	31	—	89 1/2	—
Norweg. Staats-Anleihe v. 1848	4	—	97 1/2	—
" " " v. 1861	4	—	97 1/2	—
" " " v. 1868 u. 1863	41	—	99	—
" " " v. 1874	41	—	97 1/2	—

Oesterreichische Silber-Rente	41	65	64 1/2	64 1/2, kl. St.
" Papier-Rente	41	60 1/2	—	65 1/2
Preussische Staats-Anleihe, consolid.	41	105	—	—
Wiener-Gold-Obligationen	5	99 1/2	—	—
" Papier-Communal-Anleihe	5	—	—	—
Russisch-Hamb. Certificate	5	—	82 1/2	—
Russisch-Hamb. Staats-Anl. (6. Stiegl.)	5	95	94 1/2	—
Rusa-Engl. Staats-Anleihe v. 1862	5	95	—	—
Schwed. Staats-Anleihe v. 1858	41	98 1/2	98	—
" " " v. 1860	41	98 1/2	98	—
" " " v. 1875	41	97 1/2	97 1/2	—
" " " v. 1896	5	103	—	—
Spanische Inländische	3	14	13 1/2	—
" Ausländische v. 1867, 69, 70	3	127 1/2	127 1/2	123 1/2 **
Türken v. 1865	5	19 1/2	19	19 1/2 ***
Ungarische Staats-Eisenbahn-Anleihe	5	72	—	—
Vereinigte Staaten-Bonds	6	95 1/2	95	95

mit Zinsen vom 1/7 1875.

** " " " 1/7 1874.

*** " " " 1/1 1876.

Hypothek-Papiere.

	Zf.	Brif.	Geld.	Bezahlt.
Hamburger Hypothek.-Bank Rentenbriefe	4	—	86	—
" " " "	41	—	98	—
" " " "	5	—	102	—
Finnländische Pfandbriefe	41	—	92	—
Gothaer Pfandbriefe, III. Emission	5	—	—	—
Pfandbr. d. Mecklenb. H.-u. W.-B., I. Em.	5	—	100 1/2	—
Norweg. Hyp.-Bank.-Obl. versch. Jahrg.	4	—	94 1/2	—
" " " v. 1862 u. 63	41	—	96 1/2	—
" " " v. 1865 u. 68	41	—	96 1/2	—
" " " v. 1876	41	—	97	—
Oesterr. Boden-Credit-Silber-Pfandbriefe	5	89 1/2	89	—
Com.-Obl. d. Oest.-B.-C.-A.-L. Wien, Em. 1873	5	85	—	—
Pfandbr. d. Preuss. Centr.-B.-C.-A.-G.	5	101 1/2	—	—
" d. Preuss. B.-C.-A.-G. in Berlin	5	102 1/2	—	—
Russische Boden-Credit-Pfandbriefe	5	83 1/2	—	—
Schwarzenberg Hypothek.-Anleihe	5	—	98	—
Schwed. Reichs-Hyp.-Pfdr. v. 1861/62	41	97	96 1/2	—
" " " v. 1874	41	96 1/2	96 1/2	—
" " " v. 1884	5	—	102 1/2	—
Schwed. Bergw.-Hyp.-Cass.-Anl., 1. Ser.	4	—	—	—
" " " 2. Ser.	4	—	96 1/2	—
Schwed. Ostg. Güter-Hyp.-Pfandbr. v. 46	4	95	—	—
" div. Güter-Hyp.-Oblig., 1. Ser.	4	93	—	93
" " " 2. " "	4	—	92 1/2	—

Leas-Papiere.

	Zf.	Brif.	Geld.	Bezahlt.
Hamb. Staats-Prämien-Obligat. v. 1846	3	284	—	—
" Staats-Prämien-Anleihe v. 1866	3	—	116	115 3/4 a 16
Badische Prämien-Anleihe	4	—	121 1/2	—
Bayerische Prämien-Anleihe	4	—	124 1/2	—
Braunschweiger 20 s.-Loose	—	—	85 1/2	85 1/2
Bukarester 20 s.-Loose	—	—	18 1/2	—
Cöln-Mindener Prämien-Antheilscheine	31	108 1/2	108 1/2	108 3/4
Finnländer 10 s.-Loose	—	—	42	—
Gothaer Prämien-Pfandbriefe, 1. Ser.	5	110	—	—
" " " 2. Ser.	5	106	—	—
Lübecker Staats-Prämien-Anleihe	31	—	115	—
Meininger Präm.-Pfandbr. d. deutsch. H.-B.	4	—	101 1/2	—
Oesterr. Lotterie-Anleihe v. 1860 pr. Ult.	4	114 1/2	114 1/2	114 1/2
Preussische Staats-Prämien-Anleihe	31	—	—	—
Raab-Grazer 100 s.-Loose	4	—	—	—
Russische Staats-Prämien-Anl. v. 1864	5	—	—	—
" " " v. 1866	5	—	—	—

Bank-Actien.

	Zf.	Brif.	Geld.	Bezahlt.
Deutsche Reichsbank (voll einbez.)	10	123	122 1/2	122 1/2
Norddeutsche Bank	5	111 1/2	115	—
Vereinsbank	5	7 1/2	85 1/2	85 1/2
Internationale Bank	5	7 1/2	85 1/2	85 1/2
Commerz- und Disconto-Bank	5	3 1/2	85 1/2	85 1/2
" " " II. Emiss. 40 s. Einz.	5	3 1/2	94 1/2	94 1/2
Anglo-Deutsche Bank I. Emiss.	5	0	52 1/2	52 1/2
Bankverein in Hamburg	5	6	98	—
Hamburg-Berliner Bank	5	6	94 1/2	—
Hypotheken-Bank	5	14 1/2	111 1/2	—
Maklerbank	5	6	96	—
Waar.-Cred.-Anst. in Hamb.	5	6	95 1/2	—
Wechselbank in Hamburg	5	6	92 1/2	—
Deutsch-Brasilianische Bank	5	11 1/2	61 1/2	61
Dän. Landms.-Hyp.-W.-Bk. 80 s. E.	4	6	—	—
Darmstädter Bank	10	—	—	—
Deutsche Bank in Berlin	4	5	81	—
Disconto-Gesellschaft in Berlin	4	12	—	—
Kieler Bank	5	8 1/2	—	—
Mecklenb. Hyp.-u. Wechsel-Bank	5	6 1/2	—	71 1/2
Mecklenb.-Schwer. B.-C.-A.-G.	5	6 1/2	72	69 1/2
Oesterr. Cred.-Bank	5	67 1/2	169 1/2	167 a 68 1/2

Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	Brif.	Geld.	Bezahlt.
Altona-Kieler	4	95	—	—
" " " II. Emission	5	103 1/2	103 1/2	—
" " " III.	41	—	100	—
Berlin-Anhaltische, L.A. C.	41	95 1/2	95 1/2	—
Berlin-Hamburger	4	—	94	—
" " " III. Emission	5	—	103 1/2	—
Breslau-Schweidnitz-Freiburger	41	—	95 1/2	—
Bierbrauerei Marienthal	5	—	100 1/2	—
Hamb.-Amerik. Packetfahrt	5	102	—	—
Hamb.-Amerik. Packetfch. II. Emiss.	5	—	100 1/2	—
" " " III.	5	—	99	—
" " " IV.	5	—	96 1/2	—
" " " V.	5	—	94 1/2	—
Hamburg-Bergedorfer	4	—	94	—
Hamb.-Südamerik. Dampfschiff.-A.-G.	5	—	96	—
Hessische Ludwigs-Eisenbahn von 1867	5	—	101	—
Kaiser Ferdinands-Nordbahn	5	—	—	—
Kaschau-Oderberg	5	—	—	—
Lübeck-Rüchener	5	—	100	—
" " " " "	5	—	102 1/2	—
Magdeburg-Halberstädter Renten-Papier	3	—	—	—
Nordb.-Priorit. d. Berg.-Märk. Eisenbahn	5	—	103	—
Oberschlesische, Lit. H.	41	—	—	—
" " " " "	5	—	102 1/2	—
Oesterr. Nordwestb.	5	82 1/2	—	—
" " " Lit. B.	5	—	66	—
" " " v. 1874 (Gold)	5	88 1/2	88 1/2	—
Oesterr.-franz. Staatsbahn	3	319 1/2	—	—
" " " Ergänzungsnetz	3	—	307 1/2	—
" " " " "	5	98	—	—
" " " v. 1874	5	98	—	—
Oesterr. Süd-Staatsbahn (Lomb.)	3	236 1/2	236	—
" " " " "	3	236	236 1/2	—
" " " v. 1871	5	81 1/2	—	—
Rheinische Eisenbahn-Prioritäten	5	103	—	—
Schlesische (gar. v. d. Alt.-Kiel. Eisenb.)	41	98 1/2	—	—
Ungarische Nord-Ost-Eisenbahn	5	—	80 1/2	—

Industrie-Actien.

	Zf.	Brif.	Geld.	Bezahlt.
Hamb.-Amerik. Packetf.-A.-G.	4	0	67	66 1/2
Hamb.-Südamerik. Dampfschiff.-Ges.	4	0	71	71
Deutsche Dampfschiff.-Rhed. zu Hamb.	5	5	—	—
" " " " "	5	5	—	—
Deutsch-Transatl. Dampfschiff.-Ges.	5	0	12 1/2	—
Rosinische Dampfschiff.-Ges., Kosmos	5	0	80	80
Basson'sche Omnibus-Gesellschaft	4	4	—	—
Pferd-Eisenbahn-Gesellschaft	4	7 1/2	110	—
Eisenb.-Wagenbau-Anst. in Hamb.	5	0	—	25

Hans. Bau-Gesellschaft 80 % Einz.	5	5
-----------------------------------	---	---

Belgische Bankplätze.....pr. 100 Francs kurz	81.10	80.70
do. do. " " kurz	80.40	80.—
Schweizerische Bankplätze.....pr. 100 Francs kurz	81.20	80.60
do. do. " " kurz	80.40	79.80
Italienische Bankplätze.....pr. 100 Lire kurz	73.50	72.50
do. do. " " kurz	73.50	72.50
Cadix.....pr. 100 Real de Vell. 3 M. 4	4.04	3.94
Lissabon.....pr. M. Reis 3 M. 4	4.44	4.40
Porto.....pr. 100 \$ Gold k. S.	418.—	412.—
Newyork.....pr. 100 \$ Gold k. S.	411.—	405.—

Coursmässiger Werth fremder Münzen.

Geldsorten.	Nr.	Geldsorten.	Nr.
Sovereigns.....	20.24	Louis'd'or.....	16.50
1/2 Sterling.....	—97	Ducaten, holländ.....	9.40
Silberrubel.....	3.—	do. hamb.....	9.47
Holl. Gulden.....	1.65	Thaler Pr. Crt.....	3.—
Francs.....	—77	Frankf. Gld., 24 A-Fuss.....	1.65
5 Francs-St.....	4.—	Nordamer. Eagle (5 \$).....	20.70
20 Francs-St.....	16.16	Plaster (Säulen).....	4.23
Russische Halb-Imperial.....	16.30	do. südamer.....	4.18
Kronen.....	27.45	Species.....	4.48

Hamburg, den 28. Januar 1876. Fr. Arnstedt.

Hamburger Handelsnachrichten.

Hamburg, den 28. Januar.

In loco (700 Kilo Netto in M.)

Getreide. Weizen ruhig. Verkaufte sind Kleinigkeiten: 123/3pt., 123/4pt. Meckl. zu 202 M., 127/8—129pt. zu 202 a 204 M. Angeboten wird alter Elber 126 7/8—128pt. zu 200 a 205 M., alter Mecklenbg. u. Warener 129—131pt. zu 216 a 220 M., neuer Holstener und Elber 119—124pt. zu 188 a 197 M., 125/130pt. zu 200 a 208 M., Mecklenb. und Warener 119—126pt. zu 192 a 205 M., 127—132pt. zu 206 a 214 M.

Roggen flau. Angeboten Russ. zu 147 a 154 M., Dän. 120—126pt. zu 160 a 170 M., Mecklenb. und Warener 123—127pt. zu 170 a 176 M.

Gerste matt. Verkaufte feine Insel 112pt. zu 178 M. und angeboten Holst. und Dän. 108/15pt. zu 165 a 175 M., feine zu 185 a 200 M., Saale 106/10pt. zu 200 a 210 M., Chevalier Saale zu 215 a 225 M., feine zu 230 a 240 M., extra feine zu 245 a 255 M.

Hafer ruhig. Holst. zu 165 a 172 M., Mecklenb. zu 173 a 176 M., Russischer zu 161 a 162 M. angeboten.

Buchweizen geschäftlos. Holst. 108—120pt. zu 140 a 155 M. am Markt.

Bohnen still. Elber zu 188 M., Oberländer 184 a 186 M., Mecklenb. 180 a 186 M. am Markt.

Erbisen flau. Futter- zu 175 a 185 M., Koch- zu 215 a 230 M. angeboten.

Wicken ruhig. Kleine Oberländer zu 210 a 220 M., Mecklenburger und Märker zu 220 a 230 M., mittel zu 235 a 245 M., grosse zu 255 a 275 M. verkauft; Märker und Meckl. kleine zu 215 a 230 M., mittel zu 235 a 245 M., grosse zu 250 a 275 M. und Oberländer zu 210 a 220 M. angeboten.

Mais still. Ungar. zu 124 M. verkauft, kl. Ungarischer zu 130 M. angeboten.

Rappsaamen flau. Holst. und Meckl. 345 a 350 M. nominell.

Rübsen flau. Mecklenb. zu 320 a 330 M. am Markt.

Dottersemen ohne Handel. Holst. und Meckl. zu 250 a 255 M. angeboten.

Leinsamen still. Neuer Holst. und Mecklenb. zu 240 a 260 M. am Markt.

(Zur Ausfuhr 700 Kilo in M. excl. Sack.)

Weizenmehl, hiesiges extra superieum M. 27.00 a 31.00, fremdes do. M. 26.00 a 27.20.

Roggenmehl, hiesiges Nr. 1 M. 23.00 a 25.00, fremdes do. M. 21.00 a 23.00.

Lieferung auf Termin (700 Kilo Netto in M.)

Weizen besser. Kündigungspreis 197 1/2 M. Gute gesunde Waare, ohne Probe und ohne Uebergewicht. Mindestens 126 1/2 holl. Janr. — bez. 198 Br., 197 Gd., Janr./Februar — bez., 198 Br., 197 Gd., April/Mai — bez., 200 Br., 199 Gd., Mai/Juni 203 bez., 203 1/2 Br., 202 1/2 G.

Roggen fest. Kündigungspreis 147 1/2 M. Mindestens 118 1/2 holl. Janr. — bez., 148 Br., 147 Gd., Janr./Febr. — bez., 148 Br., 147 Gd., April/Mai — bez., 151 Br., 150 Gd., Mai/Juni 150 1/2 bez., 151 Br., 150 Gd.

Ab auswärtigen Häfen (in M.)

Weizen stille. Angeboten 129/3pt. ab den dänischen Inseln zu 202 M., 70r Februar-Abnahme und 128/30pt.

70r Frühjahr 202 a 205 M., ab der Ostsee 198 a 200 M. per 1000 Kilo zu notiren.

Roggen ruhig. Ab Dänemark 122—124pt. 150—153 M., ab Königsberg 70r Frühjahr 121/2pt. B.-G. zu 145 M., 70r 1000 Kilo, ab Petersburg 116/17pt. 70r Mai zu 208 M., 70r Juni 295 M., 70r Juli 290 M., 70r 144 Pud erhältlich.

Gerste stille; 111/13pt. neue ab Jütland 150 M. und 112/114pt. ab den Inseln 155 a 160 M., 114/15pt. ab Laaland 170 a 180 M. 70r 1000 Kilo zu notiren.

Hafer ruhig. Ab Dänemark ged. 83/4pt. 165 a 170 M. 70r 1000 Kilo, ab Ost-Schweden 82/3pt. ungedarrt. schwarzer 70r Mai 250 M., gedarrter 84/5pt. 260 M. 70r 4000 E schwedisch zu notiren.

ohnen, Rappsaamen und Rübsen feilen.

Samen. Das Geschäft in Kleesamen war sowohl in rother wie weisser Waare ruhiger, doch haben sich Preise ziemlich fest behauptet. Die Umsätze belaufen sich auf circa 500 E roth von M. 57 a 70 und circa 500 E weiss von M. 65 a 85. — Alike fand ziemlich viel Beachtung und ist der Markt sehr fest. Begeben wurden circa 400 E von M. 84 a 110.

Öle. Rüböl. Die Tendenz ist auch in dieser Woche eine feste gewesen und schliessen wir 1 M. höher gegen die Vorwoche. Der Consum ist gezwungen an die Läger zu gehen, auch wurden einige Partien zum Export gekauft. Loco und 70r Jan. 68.50 M., 70r Mai 67.50 M., 70r October 67.— M. Br. 66.— M. Gd.

Leinöl blieb bei ruhigem Geschäft im Werthe unverändert, loco 52.— M., 70r Febr.-Juni 54.— M. Br.

Terpentinöl ohne grösseren Verkehr, americ 26.50 M. franz. 25.75 M.

Petroleums. Der Artikel blieb auch in der vergangenen Woche beachtet. Die Loco-Vorräthe sind sehr zusammengeschmolzen, doch dürfen wir bald grösseren Zufuhren entgegensehen und zeigt sich daher etwas mehr Angebot. Frühjahrstermine waren gefragt und verfolgten Preise eine steigende Tendenz. Der Markt schliesst heute bei grosser Zurückhaltung der Abgeber und guter Kaufkraft steigend zu folgenden Notirungen: loco 13.65 a 14.30 M., 70r Febr./März 13.20 M., 70r Aug./Dechr. 12.60 M. Br., 12.50 M. Gd. Der Regulirungspreis vom 23.—28. ds. ist auf 13.20 M. festgesetzt worden.

Das hiesige Lager bestand am 20. Januar aus:

zusammen 12,340 743

abgesetzt wurden 1,511 —

Vorrath beträgt am 27. Januar 10,829 743

Tag ohne Geschäft, im americ. N. Y. City 47.50 M. nominell, hies. Schlachthaus- 45.— a 46.— M.

Thran. Die Stimmung ist sehr fest.

Notirungen: brauner Leber- 69.— M., gelb blank Dorsch 72.— M., Medicinal 73.— a 78.— M., Dampf-Medicinal 110.— a 120.— M. 70r To., Schwed. 3 Kronen- 89.— M. 70r Fass, Archang und grönl. 68.— M. 70r 200 E Netto, Südsee — M., newfoundl. weisser 72 M., gelber 69 M. 70r do., Schwed. 3 Kronen oder Gerber- auf div. Gebinden 64.— M. 70r 200 E Netto.

Spiritus. Preise verfolgten bei etwas lebhafterem Verkehr steigende Tendenz und schliesst der Markt heute sehr fest, wie folgt:

Kartoffel-Roh- 70r 100 Litre 100 M. incl. Eisenband-Sprietstücke 70r Jan./Febr. M. 34 1/2, 70r Febr./März M. 35, 70r März-April M. 35 1/2, 70r April/Mai M. 36, 70r Mai/Juni M. 36 1/2, 70r Juni/Juli M. 37, alles Brief.

Rect. Kartoffelspriet M. 39 a 43 nach Qualität.

Russ. Spriet fand ebenfalls mehr Beachtung und wurde 70r März mit M. 30 bezahlt, 70r April/Mai M. 31 1/2 Brief, 70r Aug./Sept./Oct. M. 33 1/2 Brief.

Sämmtliche Notirungen verstehen sich für Abschlüsse von grösseren Partien und haben auf einzelne Gebinde keine Anwendung.

Provisionen. Butter (mit 16 E Tara). Für feine Frischmilch-Hof- blieb der Markt zu neuerdings erhöhten Preisen fest. Frische Secunda-Waare und Bauer- gehen nur sehr schleppend für den hiesigen Consum ab, da Detailisten vorziehen, Stoppelbutter zu kaufen. Der Markt schliesst heute steigend.

Holst. Stall- M. 130 a 151 a 153, Meckl. do. M. 125 a 148 a 152, Dän. und Schlesw. do. M. 125 a 148 a 152, Holst. Stoppel- M. 120 a 140, Mecklenb. do. M. 116 a 135, Dän. und Schlesw. do. M. 116 a 135, Bauerbutter M. 105 a 125, Finnland. M. 90 a 98, Oberl. M. 80 a 92 70r 100 E.

Schmalz ruhig, Hamb. M. 64 a 75, Americ. M. 60 a 62 70r 100 E.

Speck kleine Umsätze, Hamb. M. 73 a 78.

Schinken sehr still, Westph. M. 90 a 93 70r 100 E.

Käse ruhiges Geschäft, Holland. M. 65 a 86 70r 100 E.

Cuxhaven.

Ein- und auspassirte Seeschiffe.

(Br. Telegraph.)

Den 28. Januar. Angekommen:

Schiff	Capit.	von
Leander (deutsch. Schö.-Bg.),	Behrens,	Buenos Plata,
Britannia (D.),	gest. Albed,	Rotterdam,
Maria Heyborn (deutsch. Schö.-Bg.),	Räger,	Antwerpen,
Tiger (D.),	Coert,	Sull,
Thomas Vaughan (D.),	Bee,	Middlesbro,
Rautitus (D.),	Murray,	London,
Navarre (D.),	Green,	Liverpool,
Groden (Rost. Schö.),	M'Kelvie,	b. Nordsee,
Carl Gerhard (deutsch. Bl.),	Sillerichs,	Wilmington,
Bauta (normeg. Dreimast Schö.),	Haemuffen,	Porto Alegre,
Columbine (D.),	11 U. 10 M.,	Sull,
Wilhelmine (deutsch. Bg.),	Mittell,	Bahia,
Joseph (deutsch. Bg.),	Kramer,	Cap Haity,
Verona (D.),	1 U. 25 M.,	Scoular,
Johannes Koeb (normeg. Bl.),	Roe,	Philadelphia,
Palazzo Primo (ital. Bg.),	Palazzo,	Buenos Ayres,
Alster (D.),	3 U. 25 M.,	Körner,
Maria Heyborn ankert bei der Rugsbaate.		Newcastle.

Leander wurde durch Dampf. Dittmaria hier in den Hafen gebracht.

Dampf. Navarre sah am 28. Janr., 10 1/2 Uhr Vorm., 6 Miles südlich vom Royal Sovereign Light-Schip, die engl. Bl. Sarah Watson, nach Hamburg bestimmt.

Carl Gerhard und Bauta wurden durch Dampfboote M. Böpelau und Germania herein- und in den Hafen bugirt.

Mit der Ebbe treibt viel Eis abwärts.

Wilhelmine, Joseph, Johannes Koeb und Palazzo Primo wurden resp. durch die Dampfboote Bormärs, Etna, Altona und Graf Nolite herein- und in den Hafen bugirt.

Maria Heyborn ankert hier jetzt vor dem Hafen.

4 1/2 Uhr: Nichts in Sicht. — Das Fahrwasser ist hier eisfrei.

In See gegangen:

Schiff	Capit.	nach
German Emperor (D.),	gest. früh, Hart,	England,
Banther (D.),	White,	Hull,
Venus (D.),	Komtes,	London,
Bommerania (B.-D.),	gest. Albd.,	Schweden,
Yacha (D.),	Snow,	Hull,
Stanley Main (D.),	Thornton,	Goole,
Cuxhaven (Rost. Schö.),	—	b. Nordsee,
Mary Smith,	Goel,	London,
Arion (D.),	heute 8 U.,	Kamte,
Emma Colley,	Grant,	England,
Gustav Adolph,	Volterisen,	Rio de Janeiro,
Amsterdam (D.),	104 U.,	Bisser,
Bacha,	Dumreicher,	Carlsby,
Elise,	Kiehlke,	b. See,
Westmoreland (D.),	121 U.,	Potts,
Bacha, Gustav Adolph und Elise wurden resp. durch die Dampfboote Enal, Roland und Bormärs elabwärts gebracht; Bormärs bugirte Elise fernwärts.		
Borm.: Barom. 28.6. Therm. + 1°. Wind: SED., 1 (flau). Weiter: Weiter.		
Nachm.: Barom. 28.5 1/2. Therm. + 2°. Wind: SED., 1 (flau). Wetter: Nebel.		

Helgoland, den 28. Januar.

Vormittags: Wind: SED., 3 (leichte Brise); leicht bewölkt. Etwas bewegte See.

Nachmittags: Wind: SED., 2 (schwache Brise); besser. Ruhige See.

Brunshausen, den 28. Januar.

Hier ist noch starker Eisgang in der Elbe.

Dampf. Göthe, abwärts kommend, ist hier geankert.

Hamburg, den 28. Januar.

An die Stadt gekommen: Dampfboote Dresden, Emma, Roland und Messina, Bl. Peter Godeffroy und Bl. von Seyden Carlrow, letztere beide bugirt durch Schleppdampfer.

Hamburger Hafen.

Ein- und auspassirte Schiffe.

Angekommen. Den 27. Januar.

Schiff	Capit.	von
v. Seyden Carlrow,	Secht,	Wilmington,
Roland (D.),	Laffen,	Antwerpen,
Messina (D.),	Fendt,	Palermo.

Abgegangen. Den 28. Januar.

Schiff	Capit.	nach
Mar,	Gramberg,	Altona,
Wega (D.),	Witt,	London.

Anzeigen.

(Amtliche Inserate.)

Bekanntmachung.

Es wird gemäß § 16 der Gewerbe-Ordnung hiermit bekannt gemacht, dass Herr Johann Hinrich Einsich, Vorstehermannsweg 135, eine Schlachtereianlagen will. Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind binnen 14 Tagen auf dem Baupolizeibureau anzubringen.

Hamburg, den 29. Januar 1876.

Die Baupolizei-Behörde.

Proclama.

Zum Termin den 8. Juni 1876, Vorm. 9 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle, Zimmer No. 1, vor dem Herrn Kreisrichter Brodhoff wird hierdurch vorgeladen: der Sohn des am 8. November 1869 verstorbenen Kaufmannes Johann Wilhelm Weissenborn, Wilhelm Weissenborn, geboren am 3. August 1831 zu Vangensfalz, welcher in dem Jahre 1869 oder 1869 nach Amerika ausgewandert ist und zum letzten Male durch einen Brief vom 12. Juni 1863 an seine Mutter Nachricht von seinem Leben und Aufenthaltsorte gegeben hat, unter der Bemannung, dass er für todt erklärt und sein Nachlass den bekannten Erben ausgetheilt werden wird. Nachlass-Object circa 600 M. (= 1500 M.).

Vangensfalz, den 15. Juni 1875.

Königl. Kreisgericht, I. Abtheil.

Zweite Bekanntmachung.

Extract aus dem in No. 19 dieser Zeitung in extenso inserirten Proclam. Nichtprotocollirte Forderungen und Ansprüche jeder Art an den Kaufmann Paul Hinrich Schnoor in Bura, resp. dessen zu Bura i. D. belegenen Immobilien sind, zur Vermeidung des Verlustes derselben, binnen 12 Wochen, von der dritten Bekanntmachung dieses Proclams an gerechnet, ordnungsmässig hierher anzumelden.

Ebdelack, den 19. Januar 1876.

Königliches Amtsgericht.

Concurs-Proclam.

Erste Bekanntmachung.

Nachdem durch Erkenntnis des Königl. Kreisgerichts zu Altona vom 22. December v. J. über die Habe und Güter des Eingekessenen Johann Wilhelm Politz in Schulden der Concurs der Gläubiger erkannt worden ist, werden, mit Ausnahme der protocollirten Creditoren, Alle und Jede, welche aus irgend einem Grunde Ansprüche an die Concursmasse, in specie an die dazu gehörige, in Schulden belegene, im Schuld- und Pfandprotocoll Band 13, fol. 278 aufgeführte Forderung zu haben vermeinen, aufgefordert, sich mit denselben bei Vermeidung des Ausschlusses von dieser Masse, innerhalb 12 Wochen, vom Tage der letzten Bekanntmachung dieses Proclams an gerechnet, bei dem unterzeichneten Gericht zu melden, auch etwaige, ihre Ansprüche begründende Documente in Original und Abschrift zu produciren und, sofern sie Auswärtige sind, Actenprocuratoren hieselbst zu bestellen.

Blankenese, den 25. Januar 1876.

Königliches Amtsgericht.

Adler.

Donnerstag, d. 17. Februar 1876.

Nachmittags 2 1/2 Uhr.

soil im

Affecuranz-Saale der Börsehalle

öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden

der zur Verlassenschaft von

deftl. Herrn Hinrich August Albert

Krohn, Frau Wittwe und Kindern

gehörende Platz mit Lit. 8. 89 1/2 Ruthen groß, mit

darauf stehenden Gebäuden, belegen am

Mittelwege,

zwischen dem Fußwege und Carl Adolph Vedrenb

Uebe. (Michaels vor dem Dammthore No. 1, fol. 95.)

Dieses Grundstück besteht aus dem unter dem Namen

Krohn's Salon bekannten, am Mittelwege mit

No. 41 bezeichneten und zur Wirtschaft eingerichteten

Wohngebäude nebst Tanzsalon, Regeldahn und

Garten, dem gleichfalls am Mittelwege sub No. 42

belegenen, zu zwei Wohnhäusern eingerichteten Wohn-

gebäude reibt Garten und den mit Nrs. 1—6 be-

zeichneten, am Fußwege an der Wiese belegenen

vier größeren und zwei kleineren Wohnhäusern nebst

Gärten.

Dieses am 1. Mai 1876 zur freiesten Disposition

reliefert werdende Grundstück, welches bisher eine

jährliche Rente von ca. M. 10,000.—, bei

mäßigen Mietpreisen, eingetragen hat, ist nicht

allein dieserhalb, sondern auch seines bedeutenden Flächenraums von 1922,0 1/2 Meter wegen, bei einer Fronte von 23,03 M. am Mittelweg und 52,90 M. am Fußwege, welcher vom Mittelweg nach dem Rothenbaum führt, Kaufliebhabern mit vollkommenem Rechte zu empfehlen; besonders tüchtigen Wirthen, denen es um eine wirkliche Profitstelle zu thun ist.

Dasselbe soll

in diesem Termine

außer groß Hbg. St. 480 jährlicher immerwährender

Grundsteuer, zu einem werthvollen Preise ein-

gekauft, nöthigenfalls heruntergesetzt und gewiss

verkauft werden.

Ueber die Verkaufsbedingungen ertheilen nähere

Auskunft die bekannten Hausmakler, so wie die mit

diesem Verkaufe speciell beauftragten Walter Carl

Debenborf, Neuerwall No. 31, und Martin

Paul Krüger, Bäckerstraße No. 15.

Montag, den 28. Februar 1876,

Nachmittags 2 1/2 Uhr,

soil im

Affecuranz-Saale der Börsehalle

öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden:

Herrn Carl Ferdinand Wilm

Platz, auf und nach dem Grundrisse des Geometer

Raaf vom 28. Juni 1846 bezeichnet mit No. 15 und

30 Quadrat-Ruthen groß, belegen auf dem Hohen-

felde,

an der dritten Alsterstraße,

zwischen Robert Friedrich Schuke und Carl Heinrich

Wilhelm Albrecht Blüthen, Eigentums- und Hypo-

thekensbuch für Hohenfelde Pag. 577 cum cond.

Dieses, an der dritten Alsterstraße No. 21

belegene Grundstück besteht aus einem bisher zum

</

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Gewinn.				Verlust.			
Vortrag vom Jahre 1874:				Unkosten:			
unvertheilter Gewinn	132	42		a. Gehalte	39,628	33	
Zinsen und Provision	13,564	68		b. Miete, Feuerung, Beleuchtung, Utensilien	7,447	28	
				c. Wechselstempel	2,044	35	
Gewinn an Zinsen			13,997	d. Courtage	4,564	08	
Provision			147,783				53,684 04
fremden Wechseln			123,661	Abschreibung:			
aus diversen Geschäften			2,943	auf das Inventarium:			
à conto eines früher weggeschriebenen Ver-			123,180	Vortrag von 1874	2100	—	
lustes, wieder eingegangen			59	hinzugekommen	407	30	
			361	angenommen für	2250	—	257 30
			77	Verlust an einer Belehnung	24,387	44	
				anf Effecten	675		25,319 74
				Uebertrag auf das Jahr 1876:			
				für im Voraus berechnete Zinsen und Provision			
				auf im Jahre 1875 eingeleitete, aber erst im Jahre			
				1876 abzuwickelnde Geschäfte			26,402 41
				Reiner Gewinn 307,521. 37,			
				wovon nach Abzug der den Actionairen zunächst			
				zustehenden 5 % auf das eingezahlte Actien-Capital			
				von 3,000,000 mit 180,000. —			
				a. Reserve-Conto:			
				5 % von	126,521. 37	6,326	07
				b. Tantieme:			
				1) 5 % für den Aufsichtsrath auf			
				restirende	120,195. 30	6,009	76
				2) 5 % „ die Direction	120,195. 30	6,009	76
				c. Dividende:			
				15,000 Actien à 19.20	288,000	—	
				Uebertrag auf 1876 als nicht vertheilbar	175	78	
							306,521 37
							411,927 56

Hamburg, den 31. December 1875.

Der Aufsichtsrath der Waaren-Credit-Anstalt in Hamburg.

A. H. Brauss,
Vorsitzender.

Ferdinand Jacobson.

Julius Horwitz,
Director.

Mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden.

Hamburg, den 15. Januar 1876.

H. C. Baasch.

Robert L. Siordet.

Bilanz der Waaren-Credit-Anstalt in Hamburg.

Activa.				Passiva.			
Saldo bei der Vereinsbank	27,746	32		Actien-Capital 3,000,000, worauf 40% Einzahlung	3,600,000	—	
Cassa-Conto	2,052	20		Diverse Creditores	2,678,830	36	
Effecten-Conto	11,205	—		Accepten-Conto	5,650	85	
Wechsel-Conto, hiesige	11,298	03		Courtage-Conto	2,500	—	
Inventar-Conto	2,250	—		Special-Reserve	12,000	—	
Waaren-Conto, vorräthige Waaren sämmtlich auf				Reserve-Conto:			
Lieferung verkauft	821,056	16		Bestand ultimo 1875	3110. 30		
Diverse Debitores	5,758,739	93		ausser belegten	16,707. 53		
				eingekommen für Zinsen	950. —		
				in Effecten belegt	4070. 30		
					2,842. 50		2842. 50
				hinzugekommen für 1875	1227. 80		
				gegenwärtiger Bestand	6326. 07		
				ausser belegten	19,550. 03	7,553	87
				Tantieme-Conto	12,019	52	
				Dividenden-Restanten	1,205	85	
				Dividenden-Conto für 1875:			
				15,000 Coupons à 19.20 (8 %)	288,000	—	
				Uebertrag auf 1876	26,578	19	
							6,634,347 64

Hamburg, den 31. December 1875.

Der Aufsichtsrath der Waaren-Credit-Anstalt in Hamburg.

A. H. Brauss,
Vorsitzender.

Ferdinand Jacobson.

Julius Horwitz,
Director.

Mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden.

Hamburg, den 15. Januar 1876.

H. C. Baasch.

Robert L. Siordet.



Nach London:

Die Dampfschiffe
der General Steam Navigation Company
Ischen und laden am Kaiserquai,
Schuppen No. 8 und 9,
und gehen wie folgt:

"Cosmopolitan", Capt. C. Mallett,
am Sonnabend, den 29. Janr., Abends, mit Waaren.
"Condor", Capt. H. S. Scarnell,
am Montag, den 31. Januar, Abends, mit Waaren.
"Martin", Capt. W. C. Butcher,
am Mittwoch, den 2. Februar, 5 Uhr Morgens, mit
Waaren und Passagieren.
"Nautilus", Capt. G. Green,
am Mittwoch, den 2. Februar, Abends, mit Waaren.
Auf Verlangen übernimmt obige Company
gegen einen mäßigen Frachtschlag die
Ablieferung der mit ihren Schiffen nach
London verladenen Güter franco Domicil
dieselbst.

Nähere Nachricht erteilt

Wilhelm Pott,
Bei St. Annen No. 18.

EAGLE.

Lebens - Versicherungs - Gesellschaft
in London.Capital:
Zwei Millionen Pfund Sterl.

Die Eagle besteht seit 1807 und rangirt unter den
ersten englischen Gesellschaften.
Es sind 20,000 Policen in Kraft.
Die jährliche Einnahme beträgt £ 540,000 und
der versicherte Betrag übersteigt £ 13,000,000.
Vom Ueberschuss werden fünfjährlich 80 % an die
mit Gewinntheil Versicherten vertheilt.
Bei Selbstmordfällen wird ebenfalls aus-
gezahlt, sobald die Police länger als ein Jahr in Kraft
gewesen ist.
Nähere Auskunft, so wie Pläne erteilt gratis

John Helbert,

General-Bevollmächtigter
der Eagle-Life-Insurance-Company,
Rohe Bleichen No. 31, Hamburg.Waaren - Credit - Anstalt
in Hamburg.

IN der heute stattgehabten vierten ordentlichen
General-Versammlung wurde
die Abrechnung pro 1875 einstimmig ge-
nehmigt.

Der auf Liquidation der Gesellschaft abzie-
lende Antrag des Herrn Dr. Wex mit
1903 gegen 100 Stimmen abge-
lehnt.

Der auf Reduction des Capitals abzielende
Antrag desselben mit 1755 gegen 226
Stimmen abgelehnt.

Zu Revisoren wurden wiedergewählt:
Herr H. C. Baasch,
Herr Robt. L. Siordet.

Zum Ersatzmann:
Herr J. W. Lübbers.
Hamburg, den 28. Januar 1876.

Der Aufsichtsrath.
Waaren - Credit - Anstalt
in Hamburg.

DIE Auszahlung der Dividendenscheine pro
1875 mit
M. 19.20 (8 %)

pro Stück erfolgt von Sonnabend, den 29. ds. an
in den Stunden von 10—12 Uhr Vormittags in un-
serem Bureau Grosse Bleichen No. 42/44
gegen Einreichung der Coupons mit arithmetisch
geordnetem Nummern-Verzeichniss.
Hamburg, den 28. Januar 1876.

Der Aufsichtsrath.

Verein für Hamburgische Geschichte.
Montag, den 31. Januar Abends 7 1/2 Uhr,
im Hause der Patriot. Gesellschaft, Zimmer No. 32.
Mittheilungen des Herrn Dr. F. Voigt über das
Schiffbauergewert in Hamburg.

VEREIN
FÜR
KUNST- u. WISSENSCHAFT
IN
HAMBURG.

Vorlesung
im großen Saale des
Convent-Gartens,
Montag,
den 7. Februar 1876:
Abends 8 Uhr:
Herr Prof. S. Köchly (Heidelberg)
über Catilina.

Eintrittskarten für Nichtmitglieder sind zu M. 2 in
beschränkter Anzahl im Vereinslocale zu haben.

Tonkünstler-Verein.
Heute, Sonnabend, den 29. Januar 1876:
Mozart-Feier.

- 1) Trio b-dur für Clavier, Violine und Cello,
die Herren Spengel, Schlöming und
Gowa.
- 2) a. Arie aus: Der königliche Schächer,
b. Lieder: Abendempfindung und Am
Chloe, gesungen von Herrn
Georg Lederer aus Bremen.
- 3) Serenade für 2 Oboen, Clarinetten, Hörner und
Fagotte, die Herren Dante, Reinhard,
Glade, Schick, Schulze, Sege-
brecht, Bernhardt und Gaspary.

Stadt-Theater.
Sonnabend, den 29. Januar (144. Abonnements-
Vorstellung):

Die Fokker,
große Oper in 5 Acten von S. Mosenthal,
Musik von Edmund Kreischner.
Große Preise. Anfang 7 Uhr.
Sonntag, den 30. Januar,
Mittags 1 Uhr,
bei ermäßigten Preisen:
Vierte und letzte Aufführung
des Verdi'schen
Requiem.

(Zum Todestage Alessandro Manzoni's componirt.)
Soli:
Hr. Fröhlich (Sopran), Hr. Borée (Mzzo-Sopran),
Hr. Candidus (Tenor), Hr. Kögel (Bass).
Chor: 120 Mitwirkende.

Instrumentale:
Das auf 72 Musiker verstärkte Orchester
des Stadt-Theaters.
Dirigent: Hr. Capellmeister Fuchs.
Abends 6 1/2 Uhr:

(145. Abonnements - Vorstellung.)
Egar und Zimmermann,
komische Oper in 3 Acten, von Vorping.
Egar: Hr. Krügel, van Bett: Hr. Frey, Marie:
Hr. Schmidtler, Chateaufort: Hr. Candidus,
Peter Ivanow: Hr. Seleng.
Vorher:

Großes Ballet: Divertissement.
Zu Anfang:
Das Schwert des Damocles,
Schwank in 1 Act, von G. zu Puttlich.

Große Preise. Anfang 6 1/2 Uhr.
Montag, den 31. Januar (146. Abonnements-
Vorstellung). Fünfte Gastdarstellung der k. k. k.
Hofbühnenleiterin Fräul. Anna Saverlandt:
Die bezähmte Widerspenstige,
Luftspiel in 4 Acten, von Shakespeare.
Catharina: Fräul. Saverlandt, als Gast.

Hierauf:
Der Postillon von Lonjumeau,
komische Oper in 3 Acten, von Adam.
Große Preise. Anfang 6 1/2 Uhr.
Dienstag, den 1. Februar (147. Abonnements-
Vorstellung):

Der Prophet,
große Oper mit Ballet in 5 Acten, von Meyerbeer.
Große Preise. Anfang 7 Uhr.
Zu Vorbereitung:
Die Maccabäer, große Oper von Rubinstein.
Die Afrikanerin, große Oper von Meyerbeer.
Mit vollständig neuer Ausstattung.

Thalia-Theater.

Heute, Sonnabend, den 29. Januar.
Neu einführt:

Graf Essex,
Trauerspiel in 5 Aufz., von Heinrich Laube.
Königin Elisabeth: Frau Woboda. Graf Essex:
Hr. Salomon. Cecil: Hr. Segel. Nottingham:
Hr. Kober. Raleigh: Hr. Senne. Southampton:
Hr. Jensen. Lady Nottingham: Fräul. Guinand.
Gräfin Rutland: Fräul. Barkany. Ralph: Hr.
Gungar. Cuff: Hr. Baum. Jonathan: Hr.
Görner. Robian: Hr. Walter, u. s. w.

Anfang 7 Uhr.
Sonntag, den 30. (mit aufgehob. Abonnement):
Romeo und Julia,
Trauerspiel in 5 Aufz., von Shakespeare.

Anfang 6 1/2 Uhr.
Die Bläse der Herren Abonnenten bleiben bis
heute (Sonnabend) Abends 8 Uhr reservirt.
Montag, den 31.:

24. Vorstellung classischer Werke
bei ermäßigten Preisen.
Faust,
Tragödie in 6 Aufz., von Goethe. Musik vom
Friedrich Radzwill.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Dienstag, den 1. Februar:
Minna von Barnhelm, oder:
Das Soldatenglück,
Luftspiel in 5 Aufz., von G. E. Lessing.

Carl Schultze's Theater.

Sonnabend (Anfang 7 Uhr):
Bestes Gastspiel und Abschieds-Benefiz für
Hr. Dorette Schirmer:

Die Fledermaus.
Ballet-Divertissement.
Sonntag (Anfang 6 1/2 Uhr):
Pariser Leben.
Gabriele: Hr. Nittinger.
Baron von Gondremac: Felix Hesse.
Ballet-Divertissement.

Variété-Theater.

Sonnabend, zum 29. Male:
Die zwei Waisen.
Zu Anfang: Liebesbriefe einer Zoubrette.

Die optisch-oculistische Anstalt

in Hamburg, Rödingsmarkt 85 (an den Wochentagen geöffnet
von Vormittags 11 bis 5 Uhr Nachmittags) prächig bietet Garantie für
fachkundige Bedienung durch das Studium und die 40jährigen Erfah-
rungen ihres Besitzers. — Bei Augenfehlern, welchen durch optische
Mittel allein nicht abgeholfen ist, wird dem Patienten empfohlen, die
Hülfe eines gewissenhaften Arztes in Anspruch zu nehmen. Man giebt
Brillen für Augen, die gut in die Ferne und schlecht in der Nähe
sehen; und umgekehrt; für Augen, die in der Nähe und in die
Ferne schlecht oder nur mit Anstrengung und baldiger Ermattung
der Augen sehen; für Augen von ungleicher Schärfe; für Augen,
welchen alle Gegenstände in vererrter Gestalt erscheinen; für ent-
zündete, lichtscheue u. schwache Augen u. Wenn nöthig, werden die
Brillen nach genauem Maße eigens angefertigt. — Der Ausverkauf
(zu Einkaufspreisen) von Marine- u. Theaterperspectiven, Fernrohren,
Mikroskopen, Barometern u. wird fortgesetzt. Anmer.: Auch werden
Augengläser in Brillen nach ärztl. Recepten geliefert.

K. Christenietzke.



Frankreich.

Paris, den 27. Januar. [Zu den Wahlen. Verschiedenes.] Die „Republique française“ bemerkt: Die Nachrichten, welche wir aus den Departements erhalten, bezeugen uns, daß die Mandatare des allgemeinen Stimmrechtes sich vor Allem damit beschäftigen, die Wahlen zu klären. Die zweifelhafte Annahme, welche wir zwischen sämtlichen Freunden der Demokratie signalisiert haben, als bestes Mittel die Abstimmung zu vereinfachen und frei zu machen, bewährt sich überall. Die Namen der Candidaten werden mit Ruhe und Ernst durchberathen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß dieses Verfahren für Frankreich ein glückliches Resultat haben wird.

Je näher der Wahlkampf heranrückt, desto klarer stellt sich heraus, daß er lediglich zwischen dem Kaiserreich und der Republik ausgefochten werden wird. Die Monarchisten in allen ihren Nuancen bilden eine verschwindende Schaar und ihre Capacitäten ziehen sich eine nach der andern zurück. Das Beispiel, das die Delanzenzen vor vier Wochen gegeben haben, wird jetzt von den Legitimisten Lucien Brun nachgeahmt. Derselbe erklärt sich für ungeeignet, an der nächsten Gesetzgebung theilzunehmen, da er es nicht über sich gewinnen könne, den Versuch mit der Republik ehrlich vorzunehmen zu helfen, und noch weniger sich der Verwirrung der Verfassung zu widersetzen vermöge. Das Ablehnungsschreiben des Freundes des Grafen Chambord ist mithin eine Abdankung zu Gunsten der Republik. Ganz ohne Vertretung werden die Royalisten übrigens doch nicht sein. In den Senatscollegien einiger Departements sind sie gerade stark genug vertreten, um den Ausschlag zwischen den beiden Hauptagenden zu geben, die sich dort ziemlich gleich hart gegenüber stehen. Dies gilt n. A. vom Gers, Lot und der Vendée. Natürlich bewerben sich sowohl Republikaner als Bonapartisten um die Bundesgenossenschaft der Royalisten und offeriren ihnen einen Antheil an ihrer resp. Liste. Nach welcher Seite aber dieselben sich hinneigen werden, hängt von lokalen und persönlichen Einflüssen ab. Wo man die Wirkungen des Kriegs besonders empfunden hat, wo eine harte Provinzial-Preffe existirt und die Liste der Republikaner die Gemeindegewalt in sozialer Beziehung zu beruhigen geeignet ist, da werden die Royalisten schwerlich mit den Bonapartisten gehen, sondern eher die in der Nationalversammlung zwischen ihren Vertretern und der Linken geschlossene Allianz fortsetzen. Wo dagegen die Gesinnlichkeit das große Wort führt und die Opposition den Charakter einer antikatolischen Bewegung trägt, da werden sich alle Parteien gegen die Republikaner coalitiren.

Buffet läßt die Wahlergebnisse vom 16. d., nach der „Köln. Ztg.“, nicht veröffentlichten, weil dieselben vollständig gegen seine Wünsche ausgefallen sind. Wenn es den von ihm aufgegebenen außerordentlichen Mitteln nicht gelingt, eine große Anzahl Wähler noch zu sich herüberzuziehen, so ist der Sieg der Republikaner am nächsten Sonntag sicher.

Die Senatorenwähler des Seine-Departements hielten heute in einem Vorlesungssaale der Rue du Bac unter dem Vorsitze von Krantz eine zweite und letzte Beratung. Es handelte sich, wie wir kurz berichtet haben, um die Vernehmung der einzelnen Candidaten, die in alphabetischer Reihenfolge vor sich ging. Zuerst präsentirte sich Déclard, ein gemäßigter Republikaner, der die langsamen Fortschritte für die sichersten hält und die Thätigkeit der Republik allen Gutgewillten geöffnet sehen möchte. Während seiner Rede hörte man von der Straße härmliche Schreie; unmittelbar darauf tritt Thiers ein, der auch von der Versammlung mit lautem Beifall begrüßt wird. Poissieu-Bislon fragt Déclard, ob er mit dem von den radikalen Vorparlamenten festgestellten Programm einverstanden sei, ob er z. B. die Amnestie wolle. Gambetta: Verstehen wir uns recht, meine Herren: wir sollen wohl die Candidaten ausfragen, aber wir müssen in diesen unseren Fragen recht genau sein und nicht ein ganz unbestimmtes Programm vorlegen, bei dem sich Jeder etwas Anderes denken kann. Erst Lesèvre: Dieses Programm ist ganz deutlich und ausführlich, es stellt das Minimum der berechtigten Forderungen der Demokratie dar. Nur auf dem Boden dieses Programms wäre ein Ausgleich möglich. Gambetta: Wie ich schon in der vorigen Versammlung sagte, wenn wir uns auf die Discussion eines ganzen Programms einlassen, werden wir nie fertig. Ich beantrage, daß die Versammlung durch ein Datum entscheide, ob man den Candidaten ein solches Gesamtprogramm auferlegen soll. Krantz bringt unter lebhaftem Zurufe diesen Antrag zur Abstimmung, die Frage wird, wie Gambetta es wünschte, in verneinendem Sinne entschieden. Bleibt also die besondere Interpellation Poissieu-Bislon's an Déclard, ob er die Amnestie wolle. Der Legere antwortet: Die Amnestie ist ein Act der Milde, der in der Zukunft ohne Zweifel am Platze sein wird. Ob der Augenblick dafür schon jetzt gekommen, weiß ich nicht. Ich für meinen Theil wünsche die Amnestie für die politischen Verbrechen und Vergehen, aber nicht für die gemeinen. Präsl.: Louis Blanc ist noch immer lebend, aber übrigens bekannt genug, um einer Vertheiligung seiner Candidatur entgehen zu sein. Coutant: Meine Candidatur ist eine socialistische. Ich trete als Arbeiter auf. Man treibt zu viel Politik und kümmert sich zu wenig um das Volk. Wir haben jetzt nur eine officielle Gesellschaft, nämlich die Bourgeoisie: das bürgerliche Gesetzbuch behandelt die Arbeit mit Rücksicht. Wähler Langlois: Sie sprechen ja aber gar nicht von der Republik! Coutant: Wer das Ordere will, will auch das Geringere.

Candidat Diez-Mounin: Mein Name bedeutet Handel und Gewerbe; er bedeutet ferner Centrum, d. h. die conservative Republik, welche Freiheit, Ruhe und Ordnung will. Mein Name bedeutet ferner Elia-Lothringen: als Eliaßer haben mich meine Mitbürger in die Nationalversammlung gewählt. Wähler Croffetiere: Sie sind ja aber gar kein eliaßischer Auswanderer. Diez-Mounin: Dank Herrn Thiers sind unsere Fahnen noch französisch; ich selbst habe im Jahre 1871 optiren müssen. Wähler Lesèvre: Wie denkt der Candidat über die Amnestie? Diez-Mounin: Ich will Begnadigung für die Verurtheilten, aber Gerechtigkeit für Leute, wie die Mörder der Generale Lecointe und Thomas. Eine Stimme: Wie denken Sie über die Unterdrückung und über die Trennung der Kirche vom Staat? Diez-Mounin: Ich bin für confessionslosen und obligatorischen Unterricht. Hinsichtlich der Trennung der Kirche vom Staat hängt Alles von Zeit und Umständen ab. Die Unabhängigkeit meiner Ueberzeugungen geht mir noch über einen Sitz im Senat. Ein Herr Hauvety empfiehlt als Candidaten den Oberst Denfert-Rodheau. Dann erscheint ein radicaler Candidat Gemeinderath Faquet. In seiner Person, sagt er, würde man den Gemeinderath von Paris für seine Verdienste um die Demokratie belohnen. Man nennt mich einen Intriganten; ich bin es im Grunde nicht mehr, als Jules Simon und Rocheréot es in ihren Schriften waren. Ich nehme das vorhin erwähnte Programm in allen seinen Stücken an und will insbesondere eine allgemeine und sofortige Amnestie. Ich wundere mich, daß die Nationalversammlung nicht ihre Thätigkeit mit einem solchen Acte beschloffen hat, und wenn die Frage im Senat gestellt würde, würde ich für die Amnestie stimmen. Gewiß verlange ich nicht die Amnestie für Mord, Brandstiftung oder sonst ein gemeines Verbrechen; aber die tragsgerichtlichen Urtheile haben den juristischen Unterschied zwischen politischen und gemeinen Verbrechen nicht immer festgehalten und z. B. einen Mann von der Bedeutung und Rechtschaffenheit Ranc's wie einen gemeinen Missethäter zum Tode verurtheilt. Candidat Jorinet: Meine Candidatur bedeutet den Bund zwischen der Bourgeoisie und dem Arbeiterlande. Ich bin ein Mann aus dem Volke. Wir müssen leiden, wir vergießen unser Blut, wir machen den Reichtum der Nation, und man will uns immer noch wie Minderjährige behandeln. Die conservative Republik ist mir verdächtig; ich bin ein demokratischer Republikaner, der nicht an die Erhaltung des Bestehenden, sondern an eine neue Zukunft denkt.

De Freycinet: Ich habe Ihnen zur Vertheiligung meiner Candidatur schon das vorige Mal ausgeführt, daß die Republik Männer der Action und Männer der Wissenschaft, daß sie Talente aller Art, große Mäler, große Dichter, große Künstler um sich schaaren muß. Ich habe das Vertrauen, im Senate

der Republik nützlich sein zu können, und erinnere nochmals an meine Leistungen an der Seite Gambetta's während der Landesvertheidigung. Zur Verleumdung gelangt die schriftliche Werbung des Arbeitercandidaten Girard; der Schneider Gobrin zieht seine Candidatur zurück. Candidat Gerold bestritt sich auf seine Wirksamkeit im Gemeinderathe, er gehört zur gemäßigten Linken und ist republikanischer Reformist. Er glaubt, daß die Verfassung vom 25. Februar ein dankbarer Boden für die Fortentwicklung freibürgerlicher Institutionen sei. Candidat Victor Hugo: Ich will Ihre Augenblicke schonen und mich kurz fassen. Ich finde hier Sympathien, von denen ich tief gerührt bin. Ich war immer ein Mann der Veröhnung und mithin der Milde. Sie wissen Alle, was ich wünsche und erstrebe: die Sanction des Errungenen und die Befestigung der Republik.

Es wird angezeigt, daß de Lessers und Mignet keine Candidatur annehmen. Arbeitercandidat Malarmet erinnert nochmals an seine Verdienste als Freiheitskämpfer, an seine Leiden als Verbannter unter der Republik und an seinen vielbewährten Eifer für die Sache der Denkfreiheit. Auf eine kurze Ansprache des Candidaten Monestier folgt Candidat Beprat, einer der Führer und Hauptstützen der äußersten Linken. Er erklärt sich für volle Amnestie, welche ein großer politischer Act wäre, für Trennung der Kirche vom Staat und für offenen Kampf gegen den Clericalismus. Der alte Raspail zeigt brieflich an, daß er gegen seine Grundzüge, sich zu irgend etwas durch indirecte Wahlen erweisen zu lassen; andere Republikaner mögen sich indeß über die Frage des Amnestie und um der guten Sache willen eine solche Wahl annehmen. Generalprocurator Renouard zeigt ebenfalls brieflich an, daß er keine Candidatur annehme, aber den Republikanern alles Glück wünsch. Endlich entwidelt Tolain seine gemäßigtere Arbeitercandidatur.

Präsident Krantz: Damit wäre die Liste der Candidaten erschöpft. Wir könnten jetzt uns entweder sogleich über eine Liste von fünf Namen einlassen oder eine solche durch eine Commission entwerfen lassen. Gambetta hält beides für absehblich. Die Wähler seien jetzt über das Programm der einzelnen Bewerber aufgeklärt und das Uebrige könne man dem Wahlscheit selbst vorbehalten, wo, wie er hoffe, ein Ausgleich, wenn nicht im ersten, so doch gewiß im zweiten Wahlgange erzielt werden würde. Damit erklärt sich die ganze Versammlung einverstanden; sie votirt dem Bureau ihren Dank und geht unter Hochrufen auf die Republik auseinander. Auf der Straße wurden Thiers, Victor Hugo und Gambetta von einer zahlreichen Volksmenge wieder mit jubelnden Zurufen empfangen und nach ihren Wagen geleitet.

Thiers hat an de Juvigny folgendes Schreiben gerichtet: Mein Herr! Ich habe die Candidatur für den Senat in Velfort mit dem Charakter angenommen, welchen ihr die Blätter der Gegenpartei geben, indem sie sie als eine „nationale Candidatur“ bezeichneten. Unter diesem Titel wurde sie mir angetragen und aus diesem Grunde gab ich ihr vor allen anderen, die mir angeboten wurden, den Vorzug. Zudem ich daher meine politischen Ansichten, welche der ganzen Welt bekannt sind, aufrecht erhalte, wünsche ich allen Polemisten, zu denen meine Candidatur Anlaß geben könnte, fern zu bleiben. Empfangen Sie u. s. w. Paris, den 23. Jan. 1876. A. Thiers.

Der Herzog Decazes legt gegenwärtig die letzte Hand an einen Auslieferungsvertrag mit der peruanischen Regierung. Es scheint, daß die peruanische Regierung, vertreten durch den Bevollmächtigten de Perron, die Grundlagen der Convention acceptiren will.

Der Erzbischof Dupanloup scheint große Schwierigkeiten zu haben, in Rom mit der projectirten Canonisation der Jungfrau von Orleans durchzubringen. Man fürchtet dort, englische Eifersüchtigkeiten und Erinnerungen könnten dadurch geweckt werden; denn es giebt englische Fanatiker, welche diese Ehre dann gleichfalls für Maria Stuart in Anspruch nehmen möchten. Dupanloup soll, da die Sache stets hingezögert wird, sehr misgelaunt sein.

Die Verhandlungen der Münzconferenz der Staaten Frankreich, Belgien, Italien und Schweiz nehmen den erwarteten Verlauf; principiell Reformen werden vorläufig nicht angestrebt, und man wird sich wie früher mit einer Beschränkung der Silberprägung begnügen. Frankreich empfindet, wie es scheint, die Nachteile der doppelten Währung nicht so merklich, daß es Zuk hätte, sein bisheriges System zu verlassen.

Der Minister des Ackerbaus, Herzog Decazes, welcher zwei Tage in Lesfert-Bidame verbracht hatte, trifft wieder in Paris ein. Dagegen begiebt sich der Justizminister Dufaure heute nach der Charente-Inferieure, wo er als Candidat für den Senat auftritt.

Türkei.

[Verdächtigung der Politik Russlands in der türkischen Frage.] Aus St. Petersburg, 21. Jan., wird der „Polit. Corr.“ geschrieben:

Zwischen der „Kölnischen Zeitung“ und der „Kreuzzeitg.“ hat sich in letzter Zeit eine Polemik darüber entsponnen, ob Russland in der gegenwärtig die politische Welt bewegenden „türkischen Frage“ nicht ein verbotenes Spiel gespielt habe. Von beiden Seiten sind diesbezüglich lebensschaffliche Worte gefallen. Die „Köln. Z.“ rief einen Artikel der „Allgem. Ztg.“ und einen anderen der „Neuen Freien Presse“ zu Hülfe, um für ihre Auffassung zu plaidiren, daß sie „ihren Verstand“ nicht los werden könne, Russland habe immer noch den Hintergedanken, Constantinopel für sich zu erobern. Die „Kreuzzeitg.“ erwiderte, daß es zunächst nicht auf irgend einen Verdacht oder die Meinung Desjenigen, der überhaupt sich eines Verdachts nicht erwehren könne, sondern auf einen Beweis, auf eine Thatlage ankomme, welche, wenn auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit, diesen Verdacht rechtfertige. An solchen Thatlagen fehlt es nun seit der Thronbesteigung Kaiser Alexander's II. sicherlich vollständig; es wäre denn, daß man das ganz gerechtfertigte Verstreben nach Befestigung der erwandigenen „Schwarze-Meer-Clausel“ des Pariser Tractats mit einem auf die Eroberung Constantinopels abzielenden Hintergedanken Russlands in Zusammenhang bringen wollte. Allerdings war dieses Verstreben eine außerordentlich glückliche Benutzung der günstigen Umstände des Augenblicks und wohl keine Macht würde angestanden haben, von gleich günstigen Umständen ebenso Nutzen zu ziehen. Daß aber weder England noch Italien oder Oesterreich der damaligen Action des kühnen Gortschakoff einen anderen Gedanken unterlegt haben, als denjenigen, jener moralisch ebenso niederdrückenden wie der Sache nach praktisch vollkommen unwirksamen Bedingung loszukommen, beweist eben der durchaus friedliche Verlauf der Dinge. Erklärt die „Köln. Ztg.“ doch selbst in ihrem Russlands Absicht verdächtigenden Artikel, daß die Neutralität des Schwarzen Meeres betreffende Bedingung eine „verhältnismäßig unbedeutende, schon längst nur noch auf dem Papier stehende“ gewesen sei, somit also auch kaum zu einer Vertheiligung Constantinopels gegen das erobernde Russland beitragen haben würde.

Wir wissen allerdings nicht, ob die Erwiderung der „N. Freie Ztg.“ auf den Artikel der „Köln. Z.“ aus einer russischen Quelle stammt. Angegeben wird nur von einer über russische Verhältnisse unterrichteten Seite. Möge nun eines oder das andere der Fall sein, so scheint es nicht belanglos zu sein, daß, soweit es sich um die Einwirkung des Dreikaiser-Bündnisses und dessen Einfluß in der türkischen Frage handelt, der Action Deutschlands das besondere Gewicht beilegt wird, ausgleichend auf die als Grenzgebaren der Türkei unmittelbarer interessirten Mächte Oesterreich und Russland zu wirken, und somit eigentlich die Entscheidung in der Hand zu haben. Es ist dies jedenfalls wichtiger, als die Polemik zweier, in ihrer Art einflussreicher Blätter. So wenig englische Zeitungen einen Grund oder auch nur einen Vorwand hatten, die in den Vorschlägen des Grafen Andrassy gipfelnde, durchaus correcte politische Action Oesterreichs in diesem Theile der orientalischen Frage zu verdächtigen und zu befechteln, so wenig hatte auch nach unserer Gefühl und nach unserer Beobachtung die „Köln. Z.“ einen solchen Grund mit

Bezug auf die bis jetzt so gemäßigten, friedlichen und wohlwollenden Politik Russlands. Und doch konnten weder englische Blätter noch das große Rheinische Blatt sich von ihrem Verdacht emancipiren.

General Kaufmann verbleibt in Petersburg. Dessen weitere Verwendung ist noch unbekannt. Zum General-Gouverneur in Turkestan wurde General Kolpakowski ernannt.

Reichstags-Verhandlungen.

39. Sitzung vom 27. Januar.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, Leonhardt, Graf zu Eulenburg u. A.

Auf der Tagesordnung steht zuvörderst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalts-Gesetz für 1876.

Abg. Schröder (Kippstadt): Er und seine politischen Freunde werden auch heute, wie bei der zweiten Lesung, gegen die hier verlangten Summen stimmen. Den hier geforderten Nachtrag für die Weltausstellung in Philadelphia wäre er gern geneigt, selbst in einem noch weit höheren Betrage zu bewilligen, wenn er zu dem Zwecke verlangt worden wäre, ein paar Hundert würdige und tüchtige deutsche Arbeiter auf diese Ausstellung zu senden, um dort in ihren Gewerben Neues zu sehen und Neues zu lernen. Das würde jedenfalls zur Förderung der Industrie und des Kunstgewerbes mehr beitragen, als die möglichst glanzvolle Theilnahme der Fabrikanten, die im Grunde doch nur auf Reklame hinausläufe.

Präsident Delbrück: Die Frage, ob von Seiten des Reiches zur Förderung des Besuchs solcher Ausstellungen durch Arbeiter auf dem Wege der Bewilligung etwas zu geschehen sei, ist schon bei Gelegenheit der Wiener Ausstellung zur Erwägung gekommen; man hat sich aber damals nicht verhehlen können, daß das Reich nicht die geeignete Instanz dafür ist, Entsendung von Arbeitern zu solchen Ausstellungen anzutreten oder in die Hand zu nehmen, und zwar schon aus dem Grunde, weil eine zweckmäßige Auswahl sowohl der Personen wie der Gewerbszweige nur in engeren Kreisen getroffen werden kann. So ist z. B. bei der Wiener Ausstellung das Erscheinen deutscher Arbeiter keineswegs ausgeschlossen gewesen. Es hat sich in Berlin ein hier existirender Verein mit Erfolg dafür bemüht. Ich weiß dies eine zufällige, beweisende aber nicht, daß Berlin keineswegs der einzige Ort ist, von wo aus eine solche Anregung erfolgt ist. Wir haben in diesem Vorgehen den Beweis gefunden, daß die Enthaltung, die wir in dieser Beziehung bei Wien bewiesen haben, eine richtige war, und dies hat uns um so mehr veranlaßt, der Ausstellung in Philadelphia gegenüber ebenso zu verfahren, als gegenüber des Staatsbeitrages für die Wiener Ausstellung, die für die in Philadelphia außerordentlich gering ist.

Abg. Dr. Ebert: Wir müssen durch Bewilligung dieses Beitrags in möglicher Einkünfte zeigen, daß Deutschland seinen Stammesbrüdern in Amerika die Hand reichen will.

Der Gesetzentwurf wird hierauf in dritter Lesung endgültig vom Hause angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich, und zwar diejenigen Paragraphen, die nicht an eine Commission verwiesen worden sind.

§ 128 der Vorlage bestimmt: Die Theilnahme an einer Verbindung, deren Zweck, Verfassung, Zweck oder Wirksamkeit vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Ohere Gehorsam oder gegen bekannte Ohere unbedingter Gehorsam den Mitgliedern zur Pflicht gemacht oder von ihnen versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu bestrafen. Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Aemter auf die Dauer von einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

Die Fassung unterscheidet sich von dem bisherigen Wortlaut nur durch den Zusatz der gesperrten Worte:

Bundescommissar Geh. Rath Kienitz: Der § 128 ist gegen die geheimen Verbindungen gerichtet und will die Intentionen des Strafgesetzbuchs schärfer zum Ausdruck bringen. Man hat die Ueberzeugung gewonnen, daß für die Frage, ob eine Verbindung für eine geheime zu erachten sei, nicht bloß der Zweck allein maßgebend sein dürfe, sondern auch das Mittel zur Erreichung dieses Zweckes, d. h. das Wirken des Vereins. Daher wird Ihnen vorgeschlagen, die Worte „oder Wirksamkeit“ dem bisherigen § 128 hinzuzufügen. Ebenso wendet sich der Paragraph gegen diejenigen Vereine, deren aliauftrags Disciplin dem Gemeinwesen gefährlich werden kann; auch hier ist in dem vorgeschlagenen Paragraphen der Intention des bisherigen ein schärferer und klarer Ausdruck gegeben worden.

Der § 128 wird hierauf gegen wenige Stimmen der Conservativen vom Hause abgelehnt.

§ 130 der Vorlage lautet: Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Classen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufreizt oder wer in gleicher Weise die Intimität der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängnis bestraft.

(In der bisherigen Fassung lautet der Paragraph: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Classen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft“.)

Die Abgg. v. Seydewitz, Febr. v. Malgahn-Galt und Baron v. Winnigerode beantragen folgende Fassung: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise öffentlich durch Rede oder Schrift angreift oder wer in gleicher Weise verschiedene Classen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen einander öffentlich aufreizt, wird mit Gefängnis bestraft.“

Hierzu stellt Abg. Krüger (Hadersleben) das Unteramendement, hinter die Worte: „oder des Eigenthums“ einzuschalten: „oder die Heiligkeit der Staatsverträge.“

Abg. v. Puttkamer (Sensburg): Unser Antrag ist durchaus auf dem Boden der Regierungsvorlage, und die Abänderung ist wesentlich nur eine redactionelle. Gegenüber der unbestreitbaren Thatlage, daß gegenwärtig in socialdemokratischen Vereinen öffentlich die Ehe bekämpft wird als eine unnatürliche Beschränkung der freien Liebe und das Eigenthum als ein verräthliches Ueberbleibsel mittelalterlicher Zustände erklärt wird, glauben wir es mit unserer Verantwortung nicht für vereinbar zu halten, wenn wir es der Regierung durch Ablehnung dieses Paragraphen unmöglich machen, gegen solche Angriffe auf die Fundamenteinrichtungen unseres Staates wirksam einzuschreiten.

Bundesbevollmächtigter Graf zu Eulenburg: Der vorliegende Paragraph richtet sich gegen die Socialdemokratie. Was diese will, welche Bestrebungen und welche Erfolge sie hat, will ich kurz auseinandersetzen und zwar an dieser Stelle, weil ich befürchte, daß so viel von diesem Thema gesprochen und darüber geschrieben wird, doch verhältnismäßig Wenige sich ein richtiges Bild von den bestehenden Zuständen machen, und werde Sie zum Schluß bitten, dem Staate die Waffen zu geben, welche er gegen diese feindliche Zersetzungsgefahr braucht. Was zu dem vorigen Jahre bestanden zwei socialistische Verbände, in Norddeutschland der allgemeine deutsche Arbeiterverein, 1863 von Lassalle gegründet, eine Zeilung von Herrn Schweitzer, später von Halencler präsidirt, in Süddeutschland der demokratische Arbeiterverein. Sehr weit auseinander in ihren Anschauungen und Strömungen sind sie nicht gegangen, allein der erstere Verein betonte mehr die nationale Zusammengehörigkeit der Arbeiter, der letztere hatte mehr einen internationalen Charakter. Zum Zwecke einer Vereinigung und der Ausgleichung persönlicher Differenzen zwischen den Leitern beider

Vereine wurde im vorigen Jahre im Mai in Gotha ein Congress abgehalten, auf dem die Vereinigung unter dem Namen „socialdemokratische Arbeiterpartei“ stattfand. Als Präsident wurde damals Herr Jansen erwählt. Das ist der augenblickliche Stand; ganz fest steht das Gebäude nicht, weil im August vorigen Jahres in Hamburg der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein separat sich aufgethan hat. Ob er stark genug sein wird, eine geforderte Stellung einzunehmen, weiß ich nicht. Diese socialistische Arbeiterpartei Deutschlands erließ das damals bekannt gewordene Programm. (Redner verliest dasselbe.) Das Programm ist an sich ziemlich bezeichnend, aber, meine Herren, keiner, der staatsfeindliche Tendenzen verfolgt, wird in seinem Programm ausdrücken, was er will, sondern er wird in seinen Ausdrücken nur so weit gehen, als das Strafgesetz eben gestattet; zweitens aber wird er allen denjenigen gegenüber, die er zu seinen Anhängern machen will, niemals von vornherein mit seinen letzten Gedanken heraustrücken, sondern er wird sie nach und nach in sein Netz zu fassen suchen und erst dann ihnen zeigen, was er im Ganzen will. In diesem Sinne ist es sehr von Bedeutung, daß die Socialdemokratie weit davon entfernt sei, zu predigen: Auf unserem politischen Boden ist unser Ziel die rote Republik, auf dem Boden des socialen Lebens ist unser Endziel der Communismus, auf dem Boden der Religion ist unser Endziel der Atheismus. (Sehr wahr!) Ohne das von vornherein zu sagen, zieht sie nach und nach ihre Anhänger heran und hinein, so daß sie unbewußt in diese Konsequenzen kommen. Der erste Schritt ist, die Unzufriedenheit, wo sie vorhanden ist, zu schüren, wo sie nicht vorhanden ist, zu erregen. Es ist ja in der Gesellschaft ein gewisses Mißbehagen, das fühlen wir alle, und wir fühlen gewiß auch das Mißbehagen der arbeitenden Classe mit. Da heißt es nun, und das lese ich in mehreren angesehenen Blättern: Wie kann man sich darüber beklagen, daß die arbeitenden Classen sich Luft machen? ist es nicht sehr gut, wenn man sie beruhigt, ihnen die Wege zeigt, auf denen sie zur Verbesserung ihrer Lage gelangen können? wie kann man solchen Bewegungen mit Strafgesetzen entgegenzutreten wollen als mit ganz unwirksamen oder vielleicht absolut schädlichen Mitteln? Diese Bewegung muß in sich selbst untergehen, und sie wird es, wenn man vernünftigen Zuspruch, vernünftigen Lehren Raum läßt. Meine Herren, es wird Ihnen unbekannt sein — es kommt nicht in die Zeitungen — welcher Art in den socialistischen Vereinen gelehrt wird: zuerst noch eine Parole der Agitation, nur Unzufriedenheit erregen und dann zur Seilung derselben als Weg, auf bessere Bahnen zu kommen, dummes Geschwätz, Phrasen, aber aller Orten und vor allen Dingen Classenhas. Die Agitatoren belehren nicht, sie machen nur auf die augenblicklichen Zustände, die Unannehmlichkeiten aufmerksam, sie rufen Verwünschungen hervor, wo sie bisher nicht waren, sie ziehen nach und nach einzelne Classen der Bevölkerung, die bisher für dergleichen Lehren noch nicht empfänglich waren, heran. Sie fangen an mit dem Tagelöhner, sie gehen hinauf zum höheren Arbeiter, sie wenden sich an den entlassenen Soldaten, an die niedrige besoldeten Beamtenclasse, Alles wird bearbeitet, um ihnen darzustellen, in welcher unerträglichen Lage sie wirken und wie mit ihren Menschenrechten gespielt wird. Ein socialistischer Führer sagt: Den französischen und englischen Arbeiter muß man lehren, wie er in der traurigen Lage sich helfen soll, auch muß man beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. Diesen Beweis täglich vor jeder Versammlung zu führen, ist zunächst die Aufgabe der socialdemokratischen Agitatoren, Unzufriedenheit erzeugen dadurch, daß man ihnen beweist, was ihnen fehlt und sie zugleich an Bedürfnisse gewöhnt, die sie nicht befriedigen können. Wer diese Classe der Bevölkerung beobachtet hat, muß sich sagen, daß die Bedürfnisse, welche sie befriedigen wollen, über das hinausgehen, was sie unter normalen Verhältnissen befriedigen können. Dadurch, daß man ihnen auf der einen Seite sagt: Du hast das nöthig, und auf der anderen Seite sagt: Das kannst Du nicht bekommen, wächst der Unmuth, die Unzufriedenheit, die Lust, sich von den Fesseln los zu machen. Ich erlaube mir, aus dem „Neuen Socialdemokrat“, Jahrgang 1875, folgende Stelle zu verlesen: „Proletariat, wollest Du Proletariat bleiben? Männer der Arbeit, die Sonne scheint überall. Seht die Felder an, das ist Euer Schweiss, Ihr habt es durchgeführt, mit kräftigem Arm habt Ihr das Feld gedroht, Ihr habt die Saat gesäet, Ihr schwingt die Sense, Ihr speichert die Früchte auf, das jedes Herz frohlockt bei den köstlichen Spenden der allbegnadeten Natur, ja das ist die Frucht Eurer Arbeit und Eures Schweisses. Doch ist es Euer? Sprecht, Männer der Arbeit, für wen habt Ihr gearbeitet, für wen geküßt, gesäet, geerntet, gedroht, in die Scheuern getragen? Für den Gutsbesitzer. Sein eigen ist das Land, sein ist das Korn, sein ist Alles; auch Eure Kraft, die Eures Weibes, Eures Sohnes, Eurer Tochter ist sein eigen, an ihn verkauft Ihr sie für den Lohn, thut Ihr es nicht, so müßt Ihr verhungern.“

Die Unzufriedenheit bewirkt nicht nur, daß die Arbeiterclassen als nothleidend angesehen werden, sondern daß auch die anderen Classen als diejenigen geschildert werden, welche diese Noth veranlassen. Redner verliest einen die „Canaille“ überschriebenen Leitartikel des „Neuen Socialdemokrat“, der mit den Worten beginnt: Das Volk ist eine Canaille, so lange die Bourgeoisgesellschaft dauert, und einen zweiten Artikel desselben Blattes, in dem der Classenkampf als ein gewaltig zerstörendes, aber als ein nicht zu beseitigendes Uebel erklärt wird, denn „Verböhnung ist Verböhnung der Arbeiter“, und fährt fort: Darüber brauche ich kein Wort zu verlieren, welche enorme Gefahr in diesen Grundfragen liegt, sobald die Partei in die Lage kommen sollte, dieselben wirklich anzuwenden zu können. Die letzte Intention der Führer ist: Durchsetzen mit Gewalt. Sie nehmen sich in Acht, es auszusprechen, im Gegentheil sie stellen es in Abrede. Ich frage Sie, wie sollte eine solche Theorie in einem deutschen Staate überhaupt durchgeführt werden? Ist jemals daran zu denken, daß die Socialisten darauf, was sie als besser bezeichnet haben, nun freiwillig verzichten werden, oder daß die Andern sagen werden: Ich will mich herabdrücken, um eine Gleichheit mit der anderen Bevölkerung herbeizuführen? Wenn es nicht der Fall ist, so kann es nur auf verfassungsmäßigem Wege erreicht werden, d. h. mit anderen Worten, die Socialdemokraten müßten in den gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands und Preußens die Majorität erlangen. Ich glaube nicht, daß es dahin kommen wird. Sie machen nicht den Versuch, im Parlament die Majorität zu gewinnen, sondern sehen darin nur ein erhöhtes Votum, um besser zum Volke herab sprechen zu können. Der „Volkstaat“ sagt darüber: Die socialdemokratische Partei ist eine revolutionäre, sie auf den Boden des Parlamentarismus stellen, heißt sie vernichten. Die Reichstagswahlen haben für uns nur einen agitatorischen Zweck. Wenn auf diese Weise also weder durch freiwilligen Verzicht, noch in den gesetzgebenden Körpern etwas erreicht werden soll, was wird dann die Lösung sein? Der „Volkstaat“ sagt, thut, was Ihr Lust habt, aber Gines laßt Euch gesagt sein, um die Revolution kommt Ihr nicht herum. Die Socialisten sind jeder Religion feind, die überhaupt an eine Gottheit glaubt; sie sagen selbst: Christenthum und Socialismus sind wie Wasser und Feuer. Nun behauptet man, durch die Maßregeln im vorigen Jahre habe die Bewegung bedeutend nachgelassen. Die Maßregeln bestanden in strenger Anwendung des Vereinsgesetzes, indem der Verein, welche mit andern in Verbindung stand, vorläufig geschlossen wurde; diese Schließungen sind von den Gerichten bestätigt worden. Dadurch, daß man die einzelnen Agitatoren zur Rechenschaft zieht, verschwinden sie wohl für einige Zeit vom Schauplatz durch Abkündigung von Strafen, allein von einem längeren Nachlassen oder Aufhören der Agitationen kann gar keine Rede sein. Ein socialdemokratisches Blatt sagt selbst: „Die aufgewärmte heilige Allianz der Monarchen wird in den Staub sinken vor dem Wunde der Wölfe.“ Zum Zwecke einer kräftigeren Agitation hat man die Gewerkschaften gegründet, die von einem durch und durch socialistischen Geiste durchdrungen sind. — Dieses ganze Bild hat in mir die feste Überzeugung begründet, daß wir es mit einem Todfeinde des Staates zu thun haben und speciell unseres Staates. In dieser Überzeugung bin ich bekräftigt worden durch die Berichte der Staatsanwälte, welche

die Leute von Angesicht zu Angesicht gesehen haben und übereinstimmend der Ansicht sind, daß die Gefahr für den Staat wie ein Krebsgeschwür fortkriecht. So stark fühlen wir uns freilich, daß wir mit diesem Feinde noch fertig werden, aber — auf welchem Felde? Wenn es nur offenen Schlacht kommt, werden wir die Oberhand behalten, aber diesen Kampf möchte ich verpöhlen. Die Regierung verlangt von Ihnen Waffen, die es unnöthig machen, mit der Zeit die blanke Waffe zu gebrauchen. Sind Sie in der Majorität meiner Meinung nicht, dann werden wir vor der Hand nichts weiter thun können, als uns mit dem schwachen Gesetzesparagraphen zu behelfen bis die Klinte schief und der Säbel haut. Wollen Sie das, so verweigern Sie die Waffen, die wir jetzt von Ihnen verlangen. (Beifall rechts.)

Abg. Haffelmann: Hätte der Vorredner seine Rede vor einer Volksversammlung gehalten, er hätte gegen den § 130 verstoßen, denn nach einem Obertribunalbeschlusse wird jede größere Anzahl von Personen, z. B. die socialdemokratische oder nationalliberale Partei, als eine Classe des Staates angesehen, und einer solchen Classe sind hier alle möglichen bösen Absichten untergeschoben worden. Im Gegentheil dazu beweisen gerade die Motive zu der Vorlage selbst, daß die Socialisten die Gesetze ausgezeichnet zu beobachten wissen, denn es heißt ausdrücklich, es hätte in den meisten gegen sie angehängten Proceßsitten ihnen auf Grund der jetzigen Fassung des § 130 ein Verstoß gegen die Gesetze nicht nachgewiesen werden können. Weil die Socialisten sich den Gesetzen gefügt haben: so sagt man, wenn man sie auf diese Weise nicht fassen kann, so muß man es auf andere Weise thun, man muß das Strafgesetz ändern. Nun, wir werden auch unter andern Gesetzen verstehen, unsere Agitation fortzusetzen, wir werden über solche Knüttel nicht fallen. Die Vorstufe, aus welcher die Citate verlesen wurden — vielleicht ist es eine solche, wie die Stieber'sche, welche nur in Beamtenkreisen verbreitet wird — erinnert lebhaft an die Ammenmärchen, welche den socialdemokratischen Agitatoren auf Schritt und Tritt von Unkundigen entgegengehalten werden. Die Ehe ist die Fessel der freien Liebe, die allgemeine Theilung des Vermögens u. s. w. seien Grundzüge der Socialisten. Alle diese curiösen Auffassungen tragen zu einem Haß gegen die Socialdemokratie bei, der sich oft geradezu bis zum Witz steigert. — Der allgemeine deutsche Arbeiterverein ist stets ganz ebenso kosmopolitisch gesinnt gewesen, wie alle Socialdemokraten, der Grund der Trennung vom demokratischen Arbeiterverein war eine abweichende Ansicht über die Organisation. Der hinter dem Staatsanwalt Leffendörff stehenden preussischen Regierung muß ich hier öffentlich meinen Dank dafür aussprechen, daß die bekannten Aufstellungen der Vereine so viel zu der Vereinigung in Gotha beigetragen haben. Uebrigens wurde dort gar kein Präsident gewählt; das hätten doch die Polizisten, die sogar durch einen Stenographen verstärkt waren, wissen sollen. — Alle die aufgezählten „Bearbeiteten“ werden nicht der Ansicht sein, daß sie nur zum Darben und Dullen da seien gegenüber dem „schmutzigen Gräbergewinn“, wie sich nicht ein Socialist, sondern ein Nationalliberaler ausdrückt: wir haben das Recht und die Pflicht zu fordern, daß die Arbeiter nicht dazu verdammt sind, von dem ihnen heutzutage gebotenen lässlichen Tagelohn zu leben, während alles Uebrige in die Tasche der Grundbesitzer und Fabrikanten fließt, sondern daß der Arbeiter, was er schafft, erarbeitet. Wir wollen nicht uns gewaltthätig das Eigentum Anderer aneignen, sondern vernünftige sociale Zustände schaffen, wir kämpfen nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen die Ungerechtigkeit der Gesellschaft. Identifizieren Sie damit den Staat, dann nehmen Sie den § 130 an und erklären Sie damit, daß es kein natürliches Recht giebt, daß Gewalt vor Recht geht, dann lassen Sie die Kanonen aufhören und sehen Sie zu, wie lange Sie sich auf die Bayonette stützen können. Wir wollen, daß an Stelle der fortwährenden Kriegen Gesellschaftsformen treten, die auf productiver Association beruhen; das geht aber nicht anders, als wenn die Fabriken, Instrumente u. s. w. Gemeingut der Genossenschaften sind. Die Idee der Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich entspringt ja vollständig aus dem socialdemokratischen Grundgedanken des Staatseigentums; man wird sich dem nicht entziehen können, daß bei dem Grund und Boden durchzuführen und schließlich wird man auch die Fabrikation nicht ausschließen können. Mit Camp-hausen-Athenbach'schen Recepten in Bezug auf die Lohnherabsetzung, ohne die der Classenhas vielleicht nicht so wachsen würde, schafft man das sociale Uebel nicht aus der Welt. Geschähe dies, dann brauchte man keinen § 130, um den Kanonen vorzubeugen. Das Recht an dem Ertrag der Arbeit, die Arbeiterfrage u. s. w. sollen nicht mehr discutirt werden, der § 130 soll alle diese Fragen tot machen, die Immoralität des Eigentums — an der Börse giebt es ja keine Moral — soll den Socialdemokraten gegenüber vertheidigt werden; die Grundrechte der Gesellschaft würden fortan der Wucher und der Schwinbel sein. Gerade wir wollen die Scheine und die gesetzlich sanctionirte Prostitution, aber welche man heute den Mantel der Liebe deckt, beseitigen. Hamburg und Leipzig legen sich über die bestehenden Gesetze in dieser Beziehung hinweg und in Berlin ist es so weit gekommen, daß die Wucher von Ball-locales, Stätten einer feineren Prostitution, über den Polizeipräsidenten hinweg, der sie beschränken wollte, an eine höhere Stelle petitioniren wollten und als Vorträger den Befehl eines großen derartigen Locals wählten, weil sie glaubten, derselbe hätte nach oben die besten Connerionen. Doch wir dies geißeln, paßt denen nicht, die nicht mit Steinen werfen, weil sie selbst in einem Glashause wohnen und uns als reisende, die Taschen füllende Agitatoren, in der einen Sand einen Knüttel, in der andern eine Petroleumflasche darstellen. Die rote Republik, den Communismus und den Atheismus als unser geheimes Programm hinstellen, dieses Kunststück kann nur ein Polizei-Agent oder ein Herr von der Reptilienpresse fertig bekommen haben; vielleicht ist es Herr Wraß gewesen. Wenn man einerseits den Atheismus verfolgt, und andererseits Maßregeln giebt, so wird man sich bald statt auf der goldenen Mittelstraße auf einer Scheide befinden. Lasse man doch jeden nach seiner Façon selig werden, wie Friedrich II., selbst Atheist, gesagt hat. Alles Mögliche dichtet man uns an und häufig sind mir schon Emissäre, die in von der Polizei fabricirten Verwörrungen thätig sind, in den Weg gelaufen; ich habe sie aber immer nach Hause geschickt. Wir süßen das Unheil in der heutigen Gesellschaft nicht, wie der Minister sagte, sondern wir bringen es nur dem Volk zum Bewußtsein und kein Strafgesetzparagraph wird uns hindern, das auch in Zukunft zu thun. Wenn der Minister von den Beamten und Lehrern sprach, auf die die socialistischen Ansichten einen verberberlichen Einfluß haben, so spiegelt sich darin recht deutlich nicht nur die Furcht aus, sondern auch eine indirecte Anerkennung der Wahrheit dieser Ansichten. Es ist diese Furcht und indirecte Anerkennung für uns sehr schmerzhaft und wir acceptieren das Compliment bestens. Die Worte, die der Minister uns vortrug, die englischen Arbeiter suchten ihre unglückliche Lage zu verbessern, den deutschen müsse man erst beweisen, daß sie unglücklich seien, sind vor 13 Jahren von Lassalle ausgesprochen worden. Damals war er gerechtfertigt, heute ist er es nicht mehr. Wenn der Minister heute hier von dem Auf-fahrenlassen von Kanonen sprach, so ist dieser Wind mit der Krupp'schen Kanone offenbar eine ganz directe und viel größere Aufreizung der arbeitenden Classen, als sie jemals von einem socialdemokratischen Agitator in einer Volksversammlung vorgebracht wurde. Mögen Sie nun diesen § 130 annehmen oder nicht, wir werden mit derselben Energie wie bisher für die Ausbreitung der socialistischen Gedanken wirken und kämpfen.

Abg. Lasker: Der Herr Minister hat allerdings durch seine Ausführungen dem letzten Redner die breite Grundlage verschafft, auf der er sich bewegt hat: diesen zwei Reden aber noch eine dritte hinzuzufügen, halte ich nicht für nöthig, da hierdurch doch nur schon oft hier im Hause Gehörtes wiederholt werden könnte. Wenn indeß ein Vertreter der Regierung zur großen Mehrheit, ich möchte fast sagen zur Gesamtheit der Vertreter des Volkes, diesen Paragraphen damit motivirt, daß sie in demselben eine Waffe sehe, welche ihr das Kämpfen mit tödtlichen Waffen überläßt, so ist doch wohl Grund vorhanden, eine Antwort darauf zu geben. Es genügt nicht

nur eine Abweisung dieses Antrages, welche nach den Vor-trägen hier im Hause wahrscheinlich ist, sondern man muß auch die Gründe angeben, warum dies geschieht, denn wenn man in der That die Wahl hätte, entweder mit diesem Paragraphen oder Bataillonen von Soldaten auszumarschiren, so würde wahrscheinlich mindestens neun Zehntel des Hauses die mildere Form dieses Paragraphen wählen. Wir stehen hier am Anfang der Frage: Bedarf es bei der freien Presse noch der körperlichen Gewalt, oder hat dieselbe in sich selbst die Kraft, das Wahre zum Durchbruch zu bringen und das Schlechte zurückzudrängen? Ist man der letzteren Ansicht nicht, so dürfte man überhaupt nicht die freie Presse zulassen. Ist sie aber einmal zugelassen, so ist es Sache des Strafgesetzbuchs, diejenige Grenze zu ziehen, wo die allgemein gedachte Gefährlichkeit aufhört und die wirkliche Gefahr für den Einzelnen hervortritt, daß er an seiner Person, seinem Eigentum u. s. w. gefährdet werde. So sollte die „Anreizung zur Gewaltthätigkeit“ die scharfe Grenze ziehen im Gegenlag zu der bloßen subjectiven Anreizung, die durch die Behandlung von Preßgegenständen entstehen kann. Will aber der Herr Minister zu den früheren Dingen hierin zurückkehren, so war heute in der That nicht nöthig, gerade jene Stellen aus socialdemokratischen Blättern hier anzuführen, denn man findet in den Blättern der andern Parteien gerade so starke Ausdrücke gegen Einrichtungen der Gesellschaft, als die hier angeführten. Meine Herren! So habe ich Ausführungen gelesen, dahin lautend, daß der ganze Staat und insbesondere die liberale Richtung des Reichstags nur dazu gemacht sei, um den Börsenschwindel zu verhindern; solche Aeußerungen habe ich in mehreren innerhalb der Parteien gedruckten Zeitungen in ganz neuerer Zeit gefunden; ja in Blättern der Agrarpartei, deren äußerstes Ende bis an die „Neue Preussische Zeitung“ herankommt, wird man Stellen finden, gegen welche die vom Minister vorgelesenen Stellen ein Kinderspiel an Anreizung sind. Es sind mir solche Blätter erst vor wenigen Tagen zugehant worden, die „Germania“, die „Deutsche Landeszeitung“ u. s. w., Blätter, die ich wirklich nicht aufsuche, wenn sie mir nicht aufgebracht werden. (Seitert.) In dem richtigen Gefühl, m. H., daß die Grenze hier nicht gefunden werden kann, wo das Anreizen anfängt, hat auch die conservative Partei ausdrücklich erklärt, daß sie gegen diesen Theil stimmen werde, und es besteht hierin Einheit beinahe des ganzen Hauses und nur vereinzelte Mitglieder werden wohl aus besonderen Gründen für diesen Punkt stimmen. Hiernach scheint es mir, daß alleseitig Klarheit darüber herrscht, daß das Mittel, das man vorschlägt, nicht so wirksam sein wird, wie man erwartet. Wir selbst erleben ja hier, daß durch eine richtige und freimüthige Behandlung der Presse und eine freimüthige Verpöschung viel mehr Gutes als Nachtheiliges erreicht wird. So pflegte, als die socialdemokratischen Redner für uns etwas Neues waren, ein Stillschweigen einzutreten, sobald einer jener Redner die Tribüne bestieg, und selbst der Reichstagsler hatte nie aufmerksamer Zuhörer, als jeder dieser Redner. Nachdem wir nun diese Reden ihrem Inhalt nach schon viele Male gehört haben, haben wir heute gesehen, wie Privatunterhaltungen gepflogen werden, während die schon so oft gehörten Dinge vorgetragen wurden. Und so ist es auch außerhalb dieses Hauses. Man weiß, wo freie Presse herrscht, daß der Werth der Aeußerungen nur nach ihrem wirklichen Inhalt bemessen wird. Denn, wahrlich, wenn wir nicht das glauben, daß in der Discussion der wahre Inhalt der durchgedachte Gedanke nimmer im Vortheil ist gegen bloße Phrasen, so würden wir uns nicht für die freie Presse erklärt haben. Wir fordern deshalb Alle auf, sofern sie nicht nur zu Gewaltthatigkeiten aufreizen, alle ihre Ansichten zu entwickeln, die sie zu entwickeln im Stande sind. Der Kern der Wahrheit darin wird sich dann schon Bahn brechen. Das aber, was sich nicht als wahr erweist, wenn es auch von den Einzelnen vielleicht für richtig gehalten wird, das wird eben selber den Kürzeren ziehen. M. H.: Sind denn die Socialdemokraten wirklich jetzt so besonders gefährlich, liegt denn jetzt plötzlich eine Bewegung vor, wie von der andern Seite gelehrt wird, die man früher nicht gekannt hat? Wer die Geschichte studirt hat, weiß, daß seit Jahrtausenden über das, was die Leute jetzt ver-ländeln, asiatische und europäische Völkerkämpfe überall von Zeit zu Zeit gemäß der nach Art der menschlichen Natur sich anammeinden Unzufriedenheit, in Lehre und auch sogar in That sich geäußert haben. Wir sind sogar jetzt in dem Vortheil, daß die Aussprüche, die zur Gewalt ihre Zuflucht nehmen, gegen den Staat nicht mehr so häufig vorkommen, oder doch schneller zurückgewiesen werden, so daß uns also diese allgemeine Furcht nicht mehr beherzigt. Ich rufe also die Herren hier zu Zeugen an, daß diejenigen, die vor Jahren noch gemeint haben, die socialdemokratische Bewegung sei von unmittelbarer Gefahr für Deutschland, heute hierüber viel geringer denken. (Theilweiser Widerspruch.) Es regt nicht mehr so viel auf, denn das Ding hat den Charakter der Neuheit verloren. Wenn es menschlicher Weisheit möglich gewesen wäre, wie von jenen angestrebt wird, die Unzufriedenheit der Menschen durch Gesetze oder auch sonst zu entfernen und eine Ordnung aufzustellen, in der die Gleichheit herrschen soll, mit hier angestrebt wird, so zweifle ich nicht, daß dies längst vollbracht worden wäre, denn, daß diese Ansichten jeder Zeit bekannt waren und bei den Unglücklichen immer mit Recht Anklang gefunden haben, das wird Niemand leugnen, der die weltliche und die heilige Geschichte kennt. Aber der inneren Natur nach ist der Mensch darauf angewiesen, daß er von der ursprünglichen Ungleichheit der menschlichen Gesellschaft nach und nach sich herausbildet und immer mehr derjenigen Gleichheit entgegenstrebt, welcher jeder ideale Mensch vor Augen hat. Diese Bewegung werden wir nicht zurückhalten und sie wird nicht gefördert werden können durch willkürliche Agitationen, sondern durch die Verbesserung der Menschen vom Haupt bis zum Herzen, eine Bewegung, von der ich glücklich sein würde, wenn ich nur die Sicherheit hätte, daß sie auch nur in absehbaren Jahrhunderten zum Abschlusse kommen würde, die aber, wie ich aus der Geschichte überzeuge bin, zu jeder Zeit ihre Fortschritte macht und das Loos der Menschheit verbessert. Ich weise den Gedanken ganz zurück, der im Namen der Religion oder der Philosophie eine gesellschaftliche Ordnung predigt, wonach bestimmte Menschen immer verurtheilt sein müßten, ein unglückliches Leben zu führen, andere dagegen sich behändig eines glücklichen Lebens erfreuen können. Der menschliche Fortschritt besteht, denke ich, gerade darin, daß der Kreis der Menschen, welche sich in den Gütergenuss des Lebens theilen, sich fort und fort erweitert. Das wird freilich nur durch ernste Arbeit erreicht, nicht durch leicht entworfene Reden oder dadurch, daß man den Menschen nur zeigt, wie unglücklich sie sind. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, die Menschen darauf hinzuweisen, welcher Genusse man fähig ist, wenn man die weltlichen Dinge nicht ganz äußerlich und lediglich von dem oberflächlichsten Genußstandpunkt ausfaßt. Darum eben verlangen wir freie Discussion. Jeder komme her und schütte sein Herz aus, die Klagen sollen offen gesagt werden, sonst können wir sie nicht widerlegen. Verdienen die Zustände nicht fortzubestehen, so sind wir im Stande, durch die Macht der Logik zu zeigen, daß wir trotz des besten Willens nicht helfen können und dann besteht keine Gefahr für die Gesellschaft; soll etwas Anderes an die Stelle der unhaltbaren Zustände gesetzt werden, so soll Jeder im Volke an seinem Theile mitwirken, und dazu bedürfen wir wiederum der freien Discussion. Offenlich kommen wir auf diesem Wege noch dahin, daß die Herren von der socialdemokratischen Partei sich überzeugen, daß sie Besseres leisten, wenn sie ernstlich dazu mitwirken, auch nur den kleinsten Fortschritt herbeizuführen, als wenn sie mit Worten ungeheure Fortschritte versprechen und wirkliche Fortschritte verhindern. (Sehr gut!) — Glaubt denn die Regierung durch den vorliegenden Paragraphen wirklich die freie Bewegung einzudämmen, welche wir bei uns eingeleitet haben, durch die Freiheit der Presse, das Versammlungsrecht und namentlich das allgemeine gleiche Wahlrecht? Gerade deshalb war mir dieses von der conservativen Seite entgegengebrachte gleiche Wahlrecht sympathisch, weil wir damit die Verpflichtung übernehmen, durch Erziehung und gemeinsame Discussion alle Bürger zu der Stufe zu erheben, auf welcher sie im Stande sind, die ihnen in die Hand gegebenen Waffen des Geistes, das Stimmrecht, auch ohne Schaden für die Gesellschaft zu gebrauchen. We-

Schränken Sie diese gemeinsame Discussion, so haben Sie die Gefahr nicht vermindert, sondern erheblich vergrößert. Das einstimmige Votum des Hauses gegen die vorliegende Bestimmung wird den Beweis liefern, daß wir die Alternative: Annahme des Paragraphen oder Möglichkeit des Bürgerkrieges nicht als richtig anerkennen; denn sicher würde das Haus sonst nicht eine Bestimmung zurückweisen, die mit einer solchen Wundertat begabt ist, wie der Herr Minister uns geschildert hat. Es bleibt nur noch der zweite Theil. Die Institute der Ehe, des Eigentums und der Familie sollen nicht angegriffen werden dürfen. Es ist nicht richtig, daß ich — wie der Abg. v. Puttkamer meint — nur die wissenschaftliche Erörterung dieser Frage hätte ausnehmen wollen, sondern ich habe das juristische Mittel aufgegeben, eine Schrift zu entwerfen, in der das Eigentum an sich, die Familie an sich, die Ehe an sich angegriffen wird. Alles, was vorgelesen werden kann, hat nicht entfernt diese Bedeutung, selbst der Monismus ist kein Angriff auf die Familie, und beim Eigentum ist es ganz außer Zweifel, daß wir fortwährend in der Discussion begriffen sind, welches Institut des Eigentums am besten sei. Fällt der Versuch, der in England gemacht wird, dem Eigentümer einen Theil seines Grundbesitzes zu Gunsten des Pächters zu entziehen, unter den § 130? Antworten Sie „Ja“, so haben Sie in der That die freie Discussion jedes wirtschaftlichen Fortschritts abgeschafft. Antworten Sie aber „Nein“, dann weiß ich nicht, was dieser Paragraph bedeuten soll. Wenn mit so leichten Waffen die Socialdemokratie niederzuhalten ist, dann braucht kein Mensch Furcht vor ihr zu haben. Wir haben erklärt, wir wünschen nicht, bei den Angelegenheiten der Presse auf jene Unbestimmtheiten zurückzukommen, die das Eigentümliche haben, daß sie ein weites Netz ausspannen, um gewisse grobe Körper aufzufangen, die feinen aber durchzulassen. Würden wir diesen Paragraphen wirklich für eine Rathelingswaffe gegen Umsturzpläne der Gesellschaft gehalten haben, so hätten wir ihn wahrscheinlich fast einstimmig angenommen. So aber können wir eine solche Strafbestimmung nicht annehmen, weil sie keine Wirkung haben und nicht von juristisch wirksamem Inhalte sein würde. (Lebhafter Beifall.)

Bundesbevollmächtigter Graf zu Eulenburg: Ich muß mich gegen den idealistischen Standpunkt wenden, den der Redner einnahm in Bezug auf die Wirkung der freien Discussion in Presse und Vereinen auch bei der socialistischen Bewegung. Wie können Sie denn die Wirkung überhaupt nur gleichstellen wollen, die ausgeübt wird, wenn Herr Hasselmann hier auf dieser Tribüne, oder wenn er in einer Volksversammlung, etwa auf Anzoli, eine zwei Stunden lange Rede hält. Dort geht die Masse, die überhaupt schwer einem Gedankengange zu folgen im Stande ist, mit dem erregten Gefühl und der Ueberzeugung fort, ich habe jetzt meinen Evangelien gehört und ich lasse mich todtschlagen für das, was der Mann auszusagen beabsichtigt hat. Von einem Urtheile ist da gar nicht die Rede, es wird blindlings gefolgt, es mag gesagt werden was will. Und die Presse dieser Herren, die socialistischen Zeitungen und Schriften und Gebichte, die werden alle wirklich in das Haus, in die Familie, an den Tisch des Arbeiters hineingebracht und nur solche Blätter und Schriften und keine anderen. Der Drohkentner muß am Tage seinen „Socialdemokrat“ lesen und der Arbeiter, wenn er Abends nach Hause kommt, muß zuerst rufen: wo ist mein „Socialdemokrat“ oder mein „Volksstaat“, damit ich weiß, wie ich mich bei meiner Arbeit zu verhalten habe. Es wird in all diesen Kreisen und Schichten eben nur dies eine socialistische Blatt gelesen und darauf wird geschworen.

Abg. Reichensperger (Crefeld): Die Mittheilungen des Ministers haben allerdings auf mich einen Eindruck gemacht und derselbe wäre ein noch stärkerer gewesen, wenn ich nicht schon früher hier im Hause und außerhalb desselben Ähnliches, ja noch Stärkeres, z. B. die offene Verherrlichung der Pariser Commune hätte hören müssen. Ich vertheile mich den Gefahren, welche die Verbreitung derartiger Aeußerungen in sich schließt, keineswegs und stehe auch dem Standpunkte des Ministers Grafen Eulenburg gar nicht so fern, dennoch aber kann ich mich mit dem Paragraphen, wie er hier vorgeschlagen worden, nicht einverstanden erklären. Ich weiß, daß meine Opposition für mich nicht ganz so ungefährlich ist, wie für den Abgeordneten Kaster, denn die Fabel von dem Vandalismus der rothen und schwarzen Internationalen ist ja bekannt. Indessen durch längeren Aufenthalt in Parlamenten gewinnt man nach und nach eine außerordentlich dicke Haut und gewöhnt sich an derartige Beschuldigungen, die mich wenigstens nicht abhalten, zu stimmen, wie es mein Gewissen vorschreibt. In Bezug auf die Harmlosigkeit der hier gegenständlichen Preßproducte stimme ich mit dem Abg. Kaster nicht ganz überein, ich bin aber der Meinung, daß wir ihnen mit diesem Paragraphen nicht beikommen können; daß wir, um einen Erfolg zu erzielen, die Censur wieder herstellen müssen, und daß auch diese auf die Dauer nicht nachhaltig wirken würde. Mit diesem Paragraphen aber würden wir nur einen neuen beßeren Zustand in unser Strafgesetzbuch einführen und damit die Zahl der Tendenzproceß vermehren. (Zustimmung im Centrum.) Rame es auf die Gefährlichkeit der hier in Rede stehenden Handlungen an, so müßte die Gefährlichkeit nicht des Friedens, sondern der Moral mit Strafe bedroht werden, weil eben auf der Moral der öffentliche Friede beruht. Wir wissen, ein wie neues Institut für viele Theile Deutschlands die Censur ist. Nach diesen Paragraphen mußte der Staatsanwalt gegen Jeden einschreiten, der die Censur im Princip verurteilt. Viel gefährlicher und schädlicher ist das Untergraben der Heiligkeit der Ehe, wie es auf unseren Bühnen und nicht nur in Berlin betrieben wird. Kommen Sie in die kleinsten Provinzialtheater, Sie finden nichts als französische Vaudevilles und die anderen widerlichen Pariser Stücke, in denen der geköpfte Chemann die komische Person ist. Nehmen Sie dazu die Bilder, die in den Kaden ganz ungenügend ausgestellt werden, die nackten Frauenzimmer u. dgl. (Weiterkeit.) Nehmen Sie mit diesem Paragraphen sicher nicht beikommen werden, und die die öffentliche Moral aufs Aeußerste gefährden. Die Regierung hofft auch gegen den Atheismus eine Waffe zu erhalten — aber dann müßten wir gegen Jeden einschreiten, der das Dasein des persönlichen Gottes leugnet, und da wären wir bald in Conflict mit dem, was man moderne Wissenschaft nennt. Nur durch die Erhaltung des christlichen Sinnes, durch die Pflege der christlichen Tugenden im Volke, nicht aber durch Strafbestimmungen, wird man die Gefahren des Socialismus paralytisiren und dem drohenden Ausbruch blinder Leidenschaft vorbeugen können. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Bamberger: Ich freue mich, daß die Replik des Ministers gegen den Abg. Kaster hier im Hause erfolgte und nicht in amtlichen Blättern etwa geschah; sie hätte vielleicht dahin gelaute: Herr Kaster und die ganze liberale Partei leidet an dem Uebel eines blinden Idealismus, der nicht weiß, in welchen Gefahren das Staatswesen sich befindet. Meinem Freunde Kaster wird vielfach ein zu großer Idealismus und eine zu optimistische Lebensanschauung vorgeworfen; und ich selbst kann, so weit ich nicht mit ihm übereinstimme, darüber zu seiner Veruhigung den Spruch eines berühmten Staatsmannes citiren: Nur die Optimisten schaffen Großes in der Welt, die Realisten bilden nur die Zuschauer darin. Aber ich muß doch constatiren, daß in dieser optimistischen Anschauung in Bezug auf die Bedeutung und die Ziele der Socialdemokratie zwischen ihm und mir, und ich weiß das Gleiche von einer sehr großen Zahl der liberalen Partei, ein sehr wesentlicher Unterschied besteht. Ich meine, daß in der That mit der socialistischen Bewegung in Deutschland ernstliche Gefahren verbunden sind. Es fragt sich nur, wie ist der richtige Weg einzuschlagen, um diesen Gefahren zu begegnen. Ja ich erkläre sogar, daß in Deutschland diese Gefahren viel stärker sind, als in irgend einem Staate der Welt, weil die ganze gesellschaftliche Complexion der Deutschen derart idealen Anschauungen mehr Vorzug leistet, als die irgend eines anderen Staates. Dazu kommt vor Allem der schwerwiegende Umstand, daß in keiner Nation der Welt die socialistischen Anschauungen so tief auch in gebildete Kreise, ja selber auch in Kreise der Gelehrten, in die Vorläge der Wissenschaft und der Universitäten einge drungen sind wie in Deutschland. Ja ich führe nur als Bei-

spiel an, daß kein Parlament der Welt eine so große Zahl socialdemokratischer Mitglieder hat. Der Minister des Innern und die Bundesregierung möge also überzeugt sein, daß wir alle darüber einig sind, die untersten Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft unbedingt aufrecht zu erhalten. Es war ganz gewiß höchst überflüssig, und ich muß es dem Minister zum großen Vorwurf machen, daß er es für nöthig gehalten hat, uns in einer solchen Breite Dinge mitzutheilen und uns Aufklärungen zu geben, die wirklich Gemeingut jedes Gebildeten sind. (Sehr wahr! links.) Der Minister scheint wirklich gemeint zu haben, daß wir Alle hier noch nie etwas von Socialismus gehört und gelesen, daß wir überhaupt keine andere Zeitung lesen, als etwa die Magdeburger und die Augsburger Allgemeine; er hat bei uns in dieser Beziehung auf einen Stand der Unschuld und Unkenntniß geschlossen, die wirklich nur seine eigene kindliche Unschuld und sein eigenes Wissen in dieser Sache charakterisirt. (Sehr richtig! links.) Wenn der Minister, der heute zum ersten Male unter uns im Reichstag erschienen ist, in seiner Antrittsrede uns solche Kindergeheimnisse erzählte, so ist er wirklich vollständig irre gegangen. Er hätte sich diese ganze Abrechnung und Citate aus dem „Neuen Socialdemokrat“ wohl sparen können. Wir kennen diese Dinge auch einigermaßen und ich lese nicht nur die deutschen, sondern auch ausländischen socialistischen Organe. Ich bin also nicht der Ansicht des Abg. Kaster, daß wir uns allein darauf verlassen sollen, daß bei freier Discussion die Wahrheit schon von selbst siegen werde. Dazu ist das Reich der Lüge doch zu groß und mächtig. Die grauenhaften Vorgänge beim letzten Communeaufstand in Frankreich haben es deutlich genug bewiesen, bis zu welchem Grad von Fanatismus der Classenhass anwachsen kann. Aber mit solchen Alibi-Mitteln, wie es die hier vorgeschlagen sind, werden Sie gegen diese Gefahr so wenig etwas ausrichten, wie das Napoleonische Regime mit seinen kleinsten Mitteln der Beschränkung der Presse und Versammlungsfreiheit.

Wie steht es mit der socialistischen Bewegung in England? Dort erfreut sich die Presse eines Maßes von Freiheit, von der wir hier gar keinen Begriff haben. Ein Richter der dort einmal einen socialistischen Agitator verurtheilt hat, wird in den Blättern dieser Partei ein Dumpfopf, ein Esel, ein miserabler Kerl genannt. Und droht die Gesellschaft darum unterzugehen? Das fällt ihr gar nicht ein. Im Gegentheil, sie wird in ihrem Bestande durch solche Beschreibungen geradezu gestärkt. Den besten Beweis der Schwäche der socialistischen Partei, wenn man sie frei wollen läßt, liefert die Schweiz. Dieses Land war Jahre lang der Zufluchtsort der ultrarevolutionären Elemente, einige Cantone, wie Zürich, haben sich eine geradezu radikale Verfassung gegeben. Man sollte darnach annehmen, daß die Schweiz ein wahrer Heerd der socialistischen und communistischen Bewegung gewesen. Was hat nun die Selbstzählung der socialistischen Arbeiterpartei in der Schweiz ergeben? 13,000 Köpfe, das war das ganze Contingent, was die Partei aufbringen konnte. Ich meine, alle menschliche Erfahrung und einiges Nachdenken zeigt, wie unverhältnismäßig gering der Nutzen ist, den wir von der vorgeschlagenen Strafbestimmung zu erwarten haben, wie unendlich groß aber der Schaden wäre, wenn wir mit einem solchen Paragraphen die untersten Grundlagen der Reichsverfassung zerstören, und die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit — welche freilich Herr Reichensperger nicht liebt — in ihren Prinzipien zerstören. (Beifall links.) Ich muß aber hierbei auch der Haltung der nationalgefühnten conservativen Parteien Deutschlands einen schweren Vorwurf machen. In keinem Lande der Welt birgt nämlich der Socialismus größere Gefahren in sich, als gerade in Deutschland, wo gerade die conservativen Parteien mit dem Feuer des Socialismus am meisten spielen. Schon der Abg. Kaster hat auf die Leistungen der Presseorgane dieser Partei hingewiesen. Allerdings geben von diesen Organen täglich Angriffe gegen die untersten Grundlagen unserer Gesellschaft aus, welche das politische Leben aufs Tiefste schädigen und über die die Partei selbst erstehen müßte. (Zustimmung links.) Ich habe lange Jahre in Frankreich gelebt, ohne daß mir je dort eine solche Parteilichkeit vorgekommen wäre. Der einzige, der damals gegen die gegnerischen Parteien Pamphlete schrieb, war ein gewisser Jacquou, genannt Mirecourt, aber was er schrieb, war ein Panegyricus gegenüber den Artiteln der „Kreuzzeitung“, der „Germania“, der „Eisenbahnzeitung“ oder der „Landeszeitung“. (Zustimmung links.) Der eingetretene Zustand ist geradezu gemeingefährlich für den politischen Beruf. So sehr einem auch im politischen Leben das Fell gegeben wird, man ermüdet schließlich gegenüber den schändlichsten und gemeinsten Angriffen dieser Preßkapelle. Was soll ich mit einem Kerl machen, der mir vorwirft, ich sei für die Goldwährung eingetreten, um sie für Bösen-Operationen auszunutzen? Soll ich ihm meine Geschäftsbücher vorlegen, um die Verleumdung zu widerlegen? Solcher Kanakille gegenüber ist man natürlich wehrlos. Man wirft unsern Kaufleuten vor, daß sie nicht auf der Höhe unserer politischen Situation stehen, kann man es ihnen aber verdenken, daß sie der ehrabschreckenden Kritik gegenüber, denen ihre Thätigkeit ausgesetzt sein würde, lieber auf die Theilnahme am politischen Leben verzichten? Die conservativen Parteien sind wenigstens negativ an solchen Zuständen mit schuldig, weil sie sich in dieser Weise vertheilgen lassen. (Zustimmung links.) Nicht wahr, es ist recht klug, um die Aderkranke zu schämen, die Habgier und den Haß der beßeren Klassen auf das bewegliche Capital zu lenken! (Sehr gut! links.) In keinem Lande, weder in Italien, noch in England und Frankreich ist ein solches Wandern seitens der conservativen Parteien versucht worden.

Der Präsident konstatiert, daß er bisher angenommen, der Redner habe nicht von den conservativen Parteien innerhalb dieses Hauses gesprochen, sonst hätte er gegen einzelne Aeußerungen desselben einschreiten müssen.

Abg. Bamberger (fortfahrend): Ich bewege mich ganz auf dem Gebiete der Frage, denn ich weise den Vorwurf des Ministers zurück, daß die liberale Partei einem solchen Idealismus huldige, wo die conservativen Partei selbst in ihren Organen den öffentlichen Frieden untergräbt. Ich gebe nun aber zu der Partei, bei welcher die Religion vorwiegend den Maßstab des politischen Verhaltens abgibt. Ich glaube, sie treibt ein gefährliches Spiel, indem sie mit den Parteien der äußersten Linken compromittirt und lotterirt. (Auf im Centrum: Wo?) Hier, und in Mainz zum Beispiel. Ich berufe mich auf Herrn Bebel, der selbst dort gewesen. Ich habe — und zwar lediglich als Agitationsmittel gegen den Liberalismus — von streng orthodoxen Priestern socialistische und communistische Sätze vernommen, daß man darüber staunen mußte. Ich mache endlich auf das Treiben auf unsern Hochschulen aufmerksam, wo socialistische Gelehrte Schwärmer, wie Monismus ausgedrückt und das von Herrn Hasselmann wiederbelebte Bild vom Schlotjunker erfunden haben, der aber seinen Arbeiter nicht, wie einst der Raubritter, über seinen Schreien. Meine Herren, in so untreuer, grüner Verblendung wird das akademische Lehramt betrieben; und das Uebel nimmt zu je mehr ein Theil unserer Universitäten sich zu Kleinkinderbewahranstalten ausbildet. (Weiterkeit.) Ist man doch in den deutschen Universitäten der Schweiz bereits dazu gelangt, Professoren von 22 Jahren anzustellen. Ich mache den Regierungen daraus keinen Vorwurf, ich glaube, es ist bereits ein Symptom besserer Einsicht, daß nach dem publicistischen Kampfe zwischen Herrn von Treitschke und seinem katholisch-socialistischen Gegner ersterer einen Orden dritter Classe, der Socialist aber nur einen Orden vierter Classe erhalten hat. (Große Heiterkeit.) Ich beschwöre Sie bei allen unseren höchsten Vätern, bei all dem Theuren, das Sie erhalten wollen, nehmen Sie sich ein Exempel an dem, was die Commune der Civilisation gekostet hat. Die französische Vertheiligung in Paris hat die Commune groß gezogen, wie es die conservativen Kreise thun. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Freiherr v. Maltzahn-Gölz: Der Herr Redner hat bei diesem Paragraphen einen Angriff gegen die conservativen Parteien gerichtet, ich bin aber seinem interessanten Vortrage nicht aufmerksam genug gefolgt, und muß daher die sachliche Entgegnung bis zum Erscheinen des stenographischen Berichts verschieben. Eine Aeußerung ist mir aber im Gedächtniß geblieben. Der Herr Abg. Bamberger be-

hauptete, daß aus den Reihen der conservativen Parteien ihm und seinen politischen Freunden persönliche Rücksichten unterstellt wurden, sobald sie hier über eine Frage wirtschaftlicher Natur abstimmen. Ich fordere den Abgeordneten auf, mir Namen von Personen aus den Reihen unserer Partei zu nennen, von denen so verfahren worden ist. Werden aber aus dem Lande dergleichen Angriffe gegen ihn und seine Partei gerichtet, so gebe ich ihm den guten Rath, wenn er ein gutes Gewissen hat, dann mag er die Leute reden lassen. Sachlich kann ich mich auf die Ausführungen des Abg. v. Puttkamer beziehen und Ihnen unser Amendement zur Annahme empfehlen.

Abg. Dr. Lucius (Crefeld): Der Herr Abg. Bamberger hat von conservativen Parteien gesprochen, wenn auch mit der Einschränkung, welche der Herr Präsident schon constatirt hat, daß nicht die Parteien hier im Hause gemeint seien. Ich muß jedoch in Anbetracht der Wirkung, welche seine Aeußerung im Lande hervorrufen wird, gegen Angriffe so allgemeiner Natur ausdrücklich protestiren. Nie ist selbst von socialistischer Seite so agitatorisch verfahren worden. Ich weise für mich und meine politischen Freunde (Auf links: Auch für Wagner?) die Angriffe mit Indignation zurück, ebenso die Beschuldigung, daß wir in einer Verbindung mit der Socialdemokratie ständen. Wenn man in improvisirter Weise an einen Paragraphen so tendenziöse Reden anknüpft, so fördert das weder die sachliche Vertheiligung, noch trägt es dazu bei, die Achtung vor dem Reichstage zu erhöhen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Es kommt mir so vor, als ob wir uns auf allen Seiten unnöthig erhitzen hätten. Es handelt sich um die Discussion über einen bestimmten Paragraphen, ob derselbe criminalistisch zu rechtfertigen sei. Daß derselbe juristisch unhaltbar sei, kann Niemand besser nachweisen, als es der Abg. Kaster gethan hat. Die Darlegung des Herrn Ministers über die Gefährlichkeit der Socialdemokratie wäre zu anderer Zeit besser am Platze gewesen und gehört nicht hierher. Wenn die Regierung keine anderen Mittel hat und die Socialdemokraten wirklich gefährlich sind, dann behüte mich Gott. (Heiterkeit.) Die Politik Preußens in wirtschaftlicher und kirchlicher Beziehung ist es gerade, welche die Anfangs schwache Socialdemokratie täglich nährt. (Zustimmung im Centrum.) Der Abg. Bamberger hat sich beschwert über die Angriffe, welche von den conservativen Parteien täglich gegen ihn gerichtet werden, dann merkt er doch wenigstens, wie es schmedet, täglich angegriffen zu werden. Ich verweise solche Angriffe absolut; alles, was über die Erörterung der Thatfachen hinausgeht, ist vom Uebel, hier wie in der Presse. Das ist mein Urtheil auch über die „Germania“, falls sie diese Grenze überschritten hat. Wenn man aber Thatfachen erörtert und aus dieser Erörterung fallen unangenehme Schlaglichter, so ist das nicht die Schuld desjenigen, der die Erörterungen anstellt, sondern derjenigen, welche die Thatfachen machen. Der Abg. Bamberger glaubt, daß von unserer Partei die Socialdemokratie großgezogen werde. Der Herr, welcher behauptet, daß er alle socialistischen Schriften lese, hätte merken müssen, daß die Socialdemokraten die Fälle ihrer Feile gegen die katholische Religion richten, das haben ihre Führer neulich erst erklärt. Der Abg. Bamberger hat auch keine Thatfache als Beweis für seine Behauptung beibringen können. Er hat die Wahl des Abg. Mousfang in Mainz angeführt und gesagt, derselbe sei von unserer Partei gemeinsam mit den Socialdemokraten gewählt worden. Wenn das so ist, ist es mir sehr angenehm. (Weiterkeit.) Daraus folgt nun aber nicht, daß die socialdemokratischen Wähler alle Anschauungen des Abg. Mousfang theilen, wohl aber, daß sie überzeugt sind, die katholische Geistlichkeit beschuldige sich sehr eingehend, allerdings in anderem Sinne als es heute Mode ist, mit der socialen Frage. Im Gegentheil, die Grundzüge, welche Sie vertheidigen, sind die Grundbass der socialdemokratischen Lehren. (Zustimmung im Centrum.) In den Programmen Ihrer Partei vom Jahre 1848 werden Sie alle die Postulate finden, welche heute der Herr Minister als Programm der Socialdemokraten verlesen hat; das sind die consequenten Kinder von Ihnen. (Weiterkeit.) Allerdings hat Sie Ihre Regierungsfreundlichkeit von den letzten Consequenzen zurückgehalten, und wenn es dem Fürsten Bismarck einmal einfallen sollte, sich mit Socialdemokraten zu liiren, so werden diese auch viel zahmer sein. (Weiterkeit.) Wir haben ein gemeinsames Interesse, die irrigen Lehren der Socialdemokratie zu bekämpfen; es kommt nur darauf an, wie das geschehen soll. Ihren Thaten muß man mit den Strafgesetzen entgegenzutreten; wo sie aber den Weg der Discussion wählen, muß man mit ihnen discutiren und sie aufzuklären suchen. Unbestimmte Paragraphen, womit man nur den Thier, den man treffen will, die Andern aber laufen läßt, helfen nicht, sondern vermehren nur die Erbitterung. Auf dem Gebiete der socialen Wissenschaften kann man irrige Lehren nicht besser bekämpfen, als indem man studirt, in welchem Punkte sie Recht haben. Ich bekenne mich in dieser Beziehung zu der Theorie des Bischofs Ketteler, dem man in trivialer Weise Socialismus vorwirft. (Beifall im Centrum.) Man muß Alles thun, was denkbar ist, um den arbeitenden Klassen Hilfe zu bringen. Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß an der Zunahme der socialdemokratischen Anhänger auch Schuld ist die Noth der Zeit, welche die Herren vom Capital allerdings nicht merken. Ich gebrauche diesen Ausdruck mit Absicht, denn der Abg. Bamberger hat uns denselben mehrfach ins Gesicht geschleudert; seine Rede war der leidenschaftliche Panegyricus des Capitals gegen den Grundbesitz. (Beifall im Centrum und rechts.) Wenn die Regierung sich machtlos fühlt der Socialdemokratie gegenüber, dann kann ich nur sagen: Fahren Sie wohl auf Eurem Wege! (Beifall im Centrum.)

Die Debatte wird hiermit geschlossen.

Abg. Bamberger bemerkt persönlich, daß er kein Wort gesagt habe, oder habe sagen wollen, welches ein Mitglied oder eine Partei, insbesondere die conservativen Partei des Hauses verlesen könne. Er habe nur von Blättern, wie die „Kreuzzeitung“, die „Germania“, die „Deutsche Landeszeitung“, gesprochen und den Parteien vorgeworfen, daß sie sich nicht genug dagegen wehren, daß sie durch derartige Organe compromittirt werden, welche in ihrem Namen zu sprechen vorgeben. Uebrigens sei eine gewisse Irritation sehr natürlich, wenn man sich seit Jahren bei den reinen Vertheilungen beständig den niedrigsten Vertheilungen ausgesetzt sehe.

Bei der Abstimmung wird sowohl das Unteramendement Krüger (Hadersleben) als der Antrag v. Seydewitz mit sehr großer Majorität verworfen (für denselben erhoben sich nur etwa 12 Mitglieder) und hierauf die Regierungsvorlage einstimmig abgelehnt.

Um 6¼ Uhr verläßt sich das Haus bis Freitag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Vertheilung.)

Tages-Neuigkeiten.

Hamburg, den 28. Januar.

— Heute wurden hier die Geschworenen für die nächste Schwurgerichtsperiode ausgelost. Die Vertheilten Namen befinden sich im amtlichen Theile d. Bl.

— Das kaiserlich deutsche Postamt zeigte kürzlich an: die Vertheilung zur Rettung der Briefschaften, welche an Nord des am 6. November zu Grunde gegangenen nach Java bestimmten Dampfschiffes „Willem, Kroonprins der Niederlanden“ befallen, seien fruchtlos geblieben. Vor einigen Tagen ist, wie man der „Augsb. Allg. Ztg.“ aus dem Haag vom 17. Januar schreibt, bei dem niederländischen Colonialdepartement die Nachricht eingelaufen, daß das betreffende Schiff gerettet wurde. Dasselbe enthält nicht bloß die am 1. October v. J. über Brindisi, sondern auch die am 28. Sept. von Amsterdam über Tiflis nach Indien abgegangenen Briefe.

— In der heutigen vierten ordentlichen Generalversammlung der Waaren-Credit-Anstalt in Hamburg, welche unter Vorsitz des Herrn A. H. Kraus im Waarensaal der Börse abgehalten ward, waren 2026 Stimmen vertreten. Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlung mit einem Hinweis auf die trotz der unangünstigen Verhältnisse betriebende Geschäftslage der Anstalt, welche die Vertheilung

einer Dividende von 8% bei einem Uebertrag auf das gegenwärtige Jahr von 26 578 19 ermöglicht habe. Es ward hierauf der vorgelegte Geschäftsbericht nebst Bilanz ohne Discussion und Widerspruch angenommen und damit der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Es wurde sodann zur Vornahme der Wahlen der Mitglieder der Revisions-Commission geschritten, deren Resultat veröffentlicht werden wird. (M. f. die Anzeige.)

Als dritter Gegenstand der Tagesordnung gelangte zur Verhandlung der Antrag des Herrn Dr. F. Wex:

1) Die Generalversammlung beschließt die Auflösung der Gesellschaft.

2) Für den Fall der Ablehnung des Antrages sub 1:

Die Generalversammlung beschließt:
Das Capital der Gesellschaft von sechs Millionen Thalern, eingetheilt in 30,000 Stück Aktien à 200, auf drei Millionen Reichsmark, eingetheilt in 5000 Stück Aktien à 600, zu reduciren.

Zur Ausführung dieses Beschlusses wird von den bis jetzt emittirten 15,000 Stück Aktien à 200 mit 40% Einzahlung für je 3 Aktien à 200 mit 40% eine vollstehende gezahlte Actie à 600 ausgegeben und eine Barzahlung von 120 geleistet.

Zu diesem Gegenstande der Tagesordnung verliest der Vorsitzende folgende Erklärung:

„Ich erlaube mir, zunächst den Standpunkt klar zu machen, den der Aufsichtsrath diesen Anträgen gegenüber einnimmt.“

Ad 1) Liquidation, muß sich derselbe ganz entschieden dagegen aussprechen, da nach seiner Ansicht und nach seiner Beurtheilung auch nicht der mindeste Grund dafür vorliegt.

Wohi der größte Theil der Actionaire hat sich bei unserm Institut bezeugt, um ihr Geld nützlich anzuwenden, und die bisher vertheilten Dividenden:

9 ¹¹ / ₁₆ % für 1872
8 „ „ 1873
6 „ „ 1874
8 „ „ 1875

also nahezu durchschnittlich 8%

beweisen, daß die Anlage eine gute war.

Unsere Waaren-Credit-Anstalt hat also, trotz der Ungunst der Zeiten, pro 1874 und 1875 resp. 6 und 8% Dividende vertheilen können, sie erfreute sich einer guten geschäftlichen Thätigkeit, und ich darf die Hoffnung aussprechen, daß sich unser Institut ferner immer mehr und mehr lohnend entwickeln wird.

Berücksichtigen Sie gefälligst dabei nicht, daß unsere Waaren-Credit-Anstalt der Börse von gutem Ruf ist, und werden uns die betreffenden Wähler gewiß nur darin beipflichten können.

Wir haben namentlich in den letzten Zeiten manche Geschäfte herangezogen, andern Zweigen unseres Handels eine größere Ausdehnung verschafft und sind immer mehr darüber aus, zum Besten unseres Hamburger Handels und zum Nutzen unserer Actionaire nach diesen Richtungen hin auch ferner thätig zu sein.

Was nun ad 2, die Verminderung des Actien-Capitals und was dem anhängt, anbelangt, so haben wir nicht an einem Ueberfluß von Geld zu leiden, der Beweis dafür ist, daß wir der Norddeutschen und der Vereinsbank pr. ult. 1875 mehr als 1,600,000 M. schuldig waren, und alle unsere Gelder waren nützlich angelegt.

So lange unsere erfreuliche intime Verbindung mit diesen beiden Banken besteht — und sie wird hoffentlich lange dauern — so lange brauchen wir ganz gewiß in keiner Weise an weitere Einzahlungen auf die Aktien zu denken. Im Uebrigen haben die Actionaire den Vortheil davon, daß wir die Geld-Hilfsquellen bei den genannten beiden Banken haben, da der — mit dem uns so geschäftlich vermehrten Capital — gemachte Gewinn den Actionairen zum guten Vortheil gereicht.

Anderserseits müssen wir uns aber doch auch sagen, daß wir einen so bedeutenden Credit, wie ihn unsere Gesellschaft genießt, nicht beanspruchen könnten, wenn nicht, neben dem Vertrauen zu unserer Geschäftsführung, auch ein angemessenes eigenes Capital eine solide Sicherheit böte.

Daß dieses Capital nicht zu hoch beziffert ist, entnehmen Sie am Besten daraus, daß wir während unseres Bestehens nur einmal und für kurze Zeit in der Lage waren, mit unseren eigenen Mitteln und ohne fremdes Capital auszukommen. Eine Reduction ist, wo unsere eigenen Mittel für unseren Betrieb nicht ausreichen, dürfte unserem Credit kaum förderlich und schon aus diesem Grunde abzulehnen sein.

Sodann nimmt Dr. Wex zur Begründung seines Antrages das Wort. Bei Errichtung der Gesellschaft hätten die Actionaire ihre Aktien gezeichnet auf Grund der Statuten, nach deren § 2 der Zweck der Gesellschaft bestehe: „a) in der Bezeichnung von Producten, Waaren und Connoisements, der Gewährung von Vorschüssen gegen Unterpfand, der Errichtung von Lagerräumen, der Ausgabe von Lagerchein (Warrants); b) in dem Betrieb sonstiger Handelsgeschäfte, soweit sich der Aufsichtsrath mit einem solchen einverstanden erklärt; c) in dem Erwerbe und der Wiederveräußerung von Grundeigentum, soweit es zur Erreichung des sub lit. a und b bezeichneten Zweckes erforderlich ist.“ Zur Entscheidung über seinen Antrag und zur Abklärung der Debatte werde es wesentlich beitragen, in Erfahrung zu bringen, wie weit die bisherige Geschäftsführung dem vorerwähnten Inhalt des § 2 entspreche habe, und wolle er deshalb 2 Fragen stellen, deren bestimmte Beantwortung er sich erbitte.

In der vorgelegten Abrechnung befindet sich ein Posten Gewinn „aus diversen Geschäften“ mit 123,180 M. 60 A. ohne irgend welche Specification. Wollte man diesen Posten von dem Gesamtgewinn abziehen, so reducirt sich der Ertrag des Geschäfts an Zinsen und Provision auf ca. 5 % p. a., und die gute Verzinsung des Actien-Capitals resultirt also lediglich aus den diversen Geschäften. Da jede Aufklärung über die Zusammenlegung dieser „diversen Geschäfte“ fehlerhaft wäre, so könne man zu der Annahme kommen, daß es sich hierbei um Geschäfte handle, welche die Gesellschaft entgegen den Statuten für eigene Rechnung gemacht habe. Bevor er in der Begründung seines Antrages weiter gehe, frage er deshalb an: 1) ob es vorgekommen sei, daß die Gesellschaft Termingeschäfte für eigene Rechnung gemacht habe, und 2) ob es wahr sei, daß sie Geld auf Hypotheken eines auswärtigen industriellen Unternehmens gegeben habe.

Director Jul. Horwiz: Die erste Frage sei so verständig gestellt, daß die Actionaire täuschen könne, falls man sie mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten wollte. Es gebe drei Arten von Geschäften, auf welche sich die Frage beziehen könne. Erstens falls jemand, welcher Waaren bei der Gesellschaft gegen Voranschuss in Depot gegeben habe, dieselben auf Lieferung zu verkaufen wolle. In solchem Falle habe allerdings die Gesellschaft zu ihrer Sicherheit zwar für Rechnung jenes Dritten aber auf eigenen Namen verkauft, um die Waare nur gegen Zahlung des Kaufpreises auszuliefern, event. ein Lagerrecht gegen den Käufer zu haben. Zweitens handle es sich um Fälle, in welchen Waaren der Gesellschaft consignirt seien. Auch gegenwärtig habe die Gesellschaft Waaren auf ihrem Lager, auf welchen nur der Arbeitslohn habe. Wenn sie solche Waaren auf Lieferung verkaufe, so seien das Geschäfte ohne jedes Risiko, wie sie jeder Kaufmann am liebsten mache. Drittens und hauptsächlich handle es sich um eine Art von Geschäften, welche man allerdings als Termingeschäfte bezeichnen könne. Bei der bedeutenden Stellung, welche die Gesellschaft an der Börse einnehme und der Höhe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel, komme es häufig vor, daß ihr die Gelegenheit geboten werde, Waaren per comptant vortheilhaft einzukaufen. Derartige Offerten habe sie benutzt, falls es ihr möglich gewesen sei, dieselben Waaren sofort auf Lieferung weiter zu verkaufen, zu Preisen, welche ihr außer ihren Zinsen noch einen genügenden Nutzen gewähren. Es sei dies dieselbe Art von Geschäften, welche man beim Fondshandel Reportgeschäft nenne. Für die Solidität derselben spreche, daß so lange die Gesellschaft bestünde und auch in dem vom Redner geleiteten Geschäft aus welchem die Gesellschaft hervorgegangen, viele Jahre vorher kein Fall vorgekommen sei, in welchem ein solches Geschäft keinen Nutzen gelassen habe. Das seien die von Herrn

Dr. Wex gemeinten Termingeschäfte. Was die zweite Frage betrafte, so habe die Gesellschaft allerdings im Verein mit mehreren Bankhäusern ersten Ranges einen hannoverschen Industriellen einen Voranschuss gewährt, der zur additionellen Sicherheit auch hypothetisch eingetragen sei. Die Waaren-Credit-Anstalt sei dabei jedoch nur mit weniger als 1/2 % beteiligt gewesen; ein bedeutender Theil des Voranschusses sei bereits, lange vor dem ersten Fälligkeitstermin, zurückgezahlt und das Geschäft überhaupt ein so vortheilhaftes gewesen, daß er nur bedauern könne, daß die Gesellschaft nicht härter beteiligt gewesen sei. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Wex verlangt vom Vorsitzenden, daß die vom Herrn Director Horwiz gegebene Erklärung, wonach die Gesellschaft Termingeschäfte für eigene Rechnung gemacht und Geld auf Hypothek in auswärtige Grundstücke ausgeliehen habe, zu Protocoll genommen werde. Auf die Weigerung des Vorsitzenden verlangt Dr. Wex, daß der anwesende Notar zu Protocoll nehme, daß ihm (Dr. Wex) die Protocollirung der gedachten Äußerung verweigert sei.

Dr. Gust. Herx: Wenn protocoillirt werden solle, so könne doch nur dasjenige protocoillirt werden, was Director Horwiz wirklich gesagt habe und nicht was Dr. Wex jetzt daraus abzuleiten verlange. (Zustimmung.) Es zeuge von übergrößer Gemessenhaftigkeit des Herrn Directors Horwiz, daß er Geschäften der von ihm geschilderten Art überhaupt den Begriff Termingeschäfte beilegen wolle. Nach Redners Ansicht könne man es gar nicht Termingeschäft nennen, wenn jemand Waare, die er selbst nicht besitze, auf spätere Lieferung verkaufe; der allgemeine Sprachgebrauch verhebe vielmehr unter Termingeschäften solche Geschäfte, bei welchen jemand das auf Lieferung verleihe, was er nicht selbst besitze. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Wex bleibt dabei, daß Capitalien der Gesellschaft statutenwidrig angelegt seien. Wenn auch gegenwärtig die Stimmung der Versammlung bei einer Dividende von 8% seiner Auffassung vielleicht nicht günstig sei, so pflege er etwas bei einer Abnahme der Dividende sich sehr reich zu ändern. Seine Warnung, daß die Gesellschaft jetzt gefährliche, durch § 2 der Statuten nicht gestattete Geschäfte betreibe, könne noch eine jetzt ungeahnte Bedeutung gewinnen.

Dr. Wolfson jun.: Für den Antrag auf Auflösung der Gesellschaft sei nichts weiter vorgebracht, als die sachlich völlig unrichtige Behauptung des Vorredners, daß statutenwidrige Geschäfte gemacht seien. Selbst aber, falls solche Geschäfte vorgekommen wären, würde damit nicht ein Antrag auf Liquidation motivirt sein, sondern nur eine Aufforderung an den Aufsichtsrath statutenwidrige Geschäfte in Zukunft nicht zu dulden. (Zustimmung.) Uebrigens könne man nur bei völliger Unkenntnis der Statuten behaupten, daß selbige Geschäfte der bezeichneten Art oder Erwerbung von Hypotheken oder additionelle Sicherheit verbotenen; Wollte man gestatte vielmehr ausdrücklich Handelsgeschäfte jeder Art, soweit der Aufsichtsrath damit einverstanden sei.

Es wird zur Abstimmung geschritten und ergiebt dieselbe die Ablehnung des ersten Wex'schen Antrages mit 1856 gegen 100 Stimmen.

Während des Einmählens der Stimmzettel geht die Versammlung zur Discussion des eventuellen Wex'schen Antrages über.

Dr. Wex motivirt denselben mit einem Hinweis darauf, daß nicht vollstehende Aktien im Allgemeinen nicht so beliebt seien, wie vollstehende. Manche Banken und Banquiers weigerten sich, Interimsscheine zu beilehen und ebenso ständen Aktien, auf welche jederzeit noch eine Nachzahlung gefordert werden könne, ungünstiger im Course als zu voll gezahlte, und werde bei einer Reduction des Actien-Capitals um 200,000 M. die Rentabilität derselben steigen, während ein Einfluß einer solchen Maßregel auf den Credit der Gesellschaft angeht, der anerkannt vortrefflichen Leitung derselben nicht zu befehlen sei.

Director Horwiz: Das ganze Geschäftssystem der Waaren-Credit-Anstalt basire auf der engen Verbindung derselben mit der Norddeutschen Bank und der Vereinsbank. Eine ganz kurze Zeitlang während der Dauer der Gesellschaft sei dieselbe mit ihrem eigenen Capital ausgetommen; sonst habe sie immer ihren Credit bei den beiden Banken benutzen müssen. Für die Actionaire sei dieser Credit von großem Vortheil, da die Anstalt die bei den Banken erhobenen Gelder anderweitig mit Nutzen wieder verwendet. Ende 1875 sei die Anstalt den beiden Banken mehr als 1 1/2 Mill. schuldig gewesen und in nächster Zeit werde sich dieser Credit noch ansehnlich erhöhen, da der Abschluß mehrerer großen Geschäfte bevorstehe. In einem solchen Augenblick das eigene Capital zu beschränken, empfehle sich gewiß nicht. Uebrigens gebe er die bestimmte Versicherung ab, daß nicht die geringste Absicht bestehe, weitere Einzahlungen von den Actionairen zu fordern.

Simon wünscht eine Sicherstellung der Actionaire gegen fernere Einzahlungen.

M. Goldschmidt: Der Wunsch des Vorredners und anderer Actionaire werde erfüllt sein, falls der Aufsichtsrath die Erklärung abgebe, fernere Einzahlung nur unter Zustimmung der Generalversammlung auszusprechen zu wollen.

Dr. Wolfson jun.: Erklärt dies für unstatthaft und nutzlos. Ein künftiger Aufsichtsrath werde durch eine solche Erklärung nicht gebunden sein und überhaupt enthalte der Antrag eine Statutenänderung und könne nur auf dem dafür vorgeschriebenen Wege behandelt werden. Dem Wex'schen Antrage stehe auch noch die große Unmöglichkeit und Kostspieligkeit des durch denselben nötigen gemachten Verfahrens gegenüber. Die vorgeschlagene geringfügige Reduction des Capitals verlange dieselben Formen wie eine Auflösung und Neubegründung der Gesellschaft. Erlass eines Proclams, Abwarten einer Frist von einem Jahre zur Annahme der Gläubiger, Druck neuer Aktien u. s. w.

Dr. Gust. Herx: Eine weitere Discussion des Goldschmidt'schen Antrages sei auch deshalb unstatthaft, weil derselbe nicht auf der Tagesordnung stehe. Legten die Freunde dieses Antrages denselben genügende Wichtigkeit bei, so müßten sie entweder eine außerordentliche Generalversammlung beantragen, oder ihn zu der nächsten ordentlichen Generalversammlung rechtzeitig einbringen.

Simon wünscht sodann, daß ohne Reduction des Actien-Capitals die mit 40 % eingezahlten Aktien in voll eingezahlte umgewandelt werden möchten.

Dr. Wolfson jun.: So berechtigt dieser Wunsch auch sein möge, so sei er doch unausführbar. Es seien per Actie nur 80 % eingezahlt, während das Gesetz Aktien unter 100 % nicht gestatte.

Der Vorsitzende erklärt, daß der Aufsichtsrath nicht den mindesten Gedanken an Einforderung einer weiteren Einzahlung habe, doch könne er eine bindende Verpflichtung nicht übernehmen, da er den Eventualitäten der Zukunft gegenüber hierzu nicht berechtigt sei.

Nachdem Dr. Wex auch noch die Protocollirung dieser Erklärung verlangt hatte, wurde zur Abstimmung geschritten, welche Ablehnung auch des zweiten Wex'schen Antrages mit 1755 gegen 229 Stimmen ergab.

Im Verein für Handlungs-Commis hielt Herr Dr. Wex am Mittwoch Abend im Societäts-Club ein Vortrag über Hans Sachs. Der Redner lieferte nicht nur ein ansprechendes biographisches Bild des Schuhmachers und seines bedeutenden Lebens und Wirkens, sondern auch eine treffende Charakteristik des an der Grenze des Mittelalters und der neuen Zeit lebenden Dichters, der die Erscheinungen der damaligen Zeit mit scharfer Urtheilskraft und treffendem Wort zu beleuchten und seine Gabe zu Ruh und Frommen seines Volkes zu verwerthen verstanden habe. Daß auch die wichtigste Erscheinung jener Zeit, die Reformation, Hans Sachs begeistert habe, davon liefere er ein Zeugnis u. A. in seinem Gedicht über Luther: „Die Wittenberger Nachtigall.“ Das rege geistige Leben in Nürnberg sei recht geeignet gewesen, die Dichtergabe, welche Hans Sachs auszeichnete und dessen Namen bis auf den heutigen Tag gelte, zu fruchtbar zu machen. Seine Schilderungen der Wittenberger hatten mittelmäßige

und weit in das gegenwärtige Jahrhundert hinein Nachhall gefunden, bis die letzten Jahre dieses Sängerbundes im Jahre 1839 ihre Insanien in Ulm niedergelegt und dieselben dem dortigen Sängerverein zum getreuen Andenken übergeben hätten. Mittheilungen vielfacher Proben der Hans Sachs'schen Dichtungen dienten zur Illustration dieser charakteristischen Schilderungen. Den Schluß des interessanten und von der Zuhörerschaft mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrages bildeten Mittheilungen aus den letzten Lebensjahren und Lebensverhältnissen des Dichters, verbunden mit einem Hinweis auf die beachtenswerthe Thatsache, daß derselbe sein profanisches Handwerk des Schuhmachers mit seinem idealen Beruf vortrefflich zu vereinigen gewußt habe.

* Das der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörende Dampfschiff „Rio“, Capt. L. Lorenzen, ist laut telegr. Meldung am 27. d. M. von hier in Lissabon angekommen und sollte am 28. d. M. seine Reise nach Brasilien und dem La Plata-Strom fortsetzen.

Altona, den 28. Januar.

Die Gesellschaft des Altonaischen Unterhaltungs-Instituts, welche heute das 75jährige Bestehen der Sparcasse dieses Instituts feiert, hat in ihrer letzten General-Versammlung vom 20. d. M. zum Andenken an diesen Tag ein Stipendium, vorzugsweise für talentvolle Söhne und Töchter unbemittelter Eltern, gestiftet, um denselben die Mittel zu weiterer Ausbildung auf höheren Lehranstalten, sei es für einen gewerblichen Beruf, sei es als Kandidat oder Techniker, zu gewähren, zu welchem Ende aus den Ueberschüssen der Sparcasse alljährlich bis zu 4000 M. zur Vertheilung gelangen werden. Außerdem hat die Gesellschaft beschlossen, 10,000 M. an dieselbe Wohltätigkeits-Anstalten u. zu vertheilen, und zwar erhalten hiervon der weibliche Verein für Armen- und Krankenpflege, der Wohltätigkeits-Verein für Mutterpflege und Kindespflege und das Comité für die Errichtung eines Denkmals für die im Kriege 1870–71 gefallenen Altonaer je 2000 M.; der Verein zum Schutze der Haltungslosen, der Verein zur Unterhaltung von Waisen und hilfsbedürftigen Mädchen der hiesigen Israeliten-Gemeinde, der Altonaer Bildungs-Verein und der Stiller-Verein je 500 M.; das Windmiller'sche Stift für verarmte Seefahrer-Witwen 1000 M. (davon 100 M. zur Vertheilung an die jetzigen Bewohnerinnen), und die Präbendens-Inhaber des gräf. Revenillow'schen Armenstifts 400 M. Endlich sind noch der Direction 2100 M. zur Vertheilung an die gegenwärtigen Beamten und Angestellten der Sparcasse überwiesen worden.

Die städtischen Collegien haben, wie f. J. mitgetheilt, in ihrer gemeinschaftlichen Sitzung vom 9. Decbr. v. J. den Beschluß gefaßt, die im Besitz der Stadt Altona befindlichen Obligationen der Schleswig-holsteinischen Commune-Anleihen von 1849 und 1860 gegen die nach der beglückten Bekanntmachung des städtischen Verwaltungsausschusses zu erwartenden 40 resp. 20 pCt. des Nominalbetrages auszuliefern und die erforderliche Quittung zu leisten, und wurde die Kammer-Commission mit der Vornahme des in dieser Beziehung weiter erforderlichen beauftragt. Letztere hat nunmehr in dieser Angelegenheit die Stadtverordneten J. P. Schütt und J. P. Sack delegirt, welche sich heute nach Kiel begeben haben, um die für Altona entfallende Summe von 170,160 M. bei der provincialständischen Caffe daselbst in Empfang zu nehmen.

— Aus Schleswig-Holstein. [Marischbahn-Aktien voll gezeichnet. Petition wegen Staatsbeihilfe. Geheimnißvoller Fund. Eine Verhaftung.] In der am 28. d. M. in Altona abgehaltenen Versammlung des Gesamt-Comitès der holsteinischen Marischbahn ist der Nachweis der erforderlichen gezeichneten Aktien vorgelegt worden und danach die Unterzeichnung der Eingabe an das Ministerium und den Landtag bezüglich der Staatsbeihilfe erfolgt.

Einen geheimnißvollen Fund hat man in diesen Tagen auf dem Friedhofe zu Altona im Angelnischen gemacht, indem dort eine männliche Leiche aufgefunden wurde, die in voller Kleidung auf einem erst vor einigen Tagen bestatteten Sarge lag. Wie wohl ziemlich sicher anzunehmen, liegt hier ein Verbrechen vor, indem die Leiche wahrlich zu der Verheimlichung derselben in dem damals frisch hergestellten Grab beibringt ist. Durch den Fall jedoch, daß an der Seite dieses Grabes ein neues Grab ausgeworfen wurde, ist die in voller Kleidung liegende Leiche entbald. Selbstverständlich ist die Sache sofort der Staatsanwaltschaft angezeigt und bis dahin nichts an der Leiche gerührt worden. Die Untersuchung wird hoffentlich Licht in das Dunkel bringen, und zeigen, was Wahres an den vielen sich an diesen Fund knüpfenden Gerüchten ist.

Ein Neudburger Schenkthier Vordert wurde auf Requisition des Amtsgerichts zu Rottorf verhaftet und dorthin abgeliefert. Man bringt diese Verhaftung wiederum mit dem Verdachte in Verbindung, daß Vordert den vor reichlich einem Jahre an der Witwe Goers in Trentode (adl. Gutes Boffee) verübten Raubmord begangen habe oder wenigstens daran beteiligt sei. Der Betroffene war schon früher in derselben Angelegenheit eingezogen.

— Aus dem Hannoverschen. [Reorganisation der Lüneburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft. Ein betrogener Herdieb. Rattenbahn.] Lüneburg, 27. Januar. Seit älterer Zeit besitzt unsere Stadt eine eigene Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, welche sich auf die Versicherung von Immobilien innerhalb der Stadt beschränkt und auf Gegenseitigkeit beruht. Da wir hier seit Jahrhunderten von einem größeren Brandschaden gottlos verschont sind, konnte die Anstalt sich gut halten und beanspruchte sehr geringe Prämien. Obgleich nun Lüneburg nach seiner alten massiven Bauart gegen Feuersgefahr etwas mehr geschützt ist, als manche andere Orte, so könnte bei der großen Anzahl von mit Stroh, Heu u. dgl. gefüllten Nebengebäuden, die zum Theil leicht gebaut sind, trotzdem eine Feuersbrunst einmal größere Ausdehnung annehmen. Dann aber wäre ein großer Theil der Versicherten ruiniert, da er außer seinem immerhin geringen Antheil an dem Vermögen der Caffe nichts bekommen könnte. Von dieser Voraussetzung ausgehend, hat denn auch die Regierung vor einigen Jahren gütliche Schlichtung der Caffe oder Umänderung der Statuten gefordert. Man hat sich hier für letzteres entschieden. Die umgearbeiteten Statuten haben die Billigung des Herrn Ministers erhalten und nach denselben wird die Caffe vom 1. Februar d. J. ab verwaltet. Die Hauptänderung liegt darin, daß etwa Zweidrittel der versicherten Summe durch Rückversicherung gedeckt werden muß. Die Prämien betragen 6 % bis 1 1/2 % pro Mille; im Nothfalle müssen jedoch Nachzahlungen geleistet werden. Die Verwaltung besteht aus einer besonderen Commission, unter Vorsitz des Oberbürgermeisters.

Der Kuchel einer augenblicklich in Sollau weilenden Schaubudenbesitzerin machte sich Ende vergangener Woche mit zwei hübschen Bonies seiner Prinzipalin aus dem Staube und verkaufte dieselben in Bröl. Er erhielt dafür 100 M. und ein anderes Pferd, welches er sofort für 31 M. wieder an den Mann brachte. Am Sonntag traf der Herdieb mit gefüllter Tasche in Celle ein, kaufte sich einen neuen Anzug und schlief in der folgenden Nacht in einer Gasse der Berge. Morgens fand er Hofe und Haarschnitt nicht mehr vor. Ein anderer Schaubudenbesitzer, welcher dort logirt hatte, war damit verwundert. Der geprellte Herdieb hielt es für gerathen, die zur Feststellung des Thatbestandes des Diebstahls requirirte Polizei nicht abzuwarten und ebenfalls unsichtbar zu werden.

Die Angelegenheit wegen des Baues einer Rattenbahn zwischen Gmünd und Norden scheint auf's Neue in Fluss zu kommen. Nach der „Ostf. Btg.“ hat der Finanzminister von der Eisenbahndirection in Münster Bericht darüber eingeholt, ob unter gegenwärtigen Umständen auf eine Modifizirung der Kosten der Bauanschläge gerechnet werden dürfe.

lich als Mitinhaber der Firma Sigmund Kaufmann, sind Dr. D. Herz mand. nom. und Dr. W. Bargmann mand. nom. als Curat. honor. confirmirt worden.

Liste der Geschwornen

für die
am Donnerstag, den 24. Februar 1876, beginnende
öffentliche Sitzung des Geschworenengerichts.

Hauptgeschworne.

1. Studt, John Hermann
2. Stuhlmann, Carl Edmund
3. Hoppe, Johann Carl
4. Schröder, Otto Richard Julius
5. Blath, Carl Christian
6. Beder, Johann Carl
7. Gaetde, Christian Ernst
8. Kallmes, Carl
9. Winter, Friedrich Samuel Ernst
10. Zum Felde, Johann Ernst Siegfried
11. Lühr, Nicolaus
12. Gläser, Jacob Heinrich
13. Brubns, Johann Adam Christian
14. Rind, Franz Adolph
15. Albers-Schönberg, August Heinrich
16. Schröder jr., Johannes
17. Traun Phil. Dr., Heinrich
18. Stubbe, Otto Matthias
19. Wolf, Aron Adolph
20. Wolsbed, Carl Heinrich
21. Ramsberger, Johann Heinrich
22. Romberg, Edmund Theodor
23. Seifer, Theodor
24. Hailbronner, Johann Carl Adolph
25. Bradebusch Dr., Hermann Adolph Hans
26. Gdmann, Caspar Georg
27. Suhr, Jürgen Adolph
28. Schmidt, Claus Georg
29. Doert, Gustav
30. Rehsfeldt, Hermann
31. Moll, Eduard Ludwig
32. Diekmann, Johann Andreas Christian
33. Fischer, Ludwig Christoph Friedrich
34. Siemers, Johann Ludwig
35. Bogt, Hans Christoph
36. Grube, Johannes Gustav.

Erfassungsgeschworne.

1. Haller, Martin
 2. Gohert, Henry
 3. Ehlers, Johann Heinrich Carl
 4. Hasperg, Heinrich
 5. Dohn, Jürgen
 6. Bering, Carl Friedrich Gustav Adolph
 7. Helms, Hermann
 8. Scholz, Emil Clemens Ephraim
 9. Stollenberg, Thomas
 10. Dehrens, Heinrich Matthias
 11. Anger, Wilhelm Heinrich Bernhard
 12. Martens, Johann Christian.
- Hamburg, den 28. Januar 1876.

Dr. Gustav Nische, Secretair.

Angeordnete Aufgebote:

Standesamt No. 1.

Johann Friedrich Schmiede mit Amalie Johanna Friederike Fischer. — Johann Friedrich Franz Kämerling mit Maria Catharina Hammer. — Friedrich Johann Heinrich Krohn mit Caroline Henriette Wilhelmine Kruse. — Adolph Friedrich Wilhelm Morath mit Ernestine Maria Margaretha Rohard. — Carl Johann Friedrich Theodor Lippert mit Anna Catharina Dorothea Schulte. — Rudolf Heinrich Carl Möller mit Maria Henriette Catharina Steenbock. — Carl Wilhelm Wolde mit Ernestine Helene Schoppe.

Hamburg, den 28. Januar 1876.

Standesamt No. 2.

Claus Jürgen Paul Otto Timm mit Wilhelmine Maria Sophia Rod. — Berend Fein mit Louise Anna Christiane Dora Eium. — Christian Conrad August Leppien mit Johanna Friederike Witt. — Christian Wilhelm Häfert mit Friederike Caroline Dorothea Köster. — Ludwig Martin Friedrich Geise mit Maria Sophia Friederike Bactow. — Bernhard Hinrich Blohm mit Eleonore Lucia Rudolphine Sauerbrey.

Hamburg, den 28. Januar 1876.

Standesamt No. 3.

Herrmann Heinrich Dönnies mit Johanna Wilhelmine Gerbarine geb. Brüggenmann, verwittw. Helbig.

Hamburg, den 28. Januar 1876.

Submissions-Ausschreiben

für öffentliche Arbeiten und Lieferungen.

Die nachstehend bezeichneten Arbeiten und Lieferungen sollen per Submission vergeben werden. Die Bedingungen, resp. Bedingungen nebst Zeichnungen sind in dem Vorzimmer der Finanz-Deputation täglich von 10 bis 2 Uhr einzusehen.

Angekommene Fremde.

Bartels' Hotel. Die Herren W. Behrens, C. Sander, u. J. M. Siegers, v. Stade, C. Jungbühnel, v. Dresden, u. S. Schleimvogel, v. Magdeburg, Kaufm.

Hotel de Bavière. Die Herren Bippard, Fabrit., v. Kienover; Kleberg, v. Wühlhausen; Beder, v. Kassel; Warden, v. Braunschweig; Reinhold, v. Berlin, u. Meyer, v. Nürnberg, Kaufm.

Hotel Belvedere. Die Herren Lange, v. Lübeck; Stiefel, v. Hende, v. Newyork; Herlich, v. Toronto; Seides, v. Berlin, v. Wähler, v. Stuttgart, u. Olden, v. Brann, Kaufm.; Rauch, Kunstmalers, v. Rom.

Hotel de l'Europe. Baron Blome, v. Heiligensteden; die Herren Siegel, Vantdirector, u. Dr. Goldschmidt, v. Berlin; Marotte, v. Paris; Hennormann, v. Antwerpen; Münster, v. Bremen; Overbeck, Consul, v. Rangoon; Biermann, Fabrik., v. Nordhausen.

Fischer's Hotel. Die Herren Pieper, Stehnen u. M. Giers, v. Bremen; Silbermann, v. Berlin; Klesse, v. Wurtthur; Ruhnert, v. Dresden; Kaufm.; Lembke, Apoth., v. Wien.

Hotel zum Kronprinzen. Die Herren Behrens, v. Berlin; Petersen, v. Wühlheim, u. Löwenstein, v. Barmen; Kaufm.; Wenneberg, v. London, u. Manne, v. Papenburg, Consul.

Meyer's Hotel. Die Herren Rees, a. Norwegen, u. Glogner, v. Stettin, Kaufm.; Meyer, Kupferschmidt, v. Hensburg; Wolters n. Frau, v. Berlin; Rölke, a. Danemarl.

Hotel du Nord. Die Herren Drens, Brauereibes., v. Gaarden; Goeringer, v. Insterburg, u. Klafs, v. Münster, Kaufm.; Rimbad n. Frau, v. Meppen; v. Soden, v. Berlin.

Hotel St. Petersburg. Die Herren Hansen, Offiz., n. Ham., Goldschmidt, n. Ham., u. Frau v. Blathner n. Ham., v. Hannover; Grund, Director, v. Breslau; Anspach, v. München; Eichenberg, v. Engelhardt, v. Berlin; Hinkler, v. Danzig; Diebeau, v. Paris, u. Hollmann, v. Düsseldorf, Kaufm.; Gammitus, Rieut., v. Dresden.

Hotel de Russie. Die Herren Schiff, Rbeber, v. Elsbeth; Geist, Opernänger, v. Bremen; Prof. Hammer, v. Kopenhagen; v. B. Wingen, Director, n. Frau, v. Rotterdam; Seppel, v. Berlin, Koch, v. Innsbruck, Strong, v. Hannover, u. Hülström, v. Christiania.

Victoria Hotel. Die Herren Heymann n. Frau, v. Kopenhagen; Hühner, v. Frankenberg, Luchting, v. Bremen, C. Wühlhagen, v. Vennep, u. Söller, v. Solingen, Kaufm.; G.

Für die Redaction verantwortlich: Dr. C. H. Preller in Hamburg.

Reflectanten haben ihr Anerbieten bis zu dem dabei bemerkten Termine, unter Mitunterzeichnung ihrer Bürgen, bei der Finanz-Deputation vorzulegen, einzureichen, nämlich:

- [5] Die Herstellung gemauerter Siele beim Neuen Krähn, in Gemäßheit der Bedingungen und Zeichnung, bis zum 5. Februar d. J., Mittags 12 Uhr.
- [6] Die Erbauung dreier hölzerner Viehschuppen, sowie die Herstellung einer hölzernen Lattenwand zum Abfluß der beiden vorhandenen Viehschuppen am Landungsplatz für Seebampfschiffe in St. Pauli, in Gemäßheit der Bedingungen und Zeichnung, bis zum 5. Februar d. J., Mittags 12 Uhr.

Es werden diejenigen Anerbieten, welche für die annehmbarsten gehalten werden, innerhalb der nachfolgenden vierzehn Tage gewählt, wogegen die nicht angenommenen Vorschläge sodann auf Anfordern verriegelt zurückgegeben werden.

Hamburg, den 22. Januar 1876.

Die Finanz-Deputation.

Bekanntmachung.

Am 24. d. Mts. Morgens 6 Uhr wurde im Fleete bei der Winterbrücke die Leiche eines unbekannten Mannes gefunden und dem Kurhause übergeben. Die Leiche ist 133 Centimeter groß, etwa 45 Jahre alt, mäßig fett und ziemlich muskulös mit durch Abkühlung stark verkrümmten Unterschenkeln. Dieselbe hat schwarzen Kinnbart, blaue Augen, vollständige Zähne. Der Rückenwärtel ist stark verwachsen, nach rechts ausgebogen, auf der linken Wade befindet sich eine ein Zoll große Narbe.

Belleidet war die Leiche mit blauer Duffeljade mit Sammttragen und grauwollenem Futter, schwarzer Tuchhose, blauer Tuchweste mit zwei Reihen Knöpfen, weißem Oberhemde, roth und braun gewirktem wollenen Tuche mit breiter schwarzer Kante, rothbuntem baumwollenen Taschentuch, drei Paar über einander gezogenen Strümpfen, wovon fünf Stück braun und ein Stück schwarz und braun gestreift sind.

Im Besitz der Leiche wurde vorgefunden: Acht Speisefarten der Allgemeinen Armenanstalt, wovon fünf Stück von Gummi und drei Stück von Papier; ein Taschmesser, ein Portemonnaie mit 54 Sgr., ein Loos No. 58988 des St. Pauli Handwerker-Vereins der Weihnachtssausstellung von 1875.

Alle diejenigen, welche etwa über diese Leiche Auskunft zu ertheilen im Stande sind, wollen sich ungesäumt bei der unterzeichneten Behörde melden.

Hamburg, den 26. Januar 1876.

Die Polizei-Behörde.

Bekanntmachung.

Am 24ten d. Mts., Mittags 12 Uhr, wurde in der Binnen-alster, vis-à-vis der gr. Theaterstraße, die Leiche eines unbekannten, etwa 26 Jahre alten Frauenzimmers gefunden und dem Kurhause übergeben. Dieselbe ist 158 Centimeter groß, zart gebaut, ziemlich fettreich, wenig muskulös, hat dunkelbraune starke Flechten, hellbraune Augen, vollständige Zähne. Die Hände zeigen auf der Innenseite eine schwellige Haut, am Daumen, Zeige- und Mittelfinger mehrfache, von Nähen und Nahtarbeit herrührende Substanzverluste. Der Bauch trägt Schwangerschaftsnarben. Die Leiche war anständig gekleidet mit einem braunen Kipskleide mit braungelb-gestricheltem Besatz und aus gleichem Stoffe überzogenen Knöpfen, brauner kurzer Tuchjacke mit braunbeidenem Besatz, blauem Fries-unterrock, blauwollenem gestricheltem Unterrock, mit einer weiß-leinenen Hose, weißleinenem Hemde, mit einem Corsette von weißem Drell, blauwollenen Strümpfen, rothwollenen Pulswärmern, Lederstiefeln. Bei der Leiche wurde gefunden: zwei kleine Schlüssel, ein Taschentuch, gelb. B. P. 6, ein Gummi-Aufnehmer mit Knopf, zwei Ohrringe von leichtem Gold, ein Fingerring von braunem Haare mit Goldplatte.

Die Leiche hat etwa seit Anfang d. Mts. in der Alster gelegen.

Alle diejenigen, welche über diese Leiche etwa Auskunft ertheilen können, werden ersucht, sich bei der unterzeichneten Behörde ungesäumt zu melden.

Hamburg, den 26. Januar 1876.

Die Polizei-Behörde.

Kirchen-Anzeigen.

Am vierten Sonntage nach Epiphantas (30. Januar).

St. Petri-Kirche. Hauptpredigt, von 10 bis 11 Uhr: Herr Pastor Hüpeden; der Gottesdienst beginnt 9½ Uhr; Nachmittagspredigt, von 1 bis 2 Uhr: Herr Pastor Dr. Ritter; Abendpredigt, von 7 bis 8 Uhr: Herr Pastor Wolters.

St. Nicolai-Kirche. Hauptpredigt, von 10 bis 11 Uhr: Herr Hauptpastor Hirsch; Mittagspredigt, von 12 bis 1 Uhr: Herr Pastor Bud; Nachmittagspredigt, von 2 bis 3 Uhr: Herr Pastor M. Endeberg.

St. Catharinen-Kirche. Hauptpredigt, von 10 bis 11 Uhr: Herr Pastor Schödt; Nachmittagspredigt, von 1 bis 2 Uhr: Herr Cand. Grimm Dr.

St. Jacobi-Kirche. Hauptpredigt, um 10 Uhr: Herr Hauptpastor Calini (der Gottesdienst beginnt um 9½ Uhr); Nachmittagspredigt, um 1 Uhr: Herr Pastor Endemann.

St. Michaelis-Kirche. Hauptpredigt, von 10 bis 11 Uhr: Herr Senior Dr. Rehboff (Anfang des Gottesdienstes 9½ Uhr); Nachmittagspredigt, von 2 bis 3 Uhr: Herr Pastor Vertbeau; Abendpredigt, von 7 bis 8 Uhr: Herr Pastor Paul.

St. Georg-Kirche. Hauptpredigt, von 10 bis 11 Uhr: Herr Pastor Detmer (der Gottesdienst beginnt um 9½ Uhr); Nachmittagspredigt, von 1 bis 2 Uhr: Herr Pastor Aders.

St. Pauli-Kirche. Hauptpredigt, von 10 bis 11 Uhr: Herr Pastor Sonnenfalk; nach der Hauptpredigt können Taufen in der Kirche vollzogen werden, ohne daß eine Extragebühr für die Benutzung der Kirche hierfür zu entrichten ist.

Hammer Kirche. Morgens 9½ Uhr: Herr Cand. Seydel; Abends 6 Uhr (in Silber): Predigt, Beichte und Abendmahl: Herr Pastor Morath.

St. Anskar-Capelle. Hauptpredigt, von 9½ bis 11 Uhr: Herr Pastor Rind; Nachmittags 2 Uhr: Kindergottesdienst: Herr Cand. Müller; Abends 7 Uhr: Gottesdienst: Herr Pastor Rind.

Heil. Geist-Kirche. Predigt, von 10 bis 11 Uhr: Herr Cand. Halben Dr. — Der Gottesdienst beginnt um 9½ Uhr.

Stifts-Kirche in St. Georg. Hauptpredigt, von 9½ bis 10½ Uhr: Herr Pastor Oleiß (der Gottesdienst beginnt 8½ Uhr); Nachmittags 1½ Uhr: Kinderlehre, Abends 7 Uhr: Bibelfunde: derselbe.

Wert- und Armenhaus-Kirche. Die Predigt hält Herr Pastor Ebert. — Der Anfang des Gottesdienstes ist um 9 Uhr.

Waisenhaus-Kirche auf der Uhlenhorst. Predigt: Herr Pastor Blümer. — Der Gottesdienst beginnt um 9½ Uhr.

Schröder-Stift. Die Predigt hält Herr Pastor Behrens. — Der Anfang des Gottesdienstes ist um 9½ Uhr.

Steinwärd im Schulhafe. Gottesdienst, Morgens von 10 bis 11 Uhr, gehalten von Herrn Pastor Frankfurter.

Apostolische Capelle (erste Marienstraße No. 4, Eingang durch den Thorweg). Morgens 9½ Uhr: Hauptgottesdienst und Nachmittags von 4 bis 6 Uhr: Predigt. — Dienstag und Donnerstag, Abends von 8 bis 9 Uhr: Predigt.

Presbyterianische Jerusalem-Kirche (Königsstraße). Gottesdienst: Herr Pastor Alton. Sonntag, Morgens 10 Uhr, und Abends 6 Uhr; Montag, Abends 8 Uhr.

Philadelphia-Capelle (Mittelweg am Borgfelde). Morgens 9½ Uhr: Predigt von Herrn Pastor Roggenbrod. — Die Capelle wird eine halbe Stunde vor dem Gottesdienste geöffnet und beim Beginne desselben geschlossen.

Reformirte Kirche. Die Predigt hält Herr Vicar Stuiz aus Maaßburg. (Bewerber um die Hülfspredigerstelle.) — Der Gottesdienst beginnt um 9½ Uhr.

St. Johannis-Kirche zu Altona. Evangelischer Militair-Gottesdienst von 12 bis 1 Uhr: Herr Oberpfarrer Hupfen. Eglise réformée française. Service divin, à 10 heures précises, par Monsieur le Pasteur Vust.

English Reformed Church (Johannis-Bollwerk). Divine Service on Sunday Morning at 11 o'clock. Rev. James Edwards, B. D.

English Episcopal Church (Zeughausmarkt). Divine Service on Sunday Morning at 11 o'clock. Rev. C. F. Weidemann, M. A.

Katholische Kirche. Um 7, 8 und 11½ Uhr: Hille Messen; um 9½ Uhr: Requiem und Predigt; Nachmittags 2 Uhr: Beiper. — An den Werktagen Hille Messe um 7, 7½ und 8½ Uhr.

Katholische Waisenhaus-Capelle in St. Georg. Um 7 Uhr: Frühmesse; um 10 Uhr: Hochamt und Predigt; Nachmittags 3 Uhr: christliche Lehre und Andacht. — An den Werktagen Hille Messe um 7 und 8 Uhr; Mittwoch und Sonnabend um 8½ Uhr.

Am Sonntage, den 6. Februar, wird die Taufen in der Kirche St. Michaelis (nach dem Abendmahl) Herr Pastor Kreibohm, und die Trauungen (nach der Nachmittagspredigt) Herr Pastor Paul halten.

Akademisches und Real-Gymnasium.

Herr Dr. Adolf Wohlwill wird seine öffentlichen Vorlesungen „zur Culturgeschichte Deutschlands und der Schweiz im 18. Jahrhundert“ am Sonntag, den 29. Januar, um 8 Uhr Abends, in der Aula des Johanneums beginnen.

Prof. Wiebel, d. St. Rector.

Brief-Annahme

(Siehe Bekanntmachung der Kaiserl. Ober-Postdirection hier vom 16. d. Mts.)

nach Brasilien und den La Plata-Staaten, mittelst Dampfbootes von Antwerpen: Sonntag, den 30. d. M.,

bei dem Postamte No. 1 bis 9 Uhr Abends, bei dem Postamte No. 2 bis 6, 8, 9 und Bisselbör bis 8 Uhr Abends,

bei dem Postamte No. 7 (am Klosterthor) bis 9¼ Uhr Abds., bei dem Bahn-Postamte No. 31 (Bentloer Bahnhof) bis 10 Uhr 25 Min. Abends.

Es empfiehlt sich, Briefe nach überseeischen Orten möglichst zeitig zur Post zu liefern, damit auch bei etwaigen Störungen in dem Gange der Eisenbahnzüge die Aufsätze an den bestmöglichen Hafenorten noch vor Abgang des betreffenden Dampfschiffes erfolgen.

Die Einlieferung durch die Stadtbriefkasten muß so zeitig geschehen, daß die Correspondenz bis zum Eintritt der angegebenen Schlußfrist bei der betreffenden Post-Anstalt vorliegt.

Hamburg, den 28. Januar 1876.

Kaiserliches Postamt 1.

Krefeld	771,9	+ 2,0	SO., still, klar.
Kassel	773,5	— 1,3	O., still, Dunst.
Karlsruhe	772,7	— 4,8	SSW., still, Nebel.
Berlin	775,3	— 2,0	SSO., leicht, Nebel.
Leipzig	774,4	— 3,9	OSO., schwach heiter.
Breslau	776,6	— 4,6	SO., steil, Dunst.

Uebersicht der Witterung.
Aenderungen auch heute gering; Barometer in Frankreich, Westdeutschland und Scandinavien etwas gefallen, in Irland und im Osten gestiegen. Im westlichen Theile der Ostsee herrscht Nebel, fast in ganz Deutschland neblige Luft bei leichtem Frost, nur in Süddeutschland ist die Kälte seit gestern ziemlich stark (Bamberg belde Tage — 70.5). Zwischen Oder und Rhein herrscht eine, meist leichte, nur in Breslau starke Luftströmung aus S3dost; nordöstlich davon weht Südwestwind. Im Canal schwacher Ostwind mit dunstiger Luft und ruhiger See.

Deutsche Seewarte.

Telegraphische Wind- und Wetter-Berichte aus dem Canal etc. (R. T.)

Vom 28. Januar.
Deal. Wind: Still, dichter Nebel.
Falmouth. Wind: ONO., sehr schwach, bedeckt.
Queenstown Wind: N., mässig, bedeckt.
Leith. Wind: WSW., schwach, schön.
Yarmouth. Wind: SSW., schwach, schön.

Witterungs-Bericht.

Thermometer.		Barometer		Wind
Mittags	Wärmster Grad	Kältester Grad	Mittags	Mittags
+ 2,5	+ 3,2	+ 1,2	28.7.8	S. O.

Atmosphäre, Mittags: Nebel.

29. Januar. ☉ Aufgang 7 Uhr 54 M., Unterg. 4 Uhr 33 M.

☾ Neumond vom 26. Januar, 2 Uhr Abends, bis 3. Februar, 3 Uhr Morgens.

29. Januar Fluth, Eintritt 2¼ Uhr, Ebbe 7 Uhr.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg.

Den 27. Januar: Am Waesl 177 Meter. (Schwacher Eisgang.)

Druck und Verlag der Actien-Gesellschaft Neue Börsenhalle.

Expedition: Alter wall 26.